

# **EXTRAKTIVISMUS UND TERRITORIALKONFLIKTE IN BRASILIEN**

**DEUTSCH-BRASILIANISCHE  
BEZIEHUNGEN AUF DEM PRÜFSTAND  
CHRISTIAN RUSSAU**



**Herausgeben von:**

**Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL**

Gneisenaustraße 2a,

D -10961 Berlin

Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: [info@fdcl.org](mailto:info@fdcl.org)

Internet: [www.fdcl.org](http://www.fdcl.org)

**Rosa-Luxemburg-Stiftung**

Straße der Pariser Kommune 8A

Fon: + 49 30 44310 289 | E-Mail: [birte.keller@rosalux.org](mailto:birte.keller@rosalux.org)

Internet: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

**Autor:** Christian Russau

**Titelbild:** Bergbau Carajas

**Foto:** Verena Glass

**Layout:** Ingrid Navarrete | [www.ingrid-navarrete.de](http://www.ingrid-navarrete.de)

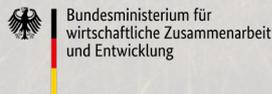
**Druck:** Hinkelsteindruck, 10997 Berlin

**Redaktionsschluss:** 01.10.2020

**V.i.S.d.P.:** Steffi Wassermann

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und mit freundlicher Unterstützung der LEZ Berlin. Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Der Inhalt der Veröffentlichung liegt in der Verantwortung des Autors und gibt nicht notwendig die Position der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des FDCL wieder; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch der LEZ Berlin wieder.



Diese Broschüre ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).



<b>Vorwort der Herausgeber:innen</b>	<b>4</b>
<b>Land- und Territorialkonflikte im Kontext des Extraktivismus</b>	<b>5</b>
Agroindustrielle Landwirtschaft und Bergbau – Brasilianische Regierungspolitik von Lula bis Bolsonaro	
<b>Die deutsch-brasilianischen Beziehungen auf dem Prüfstand</b>	<b>13</b>
Zwischen diplomatischen Drahtseilakten und Wirtschaftsinteressen	
<b>Die Konfliktzonen des Extraktivismus und die Rolle Deutschlands</b>	<b>19</b>
⊙ Der brasilianische Soja-Boom: Infrastrukturprojekte in Amazonien	19
⊙ Viehwirtschaft und Bodenspekulation	25
⊙ In der EU verboten, in Brasilien erlaubt: Pestizidweltmeister Brasilien	29
⊙ Die tödlichen Auswirkungen des Eisenerzbergbaus	32
<b>Indigene Territorien im Visier</b>	<b>37</b>
Zuspitzung unter Bolsonaro und die Rolle der ILO-Konvention 169	
<b>Mitverantwortung identifizieren!</b>	<b>45</b>
Forderungen an die deutsch-brasilianischen Beziehungen in Zeiten des Bolsonarismo	

# VORWORT DER HERAUSGEBER:INNEN

**D**ie Bilder der brennenden Wälder in Amazonien sind um die Welt gegangen. Der einzigartige Regenwald in Brasilien soll der Land- und Viehwirtschaft weichen. Noch nie ging dort so viel Wald verloren wie im ersten Halbjahr 2020. Illegale Goldschürfer:innen und Infrastrukturprojekte dringen immer weiter vor und bedrohen indigene Gemeinden, Staudammbrüche verseuchen ganze Landstriche. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. War die Situation in dieser Hinsicht schon unter den Regierungen der Arbeiterpartei (PT) schwierig, hat sich seit der Amtsübernahme des rechtsaußen positionierten Jair Bolsonaro die Lage weiter zugespitzt: Mit radikalen Positionen, Hassreden, Drohungen und Beschimpfungen feuert er – zumindest verbal – die Zerstörung des Amazonas im Namen des „Fortschritts“ an und legitimiert Übergriffe auf marginalisierte Gesellschaftsgruppen. Gleichzeitig trägt er aber auch ganz direkt zu einer Verschlimmerung der Lage bei: Im Februar 2020 brachte er einen Gesetzesentwurf ein, der die eigentlich geschützten indigenen Territorien für wirtschaftliche Ausbeutung mittels Landwirtschaft, Bergbau und Wasserkrafterzeugung freigeben soll.

Brasilien bleibt auch in diesen Zeiten ein wichtiger Handelspartner der Bundesrepublik. Das lateinamerikanische Land gilt als Gestaltungsmacht in der Region und ist einer von acht strategischen Partnern<sup>1</sup> Deutschlands weltweit. Soja und Eisenerz aus Brasilien sind wichtige Importprodukte für die deutsche Fleisch- und Autoindustrie. Deutsche Unternehmen verkaufen Pestizide nach Brasilien, die in der EU nicht zugelassen sind und begutachten brasilianische Staudämme – mit teilweise verheerenden Folgen, wie der Dambruch in Brumadinho 2019 gezeigt hat. In São Paulo befindet sich seit Jahrzehnten der Wirtschaftsstandort mit der größten Dichte deutscher Unternehmen im Ausland. Das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen, dessen Verhandlungen 2019 abgeschlossen wurden, soll die größte Freihandelszone der Welt schaffen und die deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen noch weiter vertiefen. Diese Partnerschaft ist auch von geopolitischen Interessen geprägt. Seit dem Amtsantritt von Jair Bolsonaro stellt sich die Frage, wie die Beziehung zum Strategischen Partner in Lateinamerika vor dem Hintergrund rechtsradikaler Verbalentgleisungen und Politiken, die Umwelt und Menschenrechte gefährden, gestaltet werden soll. Einige Antworten auf diese Frage möchte die vorliegende Studie finden.

**Kapitel 1** gibt einen einführenden Überblick darüber, wie extraktivistische Projekte Land- und Territorialkonflikte verschärfen und welche Kontinuitäten und Brüche sich diesbezüglich seit dem Amtsantritt der PT im Jahr 2003 bis heute verzeichnen lassen.

**Kapitel 2** widmet sich den Fragen der deutsch-brasilianischen Beziehungen, einerseits mit Blick auf die zwischenstaatliche Ebene, und andererseits bezüglich der Rolle deutscher Unternehmen und ihrer Geschäftsbeziehungen mit Brasilien. Wie reagierte die deutsche Politik auf den Amtsantritt von Jair Bolsonaro und welche Auswirkungen hat dessen politische Agenda für die von der Bundesregierung ausgerufenen Einordnung Brasiliens als Gestaltungsmacht und strategischer Partner Deutschlands?

**Kapitel 3** wirft Schlaglichter auf vier relevante Konfliktzonen des Extraktivismus in Brasilien und ihre Bezüge zu Deutschland. Dazu gehört das Hauptprodukt des brasilianischen Exports nach Deutschland, **Soja** und Sojamehl, dessen Anbau und Vertrieb gravierende Auswirkungen für Mensch und Umwelt nach sich zieht. Der brasilianische **Fleischexport** nach Deutschland fällt im Vergleich zu anderen Regionen der Welt zwar geringer aus, doch der Zusammenhang von Soja- und Fleischproduktion in den ökologisch äußerst sensiblen Großregionen Amazonien und Cerrado machen es notwendig, hier eine genauere Analyse vorzunehmen. Hinzu kommt die Tatsache, dass die mit der Ratifizierung des EU-Mercosur-Freihandelsabkommens einhergehende Intensivierung der Soja- und Fleischexporte gravierende Auswirkungen auf Amazonien haben könnte. In keinem anderen Land der Welt werden mehr **Pestizide** auf die Felder ausgebracht als in Brasilien – mit steigender Tendenz. Deutsche Unternehmen gehören zu den führenden Pestizidherstellern weltweit und vertreiben in Brasilien zahlreiche Pflanzenspritzmittel mit Wirkstoffen, die in der EU verboten sind. In diesem Zusammenhang wird auch ein Blick auf die gesundheitlichen Gefahren durch den übermäßigen Einsatz von Pestiziden geworfen. Der Abbau von **Eisenerz** hat ebenfalls enorme Auswirkungen auf die Wahrung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt. Fast die Hälfte des nach Deutschland importierten Eisenerzes kommt aus Brasilien. Eisenerz ist von existenzieller Bedeutung für die deutsche Wirtschaft, allen voran die Automobilindustrie. Katastrophen wie der Bruch des Damms Brumadinho, dem zuvor vom deutschen TÜV-Süd die Stabilität bescheinigt wurde, führen die sozialen und ökologischen Folgen des extraktivistischen Produktionsmodells in Brasilien vor Augen.

Die Bundesregierung betont, dass die Indigenenrechte für die Zusammenarbeit mit Brasilien im Bereich der Entwicklungskooperation sowie im bilateralen Dialog der „strategischen Partner“ von besonderer Bedeutung sind. Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro hingegen hat wiederholt seine Missachtung gegenüber Indigenen zum Ausdruck gebracht und erklärt, „keinen Zentimeter Land mehr“ für Indigene Territorien hergeben zu wollen. Die Studie widmet sich deshalb in **Kapitel 4** ausführlich der Frage, wie die Bolsonaro-Regierung mit indigenen Rechten umgeht und welche Bedeutung eine Ratifizierung der ILO-Konvention 169 für den Schutz indigener Rechte durch die Bundesrepublik Deutschland für die deutsch-brasilianischen Beziehungen haben könnte.

Angesichts der dargelegten sich forttragenden und verschärfenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung unter der Bolsonaro-Regierung beschäftigt sich das abschließende **fünfte Kapitel** mit der Frage, welche Schlüsse und Maßnahmen daraus von bundesdeutscher Seite abgeleitet werden sollten und wo eine Mitverantwortung zu identifizieren ist. Die Handlungsoptionen sind vielfältig: Auf regulatorischer Ebene beispielsweise durch ein Lieferkettengesetz oder die Ratifizierung der ILO-Konvention 169. Zu einer klaren Haltung gehören aber ebenso eine klare diplomatische Sprache, eine Stärkung der brasilianischen Zivilgesellschaft, deren Handlungsspielräume sich immer weiter verkleinern, und eine Infragestellung der Konzepte von Gestaltungsmacht und strategischer Partnerschaft.

1 Mehr dazu in Kapitel 2.

# 1. LAND- UND TERRITORIALKONFLIKTE IM KONTEXT DES EXTRAKTIVISMUS

## AGROINDUSTRIELLE LANDWIRTSCHAFT UND BERGBAU - BRASILIANISCHE REGIERUNGSPOLITIK VON LULA BIS BOLSONARO



Amazonien brennt - befeuert durch extraktivistische Projekte. Foto: IBAMA (CC BY-SA 2.0)

Seit über 500 Jahren dominiert die Ausbeutung von Rohstoffen die Ökonomien Lateinamerikas. Rohstoffe werden als Mineralien abgebaut oder als Agrarprodukte angebaut, um in Form von Primärgüterexporten Devisen zu erwirtschaften – dies wird gemeinhin als „Extraktivismus“ bezeichnet. So gibt es Länder, die nur Rohstoffe liefern und andere, die die Rohstoffe zu hochwertigen Produkten verarbeiten. Diese internationale Arbeits- und Produktionsteilung und der damit verbundene Raubbau an Mensch und Natur, die vor Jahrhunderten die Vorherrschaft der Kolonialmächte begründete, hat die nationale Unabhängigkeit der Region sowie unterschiedliche politische Phasen in den neuen Ländern überdauert. In den 1990er Jahren wurde das extraktivistische Modell in Lateinamerika sogar wieder verstärkt. In diesem Zusammenhang wird auch von einer „Reprimarisierung“ der Wirtschaft gesprochen, d.h. der Rohstoffabbau gewinnt mehr Anteil am Bruttoinlandsprodukt, während die verarbeitende Industrie relativ dazu abnimmt.<sup>2</sup> Im Ergebnis zeigte sich ein gespaltenes Bild. Einerseits war es möglich, infolge der kräftigen Rohstoffnachfrage vor allem aus China zu Beginn des 21. Jahrhunderts am Weltmarkt höhere Preise für Primärgüterexporte zu erzielen.<sup>3</sup> Diese vermehrten Einnahmen wurden vor allem von den sich als links verstehenden Regierungen der sogenannten Pink Tide<sup>4</sup> Südamerikas – Venezuela, Ecuador, Bolivien, Brasilien und Argentinien – im Rahmen eines neuen extraktivistischen Wirtschaftsmodells eingesetzt, um mittels

umfangreicher Infrastruktur- und Sozialprogramme Armut und Hunger zu bekämpfen und eine gesellschaftliche Umverteilung zu erreichen. Dieses post-neoliberale rohstoffbasierte Entwicklungsmodell wird als Neo-Extraktivismus bezeichnet.<sup>5</sup>

Während dank dieser Politik die Armutsraten zwar signifikant sanken, sind die langfristigen sozialen und ökologischen Folgen bedenklich. Es fehlten strukturelle Änderungen im Wirtschaftsmodell und in den Eigentumsverhältnissen und die Ausbeutung der Natur wurde intensiviert. So bedeutet Neo-Extraktivismus im Ergebnis oft nicht viel anderes als im Namen eines vermeintlich höheren Ziels – sozialer Inklusion – Exklusion und erhebliche Diskriminierungen an anderer Stelle in Kauf zu nehmen. Die Praxis der Zerstörung von Territorien vor Ort bleibt die gleiche. Der brasilianische Sozialwissenschaftler Henri Acelrad hat in diesem Zusammenhang den in Brasilien vielbenutzten Begriff „área de sacrifício“ geprägt, ein „Opfergebiet“, dessen Bewohner:innen nach Eindringen von Rohstoff- und abbauelementen meist in einer „área de poluição“ („Verschmutzungsgebiet“) leben.<sup>6</sup> Die Folge in den „Opfergebieten“: Die durch Bergbau bedingten Wasserverschmutzungen, die Freisetzung von Schwermetallen sowie Staub- und Schwebstoffbelastungen aller Art gefährden die Gesundheit der Bewohner:innen, kontaminieren die Böden und führen zu einem Rückgang von lokaler Biodiversität.

2 <https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2015/05/FDCL-Bergbau-Boom-in-Lateinamerika.pdf>

3 [https://www.land-conflicts.fu-berlin.de/\\_media\\_design/Artikel/\\_Neo-\\_Extraktivismus-in-der-Krise.pdf](https://www.land-conflicts.fu-berlin.de/_media_design/Artikel/_Neo-_Extraktivismus-in-der-Krise.pdf)

4 <http://web.isanet.org/Web/Conferencias/FLACSO-ISA BuenosAires 2014/Archive/19e10599-bf80-42fa-a9e1-accb107de234.pdf>

5 <https://www.fdcl.org/publication/2012-02-01-der-neue-extraktivismus/>

6 Henri Acelrad: Apresentação: De “bota foras” e “zonas de sacrifício” – um panorama dos conflitos ambientais no Estado do Rio de Janeiro. In: Acelrad, H. (Org.). Conflito Social e Meio Ambiente no Estado do Rio de Janeiro. Rio de Janeiro: Relume Dumará, 2004, S. 7-18.

Bei der industriellen Landwirtschaft, die in Monokulturen ganze Landstriche überzieht, liegen die Verschmutzungsgefahren in der Kontamination von Luft, Boden und Wasser durch Pflanzenspritzmittel (Insektizide, Herbizide und Fungizide). Hinzu kommen die sozialen Folgen des Vordringens von Agrar- und Bergbauexploration in Territorien, die zuvor von indigenen Gemeinden und traditionellen Gemeinschaften bevölkert und genutzt wurden. Für die privaten wie staatlichen Firmen und Konzerne lohnen sich industrielle Landwirtschaft oder Abbau von mineralischen Rohstoffen. Oft werden lokale comunidades, deren Territorien ins Visier der extraktiven Industrien und damit zusammenhängender, staatlich geduldeter wie beförderter Landnahme geraten sind, bedroht und eingeschüchtert. Der Protest und Widerstand der betroffenen Bevölkerung wird oft kriminalisiert und die dort lebenden Menschen vertrieben, Sozial- und Umweltaktivist:innen ermordet. Laut der NGO Global Witness ist eine der Brennpunktregionen, in denen die meisten Land- und Umweltaktivist:innen ermordet werden, Amazonien: 90 Prozent aller im Zusammenhang mit Landkonflikten stehenden Morde Brasiliens geschehen dort.<sup>7</sup>

- ● **Allzu oft bedeutet Neo-Extraktivismus nicht viel anderes, als im Namen eines vermeintlich höheren Ziels – sozialer Inklusion – Exklusion und erhebliche Diskriminierungen an anderer Stelle in Kauf zu nehmen.**

## Widerständigkeiten in den bedrohten Territorien

Doch inzwischen wehren sich viele traditionelle Gemeinschaften in ganz Lateinamerika, Organisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Umweltverbände und Menschenrechtsverteidiger:innen gegen die Vergabe von neuen Bergbaukonzessionen und Schürfrechten, gegen Öl- und Gasexplorationen und gegen die Landnahme durch das Agrobusiness und deren großflächige Umweltverschmutzungen, die durch Herbizide, Insektizide und Fungizide die Gesundheit der Anwohner:innen massiv gefährden. Die Betroffenen leisten Widerstand gegen die Pläne zum Infrastrukturausbau in Form von Wasserkraftwerken<sup>8</sup>. Sie kämpfen gegen Pipelines für Gas, Öl, Erz oder Ethanol<sup>9</sup> und mobilisieren gegen Wasserstraßen, Überlandstraßen und Bahnlinien<sup>10</sup>, die die traditionellen Territorien von Indigenen, Quilombolas<sup>11</sup>, Kleinbäuerinnen und -bauern durchschneiden<sup>12</sup>. Die Integrität dieser Territorien wird durch solche Infrastrukturprojekte noch mehr in Gefahr gebracht, nur um den Transport von Rohstoffen wie Soja, Weizen, Mais und Zuckerrohr oder Gas, Öl oder Erzen noch kostengünstiger zu gestalten. Gleichzeitig versuchen Großfarmer:innen vermehrt, die Agrargebiete in bisher eher traditionell oder kleinbäuerlich bewirtschaftete Gebiete voranzutreiben. Firmen und Konzerne aller Länder bemühen sich um die Aneignung mineralischer Rohstoffe in immer entlegeneren Gebieten. Weil dabei in Territorien vorgedrungen wird, die bereits angestammte Besitzer:innen und Nutzer:innen haben, mehren sich die Konflikte um Land und Boden, um Wasser und Wald. In Brasilien sind dies meist Angehörige „Traditioneller Völker und Gemeinschaften“, ein Begriff, der von Dieter Gawora (Universität Kassel) folgendermaßen definiert wird:

**„Traditionelle Völker und Gemeinschaften sind ein zunehmend wahrnehmbarer und sich artikulierender Teil der gesellschaftlichen Vielfalt Brasiliens. Dennoch ist das Recht auf die Selbstbestimmung der eigenen Zukunft für die meisten traditionellen Gruppen vielfältig bedroht. Voraussetzung für die Selbstbestimmung ländlicher Gruppen ist die Kontrolle und der Zugang zu Land, die für die meisten Gemeinschaften nicht gesichert sind, sondern im Gegenteil, vielen droht der Zugang zu traditionell genutztem und bewirtschaftetem Gemeinschaftsland und Naturressourcen entzogen zu werden. Dies gefährdet ihre Existenz.“<sup>13</sup>**

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich bei vielen der traditionellen Völker und Gemeinschaften in Brasilien – meist als Reaktion aus der Not heraus infolge eines Vordringens von außen in ihre Territorien – ein Paradigmenwechsel im Selbstbild und politischen Handeln eingestellt: Die Verteidigung ihrer Lebens- und Wirtschaftsformen wurde zur existenziellen Frage des physischen Überlebens traditioneller Völker und Gemeinschaften. So zeigt sich eine neue Diversität von Akteur:innen auf dem Land: Die traditionellen Völker und Gemeinschaften bilden eine

- 7 Brasilien liegt laut dem neuesten Bericht der NGO Global Witness mit 24 ermordeten Land- und Umweltaktivist:innen an dritter Stelle hinter den Philippinen (43) und Kolumbien (64) (Datenbasis 2019), siehe unter <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/defending-tomorrow/>. Die Landpastorale CPT zählte für 2019 32 im Rahmen von Landkonflikten ermordete Personen: <https://www.cptnacional.org.br/component/jdownloads/send/41-conflitos-no-campo-brasil-publicacao/14195-conflitos-no-campo-brasil-2019-web?Itemid=0>
- 8 Siehe hierzu ausführlich [https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2017/03/STUDIE\\_STAUDÄMME\\_online.pdf](https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2017/03/STUDIE_STAUDÄMME_online.pdf)
- 9 <http://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/ab-durch-die-roehre/>
- 10 Siehe zusammenfassend unter: Staudamm, Schiene, Schnitzel. Wie Staudämme und Wasserstraßen am Tapajós mit Bergbau und Soja in Mato Grosso und dem billigen deutschen Schnitzel zusammenhängen. Von Christian Russau, in: Lateinamerika Nachrichten, Juli/August 2017: Dossier „Wasserkraft in Lateinamerika“, Lateinamerika Nachrichten/GegenStrömung, unter: [https://lateinamerika-nachrichten.de/wp-content/uploads/2017/07/PDF-Dossier-Wasserkraft-LN517\\_518\\_WEB.pdf#page=22](https://lateinamerika-nachrichten.de/wp-content/uploads/2017/07/PDF-Dossier-Wasserkraft-LN517_518_WEB.pdf#page=22)
- 11 Nachfahren entfloherer Sklav:innen, die in Brasilien heute analog zu den indigenen Völkern den von der Verfassung von 1988 anerkannten Rechtsstatus traditioneller Völker mit Anrecht auf eigenes Territorium haben.
- 12 <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/der-tod-kommt-auf-schiene/>
- 13 <https://www.upress.uni-kassel.de/katalog/abstract.php?978-3-86219-150-5>

## Brasilianische Regierungspolitik der Arbeiterpartei PT 2003-2016 im Zeichen des Neo-Extraktivismus

an Bedeutung zunehmende gesellschaftliche Gruppierung. Sie haben deshalb einen anderen Blick auf die „Landfrage“ als die traditionellen Bewegungen von Kleinbäuerinnen und -bauern. Im Mittelpunkt steht nicht mehr ein Stück Land, sondern die „Verteidigung von Territorien“ und damit die Möglichkeit, eigene Lebensweisen zu bewahren und zu entwickeln. Wobei hier die gegenseitigen Beeinflussungstendenzen nicht zu übersehen sind: Auch kleinbäuerliche Gemeinden lernen aus der Bewegung zur „Verteidigung der Territorien“ und eignen sich deren Methoden und Ziele vermehrt an.<sup>14</sup> Der Begriff „Territorium“ ist heute in aller Munde. Er steht für den Kampf um Rechte, für Wahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und stellt, wie es die brasilianische Ausgabe der „Le Monde Diplomatique“ unlängst feststellte,<sup>15</sup> die derzeit wahrscheinlich aussichtsreichste Perspektive für Widerstand dar. Die nächsten Jahre werden zeigen, „ob traditionelle Völker und Gemeinschaften den Wandel von einem defensiven zu einem offensiven gesellschaftlichen Akteur schaffen können und ob es möglich erscheint, dass diese Gruppen als mehr verstanden werden können, denn als Anhang an die moderne Gesellschaft oder als Parallelgesellschaften, für die besondere Räume reserviert werden, sondern, ganz im Gegenteil, als Subjekte der Veränderung der Gesamtgesellschaft.“<sup>16</sup>

Während durch den rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro<sup>17</sup> die brasilianische Demokratie in ihrer Substanz und ihrem Fortbestand bedroht ist, sind es die Territorien, aus denen Widerständigkeit entsteht. Diese Territorien liegen aber nicht nur auf dem Land. Auch in vielen städtischen comunidades, in Favelas und in den Peripherien der Städte, regt sich der alltägliche Kampf der prekarierten Bevölkerungsschichten um Respekt und um Rechte.

● ● **Angesichts steigender Unsicherheiten über Substanz und Fortbestand der brasilianischen Demokratie sind es die Territorien, aus denen Widerständigkeit gegen die Bedrohung der brasilianischen Demokratie durch den rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro entsteht.**

„Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, diese zu wiederholen“, sagte der Philosoph und Literaturkritiker George Santayana.<sup>18</sup> Also sind Rückblicke zum Verständnis der Gegenwart essentiell. Die Jahre 2003 bis 2016 der Regierungen der Arbeiterpartei PT<sup>19</sup> brachten in Brasilien einerseits einen in den ersten Jahren nicht von der Hand zu weisenden Schub zivilgesellschaftlicher Beteiligung.

Die Regierung organisierte Gremien, bei denen Vorschläge der Zivilgesellschaft zu bestimmten Themenbereichen (Stadt, Menschenrechte, Ernährungssicherheit) systematisiert wurden. Zahlreiche Aktivist:innen gelangten in Regierungsverantwortung, womit Zugangs- und Dialogmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteur:innen verbessert wurden. Dennoch blieb die Bilanz gemischt. Denn andererseits gingen die Forderungen der Zivilgesellschaft oftmals nur ansatzweise in die Regierungspolitik ein, sodass immer mehr Gruppen die Beteiligungsprozesse hinterfragten. Deutlich wurde zudem auch, dass die Regierungen von Luiz Inácio Lula da Silva (2003-2010) und Dilma Rousseff (2011-2016) nicht bereit waren, mit den sozialen Bewegungen und direkt Betroffenen über zentrale Infrastrukturvorhaben, die eine konkrete Bedrohung für betroffene Territorien vor Ort darstellten, wirklich ergebnisoffen zu diskutieren. So wurden die Großstaudämme wie Belo Monte<sup>20</sup>, Santo Antônio<sup>21</sup> oder Jirau<sup>22</sup> in Amazonien sowie die Bauvorhaben für die Fußball-WM<sup>23</sup> oder der Ausbau der Eisenerzförderung gegen heftigen Widerstand aus den betroffenen Territorien durchgesetzt.<sup>24</sup>

Unter den Regierungen Lula und Dilma boomte vor allem das Agrobusiness – und der Staat hatte seinen Anteil daran: Die zinsvergünstigten Staatskredite an die Agrarkonzerne verüfflichten sich im Zeitraum von 2003 bis 2015.<sup>25</sup> In den gleichen 12 Jahren verdoppelte sich die Produktion von Getreide und Sojabohnen von 96 Millionen Tonnen 2002 auf 191 Millionen Tonnen 2015.<sup>26</sup> Es war auch die Regierung Lula, die den Anbau von gentechnisch verändertem Soja 2005/2006 legalisierte,<sup>27</sup> und auch die Amnestie für die Verantwortlichen von zuvor illegal gerodeten Flächen wurde 2008/2009 von der Regierung Lula durchgesetzt.<sup>28</sup> Beim zweitwichtigsten Exportgut Brasiliens, dem Eisenerz, stieg die Produktionsmenge von 214 Millionen Tonnen im Jahr 2002<sup>29</sup> auf 400 Millionen Tonnen im Jahr 2014<sup>30</sup>, 2018 lag

14 Siehe hierzu <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/die-entdeckung-der-munizipalen-ebene/>

15 Siehe hierzu <https://diplomatie.org.br/as-lutas-camponesas-e-a-utopia-possivel/>

16 Dieter Gawora; Maria Helena de Souza Ide; Rômulo Soares Barbosa (Hrsg.): Traditionelle Völker und Gemeinschaften in Brasilien, Entwicklungsperspektiven 100, Kassel University Press, Kassel 2011, S. 13, online unter <https://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-150-5.volltext.frei.pdf>

17 Die Tagesschau erklärt, warum sie Jair Bolsonaro „rechtsextrem“ nennt: <https://twitter.com/tagesschau/status/1055985372348461061>

18 George Santayana: „The Life of Reason: Reason in Common Sense“, 1905, S. 284

19 Regierung Luiz Inácio Lula da Silva (2003-2010) und Regierung Dilma Rousseff (2011-2016)

20 [https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2014/07/GegenStrömung\\_Belo-Monte-und-Europ-Konzerne\\_2014.pdf](https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2014/07/GegenStrömung_Belo-Monte-und-Europ-Konzerne_2014.pdf)

21 [https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2017/03/STUDIE\\_STAUDÄMME\\_online.pdf](https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2017/03/STUDIE_STAUDÄMME_online.pdf)

22 <https://www.gegenstroemung.org/web/blog/hoffentlich-allianz-versichert-und-mit-privatem-schiedsgericht-doppelt-abgesichert/>

23 <http://www.ila-web.de/ausgaben/347/nummer-23-wird-geräumt> und [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/VSA\\_Dilger\\_ua\\_Fussball\\_in\\_Brasilien.pdf#page=163](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Dilger_ua_Fussball_in_Brasilien.pdf#page=163)

24 [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/VSA\\_Russau\\_Abstauben\\_in\\_Brasilien.pdf#Page=96](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Russau_Abstauben_in_Brasilien.pdf#Page=96)

25 2003: 27 Mrd. Reais, 2015: 156 Mrd. Reais. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum vergaben die Regierungen Lula und Dilma 2,2 Mrd. Reais (2003) und 24,1 Mrd. Reais (2015) im Rahmen des die kleinbäuerliche Landwirtschaft stärkenden Programmes Pronaf. Siehe zu den Agrobusiness und Pronaf-Zahlen: <http://www.brasildamudanca.com.br/agronegocio/agronegocio>

26 <http://www.brasildamudanca.com.br/agronegocio/agronegocio>

27 [https://www.conjur.com.br/2005-set-08/lula\\_libera\\_plantio\\_safra\\_soja\\_transgenica](https://www.conjur.com.br/2005-set-08/lula_libera_plantio_safra_soja_transgenica)

28 <https://www.cptne2.org.br/publicacoes/noticias/noticias/1107-lula-cede-as-pressoes-da-bancada-ruralista-e-anistia-desmatadores>

29 <http://www.ibram.org.br/sites/1300/1382/00004035.pdf>

30 <http://www.ibram.org.br/sites/1300/1382/00005836.pdf>



Dilma Rousseff und Lula da Silva 2010. Noch im Hintergrund: Michel Temer. Foto: Agência Brasil (CC BY 3.0 BR)

dieser Wert bereits bei 450 Millionen Tonnen.<sup>31</sup> Es war also auch der in den Territorien so zerstörerisch wirkende Bergbau, der in den Jahren der PT-Regierung boomte: „Der Bergbau in Brasilien stieg von 2002 bis 2012 um 460 Prozent. Dies bedeutete auch, dass der Bergbau in Gebiete vordrang, in denen wir zuvor nichts dergleichen hatten. Und so wurde dies dann zu einem landesweit auftretenden Konflikt“, erklärt Charles Trocate von der Bewegung für Volkssouveränität im Bergbau (Movimento Pela Soberania Popular na Mineração – MAM) im Interview.<sup>32</sup>

Es lag zu einem Großteil an der steigenden globalen Nachfrage nach Erzen und Soja, dass die brasilianische Wirtschaft in den Regierungsjahren der PT stark wuchs. Es war aber auch politisches Kalkül der Regierungen Lula und Dilma, ganz auf das weltmarkt-induzierte Entwicklungsdogma des „Immer Mehr“ an Rohstoffexporten zur Devisenakquise zu setzen und so der – zu damaliger Zeit der PT politisch recht wohl gesonnenen – Wirtschaftselite aus Agrobusiness und Bergbaulobby einen Dienst zu erweisen. Bezeichnenderweise stieg die Marktkapitalisierung der brasilianischen Börse Bovespa zwischen 2003 und 2010 um satte 500 Prozent.<sup>33</sup> Diese besondere Form der Regierungspolitik von Lula des stets auf Ausgleich bedachten pragmatischen Politikensenses auch mit den Eliten wird heute auch bei führenden Politiker:innen der PT mittlerweile kritisch gesehen.<sup>34</sup> „Seit der Übernahme der Präsidentschaft 2003 zielte die Politik der PT auf einen Ausgleich zwischen den sozialen und wirtschaftlichen Interessen verschiedener einflussreicher Akteure ab“, so konstatiert auch der Umweltingenieur Christoph Hess, „und alles deutet darauf hin, dass dabei die Umwelt letztendlich hinten angestellt wurde. Die traditionelle Sichtweise von Entwicklung kontra Umwelt setzte sich in der Praxis durch.“<sup>35</sup>

Angesichts der stets unbestritten unternehmer:innen- und damit elitenfreundlichen Wirtschaftspolitik sowie des Fokus auf die Ausweitung der Konsummöglichkeiten breiterer Bevölkerungsschichten anstatt struktureller Veränderungen und wahrer demokratischer Teilhabe<sup>36</sup>, wurden die lokalen Territorien leicht übersehen – mit den entsprechenden Folgen. Die Klage über Umweltschäden und Umweltzerstörung durch industrielle Großprojekte ist eben nicht nur ein „Umweltthema“. Denn wo die natürliche Grundlage des wirtschaftlichen Überlebens der lokalen Bevölkerung in den Territorien ökologisch zerstört wird, geschieht eine Verletzung des Menschenrechts der dort von und in der Umwelt lebenden Menschen. Der sich ausbreitende Extraktivismus, der mit seinen Riesenbaggern Berge zerstört und mit seinen Pflanzenspritzmitteln Monokulturen ertränkt oder mit Wasserkraftwerken Flüsse dämmt, mit Bergbau Böden und Wasser verseucht, verletzt die Menschenrechte der dort lebenden Bevölkerung und ist somit der Nährboden für den entstehenden sozialen Widerstand aus den Territorien, der sich bereits unter den Regierungen Lula und Dilma gegen die zerstörerischen Großprojekte wandte. Sichtbarstes Beispiel dafür war der Bau des bereits erwähnten Staudamms Belo Monte am Fluss Xingu im Amazonas-Bundesstaat Pará. Lula ließ ihn planen, Dilma ließ ihn bauen – gegen den expliziten Widerstand der betroffenen Indigenen und dort lebenden Flussanwohner:innen.

Aus Sicht der Betroffenen war dies die erste Großsünde der sich als links verstehenden Regierungen der Arbeiterpartei PT. Der weltbekannte Kazike der Kayapó, Raoni Metuktire, sagte der „BBC“, die Jahre von Lula und Dilma hätten einen Wendepunkt in ihrer Beziehung zur Bundesregierung markiert. Raoni sagt, er sei von allen Präsidenten empfangen worden, die zwischen der Redemokratisierung und der Amtseinführung Lulas regierten: José Sarney, Fernando Collor, Itamar Franco und Fernando Henrique Cardoso. Sie alle, so Raoni, „haben mich sehr unterstützt, damit ich meinem Volk helfen konnte.“ Mit Lula

31 <https://agenciabrasil.ebc.com.br/geral/noticia/2020-02/ibram-producao-de-minerio-em-2019-caiu-mas-faturamento-cresceu>

32 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/wir-kaempfen-fuer-vom-bergbau-freie-territorien>

33 [https://www.boell.de/sites/default/files/Inside\\_A\\_Champion\\_Democracy.pdf#page=138](https://www.boell.de/sites/default/files/Inside_A_Champion_Democracy.pdf#page=138)

34 Siehe stellvertretend hierfür das Interview von Lindbergh Farias in „Carta Capital“: Die Lula-Regierung habe bei allem Versuch des Ausgleichs übersehen, dass die alte Elite immer noch einer Sklavenhaltermentalität anhängt, online unter: <https://www.cartacapital.com.br/politica/lindbergh-lula-apostou-em-conciliacao-e-esqueceu-que-a-elite-e-escravocrata/>

35 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/umweltpolitik-in-brasilien-bilanz-und-ausblick>

36 <https://www.bbc.com/portuguese/brasil-46624102>

jedoch, so Raoni, habe sich die Beziehung verschlechtert. „Er begann mit der Planung dieser Idee, Belo Monte zu bauen. Es gelang uns, die Arbeit zu stoppen, aber mit der Regierung Dilma wurde sie wieder aufgenommen. Und Dilma autorisierte Belo Monte.“ So schlussfolgerte Raoni: „Unser Kampf gegen Bolsonaro ist derselbe, den wir gegen Lula und Dilma geführt haben. Sie alle – Lula, Dilma, Bolsonaro – erzeugten diese Spaltung zwischen den Indigenen und der Regierung.“<sup>37</sup>

In der Tat ist dies eine verheerende Kritik an den Regierungen Lula und Dilma. Deren Politik wird mit der eines Bolsonaro in eine Reihe gestellt. Das wiegt äußerst schwer und überrascht auf den ersten Blick, wenn man vergleicht, wie viel stärker sich Lula und Dilma für den Regenwaldschutz Amazoniens eingesetzt haben und wie die Statistiken der Homologationen Indigener Territorien der Regierungen Lula und Dilma im Vergleich zu denen Bolsonaros aussehen, der obendrein die Indigenen Territorien für Landwirtschaft und Bergbau freigeben möchte. Aber auf den zweiten Blick wird klar, warum diese Kritik sehr ernst genommen werden muss. Denn sie offenbart den Blick der direkt von Großprojekten Betroffenen, die vor Ort, hier in dem Falle in Amazonien, unter den Regierungsentscheidungen in Brasília leiden, weil ihre Lebenswelten in ihren Territorien dem vermeintlich höheren Ziel „Entwicklung“ geopfert werden. Für die betroffenen Indigenen vor Ort macht es wenig Unterschied, ob das eigene Territorium für „Entwicklung“ mit sozialer Umverteilung im Rest des Landes wie bei Lula und Dilma oder aus offensichtlichem Hass auf Indigene wie bei Bolsonaro zerstört wird. Es ist deshalb die Stimme der Betroffenen selbst, der zugehört werden muss.

● ● **Die unternehmer:innen- und damit elitenfreundliche Wirtschaftspolitik setzt ihren Fokus auf die Ausweitung der Konsummöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten. Die lokalen Territorien werden zu leicht übersehen – mit den entsprechenden Folgen.**

## Jair Bolsonaro tritt an: Extraktivismus ohne Rücksicht auf Verluste

Anderthalb Jahre Bolsonaro-Regierung – und die staatlichen Institutionen mit halbwegs sozialer oder demokratischer Politagenda verlieren zunehmend an Struktur und werden ausgedünnt, ausgehöhlt oder geraten unter gezielten Beschuss.<sup>38</sup> Extrem neoliberale Gesetzesänderungen bei Arbeitsjustiz, Arbeitsrecht und Gewerkschaftsfreiheit werden flankiert durch eine marktradikale, extrem-neoliberale Rentenreform und bilden so das Grundgerüst des kompletten Umbaus des brasilianischen Staates im Sinne der massiven Umverteilung von unten nach oben.<sup>39</sup>

Die NGO Reporter ohne Grenzen sieht die Pressefreiheit in Brasilien so gefährdet wie noch nie seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1985.<sup>40</sup> Dort, wo Kritik entstehen könnte, wird von der Bolsonaro-Regierung vorsorglich die Axt angesetzt. Wissenschaft und Kultur werden die Mittel gekürzt, wer seine Stimme erhebt, dem droht ein Disziplinarverfahren.<sup>41</sup> Anfang September 2020 wurde im Rahmen des Academic Freedom Projects eine umfassende Studie veröffentlicht, die zu dem Schluss kam, dass die akademische Freiheit in Brasiliens Bolsonaro so gefährdet wie schon lange nicht mehr ist.<sup>42</sup> Extrem beunruhigend sind auch Hass und Lügen in den von fanatischen bolsonaristas dominierten sozialen Medien. Infolge massiver Hass-, Hetz- und Lügenkampagnen in den sozialen Medien musste bereits Anfang 2019 der offen schwule Kongressabgeordnete Jean Wyllys wegen zahlreicher Todesdrohungen gegen ihn und seine Familie das Land verlassen. Er erklärte, dass er sein Parlamentsmandat nicht antreten, sondern im Exil bleiben werde. Etliche der Morddrohungen – geschickt verpackt als Wunschaussage in den sozialen Medien – kamen von einer Richterin. Präsident Bolsonaro twitterte angesichts Wyllys' Exil fröhlich „ein großartiger Tag!“. Mehrere Wissenschaftler:innen haben mittlerweile das Land verlassen, weil sie viele deutliche Todesdrohungen erhalten hatten und den brasilianischen Staat für unfähig und unwillig halten, ihr Leben zu schützen. Darunter beispielsweise eine international anerkannte Universitätsprofessorin. Ihr „Vergehen“? Für Abtreibung einzutreten. Es scheint: Morddrohungen als Zweck der Einschüchterung sind gang und gäbe geworden in diesem neuen Brasilien des 21. Jahrhunderts.<sup>43</sup> Der Präsident spricht indessen von der Entmachtung des Kongresses und des Obersten Gerichtshofs und treibt tagein, tagaus eine neue Ungeheuerlichkeit medial durchs Land, damit die Menschen in dem Tsunami der Skandale, der Verbalinjurien, der gezielten Entgleisungen möglichst wenig von der Ausbeutung von Gesellschaft und Menschen sowie dem Raubbau an der Natur mitbekommen. Bolsonaros Zustimmungswerte in der Bevölkerung von bis zu 37 Prozent<sup>44</sup> sind ein klarer Beleg für dessen Effektivität beim Ablenken vom Wesentlichen.

37 <https://www.bbc.com/portuguese/brasil-50022818>

38 Dies zeigte sich bereits frühzeitig in der Regierung Bolsonaro. Siehe hierzu „Die 120 Tage von Sodom in Brasília. Präsident Bolsonaro dekonstruiert die Demokratie.“ Von Pedro P. Glauber und Christian Russau, in: Lateinamerika Nachrichten, Nummer 539 – Mai 2019. Online unter: <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/101471/>

39 <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/mit-der-axt-des-jair-bolsonaro/>

40 <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/pressefreiheit-in-brasilien-gefaehrdet-wie-nie/>

41 [https://www.deutschlandfunk.de/regierung-bolsonaros-brasiliens-kehrtwende-in-der-kultur.1184.de.html?dram:article\\_id=472320](https://www.deutschlandfunk.de/regierung-bolsonaros-brasiliens-kehrtwende-in-der-kultur.1184.de.html?dram:article_id=472320)

42 Freier Download (auf Englisch) unter <https://www.gppi.net/2020/09/01/academic-freedom-in-brazil>

43 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/sehr-dunkle-wolken>

44 <https://g1.globo.com/politica/noticia/2020/08/13/bolsonaro-tem-aprovacao-de-37percent-e-reprovacao-de-34percent-diz-datafolha.ghtml>



Bereits vor dem ersten Wahlgang im Oktober 2018 wurden Massenproteste gegen Jair Bolsonaro organisiert. Foto: Samia Bomfim (CC BY 2.0)

In den Städten wird die Verteidigung von Menschenrechten gegen Polizeiübergriffe ebenfalls schwieriger. Die Überwachungs-, Polizei- und Repressionsstrukturen werden immer umfassender und raffinierter: Unter weitestgehender Straflosigkeit erschießen Scharfschützen der Polizei in den Favelas und Peripherien der Städte gezielt arme, Schwarze Jugendliche.<sup>45</sup> 2018 wurden 5.716 Menschen durch die Polizei erschossen, 2019 waren es 5.804 – ein Großteil der Opfer ist Schwarz.<sup>46</sup>

In diesem Klima von Hass und gewollt-strukturierter gesellschaftlicher Entgleisung geraten dabei auch Rechte von Frauen zunehmend in Gefahr: Seit Amtsantritt Bolsonaros haben in Brasilien die Frauenmorde um 7,3 Prozent zugenommen.<sup>47</sup> Laut Carmen Ferreira Foro, Vizepräsidentin des größten Gewerkschaftsdachverbandes Brasiliens, CUT (Central Única dos Trabalhadores), und afro-brasilianische Landarbeiterin aus dem Bundesstaat Pará in Amazonien, besteht ein direkter Einfluss des Diskurses von Bolsonaro auf Femizide im Land. Bolsonaro habe „klar frauenfeindliche Reden geschwungen und somit in der Gesellschaft Widerhall für Standpunkte erzeugt, die sich explizit gegen all die Werte richten, die wir in den vergangenen Jahren in Bezug auf die Rolle der Frauen in der Gesellschaft aufgebaut haben.“<sup>48</sup>

Hinzu kommt ein unverhohlenen LGBTIQ\*-hassender Diskurs, der in Brasilien durch die sozialen Medien und durchs Land schwappt.<sup>49</sup> Genderorientierte Ansätze in Politik und Erziehung wurden seitens der Regierung erst verhöhnt und dann aus den Schulbüchern verbannt.<sup>50</sup> Dabei vermischen sich oft Positionen einer erstarkenden politischen Rechten mit religiös motivierten Forderungen der Pfingstkirchen, die zunehmend eine politische Rolle spielen.<sup>51</sup>

Nun stimmt es zwar, dass Jair Bolsonaro sich vor keiner Lüge scheut, aber in einem Punkt kann man ihn nicht der Lüge überführen. Er hat nie einen Hehl aus seinem Verständnis von Politik gemacht: Am 16. April 2016 stimmte das brasilianische Abgeordnetenhaus über das Amtsenthebungsverfahren gegen die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff ab. Der Abgeordnete Jair Bolsonaro votierte für die Amtsenthebung – und widmete seine Stimme dem Coronel Carlos Alberto Brilhante Ustra, „dem Schrecken Dilmas“, wie Bolsonaro ihn triumphierend titulierte. Ustra war in den Zeiten der Militärdiktatur der Folterer Dilmias und Leiter des berühmten Folterzentrums DOI-CODI in São Paulo.<sup>52</sup> Zahlreiche Äußerungen Bolsonaros zeigen seine faschistische Gesinnung.

„Wenn ich gewählt werde, da gibt es keinen Zweifel, würde ich am selben Tag putschen. Es ist ja der Präsident, der entscheidet, also soll man gleich eine Diktatur errichten“, sagte Jair Bolsonaro im Mai 1999 im „TV Bandeirantes“. „Mit Wahlen ändert man in diesem Land hier nichts. Es wird sich leider nur etwas ändern, wenn wir in den Bürgerkrieg ziehen. Und den Job zu Ende bringen, den die Militärdiktatur nicht gemacht hat: 30.000 dieser Marginalen umbringen“, fuhr er fort, um dann zu erklären: „Ich bin für die Folter.“ Doch es geht bei Bolsonaro immer noch extremer. Im Juli 2016 erklärte er: „Der Fehler der Diktatur war, dass sie gefoltert und nicht getötet haben.“ Und: „Das Erschießen ist für gewisse Personen sogar noch eine Ehre.“ Und: „Ein Polizist, der nicht tötet, ist kein Polizist.“ Dieses Weltbild gesellt sich zu Bolsonaros unzähligen Äußerungen, die vor Rassismus, Indigenen- und Quilombolafeindlichkeit, vor Sexismus und Frauenfeindlichkeit, vor Schwulen-, Lesben- und Trans\*feindlichkeit nur so triefen.<sup>53</sup> Angesichts Bolsonaros unverblümt anti-demokratischer Haltung kann also de facto niemand sagen, er/sie habe von all dem nichts gewusst. Die Demokratie in Brasilien ist in akuter Gefahr.

45 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/stadt/polizeimassaker-und-faschopolitik-am-zuckerhut>

46 <https://blogs.taz.de/latinorama/sig-sauer-will-kuenftig-auch-in-brasilien-produzieren/>

47 <https://www.esmaelmorais.com.br/2020/03/sob-bolsonaro-casos-de-femicidio-cresceram-73-no-brasil-em-um-ano/>

48 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/201ewir-frauen-sind-die-protagonistinnen-des-widerstands201c>

49 <https://blogdadacidania.com.br/2019/12/governo-bolsonaro-um-ano-de-ataques-a-comunidade-lgbt/>

50 [https://www.correiobraziliense.com.br/app/noticia/politica/2020/05/12/interna\\_politica,853894/bolsonaro-promete-enviar-projeto-contra-ideologia-de-genero-ao-congres.shtml](https://www.correiobraziliense.com.br/app/noticia/politica/2020/05/12/interna_politica,853894/bolsonaro-promete-enviar-projeto-contra-ideologia-de-genero-ao-congres.shtml)

51 <https://www.bbc.com/portuguese/brasil-50462031>

52 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/50-jahre-militaerputsch/der-folterer-carlos-alberto-brilhante-ustra-ist-in-brasilia-gestorben>

53 <https://www.spiegel.de/fotostrecke/jair-bolsonaro-in-zitaten-fotostrecke-164735.html>

Für Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen und insbesondere Menschenrechtsgruppen wird die Lage derzeit immer schwieriger. Shrinking Spaces für die Zivilgesellschaft und die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen nehmen zu. Letzteres trifft insbesondere die Landlosenbewegung MST, die Obdachlosenbewegung MTST, die Landpastorale CPT und den Indigenenmissionsrat CIMI, die von Regierungsvertreter:innen öffentlich als „Terroristen“ gebrandmarkt werden.<sup>54</sup>

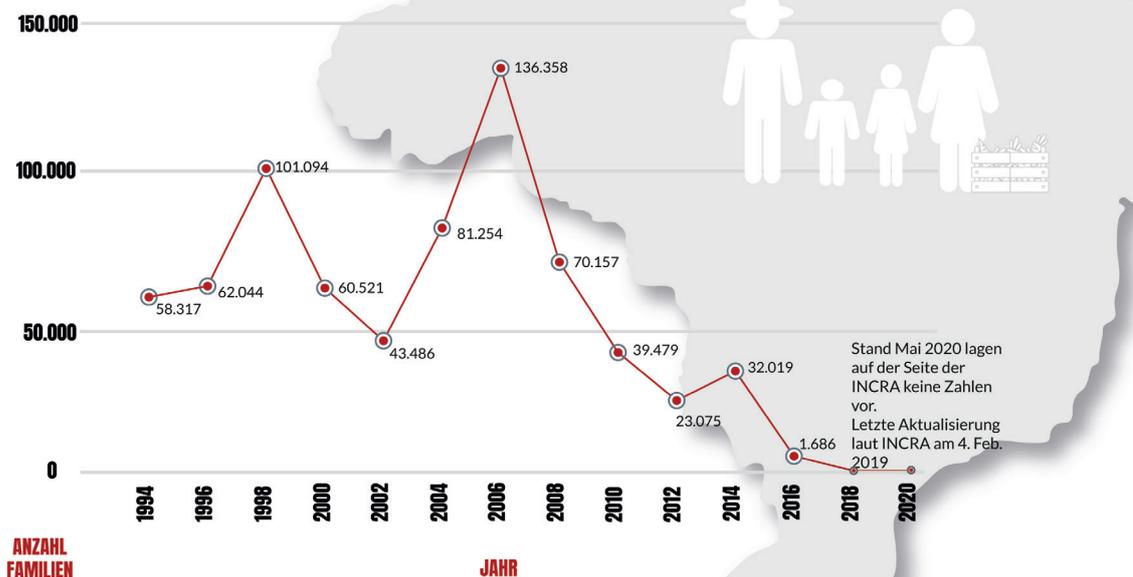
Unter Bolsonaro spitzensich auch die Landkonflikte zu. Oft äußern sich die illegal goldschürfenden und holzschlagenden Täter:innen unverhohlen, nun sei doch „ihr Hauptmann“ Bolsonaro Präsident und er habe gesagt, er werde ihnen – den Gold suchenden garimpeiros, den Tropenholz illegal schlagenden madeireiros – zu „ihrem Recht“ verhelfen.<sup>55</sup> Gepaart mit einer fortschreitenden Liberalisierung des Waffen- und Munitionsbesitzes im Lande entwickelt sich eine zunehmend explosive Mischung.<sup>56</sup> Bolognaros präsidentiale Narrative schaffen Gewalt.

Derweil betreibt die Bolsonaro-Regierung gezielt eine schleichende Entmachtung der Indigenenbehörde Funai und der Umweltbehörde Ibama, indem sie fähige Mitarbeiter:innen durch Bolsonaro-freundliche Militärs oder Evangelikale austauscht. Außerdem kürzt sie diesen Behörden Gelder und verlagert deren Kompetenzen auf andere Staatsorgane.<sup>57</sup> Die Bilder von großflächiger Zerstörung in Amazonien – sei es durch gezielt gelegte Brände, sei es durch Holzfäller:innen, sei es durch die Goldsuche – geben beredtes Zeugnis darüber, dass es bei

Bolsonaro nicht mehr wie bei Lula und Dilma um einen in Kauf genommenen Gegensatz von „Entwicklung“ und „Umwelt“ geht, sondern vielmehr um eine gezielte Zerstörung und rücksichtslose Ausbeutung der „Umwelt“.

Düster steht es auch um die Agrarreform. Im Rückblick der vergangenen 25 Jahre war es vor allem die Regierung von Luiz Inácio Lula da Silva, die die Agrarreform in Brasilien zahlenmäßig am meisten voranbrachte. Zwar erreichte auch die Regierung von Fernando Henrique Cardoso (1995-2002) in den Jahren 1997 und 1998 Höchstwerte mit 81.944 bzw. 101.094 angesiedelten Familien, denen im Rahmen des staatlichen Agrarreformprogramms Land zugesprochen wurde, doch die historischen Spitzenwerte bei der Agrarreform erreichte die Lula-Regierung (2003-2010) in den Jahren 2005 (127.506 Familien) und 2006 (136.358 Familien). Während der Regierung von Dilma Rousseff oszillierten die Zahlen der Ansiedlungen im Rahmen der Agrarreform zwischen vergleichsweise bescheidenen 22.012 Familien (2011) und 32.019 Familien (2014). Während der Temer-Regierung reduzierte sich die Agrarreformzahlen weiter drastisch, bevor sie gegenwärtig unter Bolsonaro zum Stillstand gekommen sind.<sup>58</sup>

## ANZAHL DER FAMILIEN, DIE DURCH DIE AGRARREFORM ANGESIEDELT WURDEN



Zahlen: Agrarreformbehörde INCRA

- 54 Siehe hierzu „Gib dem Markt und nimm den Kleinen. Breite Farmerfront treibt Brasiliens Landwirtschafts- und Agrarreformpolitik voran, ganz im Sinne des Agrobusiness“. Von Christian Russau, in: Brasilien Nachrichten 161, Juli 2020
- 55 ZDF Auslandsjournal: Im Schatten der Krise. <https://www.zdf.de/politik/auslandsjournal/im-schatten-der-krise-100.html>. Video verfügbar bis 06.05.2021
- 56 <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/brasilien-brasiliens-waffengesetz-knarren-fuer-das-volk>
- 57 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/brasilien-umweltschutz-jair-bolsonaro-wald-zerstoerung>
- 58 <http://www.incra.gov.br/pt/numeros-da-reforma-agraria.html>

Die Bolsonaro-Regierung setzt sich explizit gegen die Vergabe von kollektiven Landtitel ein, stattdessen sollen direkte Individualtitel vergeben werden, was zur Folge hätte, dass diese Ländereien dann den Marktgesetzen ausgeliefert werden. Dies käme einer weitgehenden Privatisierung vor allem in Amazonien gleich, wo die brasilianische Landfrage derzeit vermehrt an eine zweite ursprüngliche Akkumulation erinnert.<sup>59</sup>

Auf dem Land und in den (von Agrobusiness und Bergbauunternehmen begehrten) Territorien zeigen sich die Folgen einer explizit gegen Kleinbäuerinnen und -bauern, gegen Indigene und andere traditionelle Völker gerichteten Politik in nackten Zahlen: Am Freitag, dem 17. April 2020, dem Welttag des kleinbäuerlichen Widerstands in Erinnerung an die 1996 von der Militärpolizei bei Eldorado dos Carajás 19 erschossenen Landlosen, hat die Landpastoralkommission CPT ihre jährliche Broschüre 2019 über die Landkonflikte veröffentlicht.<sup>60</sup> Es war der mittlerweile 34. Jahresbericht der CPT zu diesem Thema.

● ● **Die Bilder von großflächiger Zerstörung in Amazonien geben beredtes Zeugnis darüber, dass es bei Bolsonaro nicht mehr wie bei Lula und Dilma um einen in Kauf genommenen Gegensatz von „Entwicklung“ und „Umwelt“ geht, sondern vielmehr um eine gezielte Zerstörung und Ausbeutung der „Umwelt“.**

Die erschütternden Berichte über die erlittene Gewalt – von Bäuerinnen und Bauern, von Indigenen, Quilombolas und anderen traditionellen Völkern – wurden ergänzt durch die harten Fakten: Der Bericht zeigt, dass die Gewalt auf dem Land im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 weiter zugenommen hat. Die Zahl der Landkonflikte betrug im Jahr 2018 1.124, im Jahr 2019 lag diese Zahl bei 1.254. Die Zahl der Morde stieg um 14 Prozent (von 28 auf 32). Die Zahl der versuchten Mordanschläge stieg um 7 Prozent (von 28 auf 30), an. Bei den Morddrohungen kam es zu einem Anstieg von 22 Prozent, sie haben von 165 auf 201 zugenommen. Nach Angaben des Dokumentationszentrums der CPT wurde im Jahr 2019 auch die höchste Anzahl an Morden an indigenen Anführern der letzten elf Jahre verzeichnet: Insgesamt wurden im Jahr 2019 neun Indigene im Kontext von Landkonflikten ermordet. Am deutlichsten aber zeigt sich die Zunahme der Konflikte an der in direktem Disput befindlichen Fläche:

**VON LANDKONFLIKTEN IN BRASILIEN  
BETROFFENE FLÄCHE IN MIO. HEKTAR  
2010 - 2019**

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Betroffene Fläche in Mio.Hektar	13,3	14,4	13,1	6,2	8,1	21,3	23,7	37,0	39,4	53,3

Quelle: CPT: Conflitos no Campo 2019<sup>61</sup>

59 „Gib dem Markt und nimm den Kleinen. Breite Farmerfront treibt Brasiliens Landwirtschafts- und Agrarreformpolitik voran, ganz im Sinne des Agrobusiness“. Von Christian Russau, in: Brasilien Nachrichten 161, Juli 2020

60 <https://www.cptnacional.org.br/publicacoes/noticias/conflitos-no-campo/5162-sugestao-de-pauta-cpt-lancara-o-relatorio-conflitos-no-campo-brasil-2019-nesta-semana>

61 <https://www.cptnacional.org.br/component/jdownloads/send/41-conflitos-no-campo-brasil-publicacao/14195-conflitos-no-campo-brasil-2019-web?Itemid=0>

# 2. DIE DEUTSCH-BRASILIANISCHEN BEZIEHUNGEN AUF DEM PRÜFSTAND

## ZWISCHEN DIPLOMATISCHEN DRAHTSEILAKTEN UND WIRTSCHAFTSINTERESSEN



Außenminister Heiko Maas mit Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro im April 2019. Foto: Georg Witschel/Palácio de Planalto (CC BY 2.0)

Dieses erschreckende Panorama einer in Brasilien zunehmend in Trümmern von Hass und Gewalt und dem Recht des Stärkeren verfallenden Demokratie wirft natürlich auch auf internationaler Ebene Fragen auf. Denn: „Brasilien ist das einzige Land in Lateinamerika, mit dem Deutschland seit 2008 durch eine strategische Partnerschaft verbunden ist. Außerhalb Europas hat Deutschland nur mit China, Indien, Russland und Israel eine strategische Partnerschaft auf solchem Spitzenniveau. Kernanliegen dieser strategischen Partnerschaft ist der weitere Ausbau der Zusammenarbeit zu bilateralen und multilateralen Themen.“, so das Auswärtige Amt.<sup>62</sup> Inhalt dieser strategischen Partnerschaft ist die Zusammenarbeit bei „Themen wie Energie, Umwelt, Klima, Wissenschaft, Wirtschaft und Handel, Verteidigung, Arbeit und Soziales sowie Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und bei den Menschenrechten“.<sup>63</sup> Im Rahmen der strategischen Partnerschaft ist vorgesehen, dass es in regelmäßigen Abständen von zwei Jahren deutsch-brasilianische Regierungskonsultationen auf höchster Ebene gibt. 2015 fanden die ersten deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen in Brasilien statt, damals noch mit der Regierung Dilma Rousseff.<sup>64</sup>

Die für 2017 geplanten Konsultationen fielen angesichts der politischen Krise infolge der Amtsenthebung Rousseffs aus. Die für 2019 anvisierten Konsultationen wurden ohne Angabe von Gründen ersetzt durch hochrangige Brasilien-Besuche von Außenminister Heiko Maas und Entwicklungsminister Gerd Müller<sup>65</sup> sowie durch bilaterale Gespräche am Rande der Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage in Köln im Juni 2018 und in Natal Ende September 2019<sup>66</sup> bzw. durch – begleitet von NRO-Protesten und Blockaden – Besuche in Deutschland der brasilianischen Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina<sup>67</sup> oder von Umweltminister Ricardo Salles 2020 in Berlin.<sup>68</sup>

Wie nun reagierte Brasiliens wichtigster Handelspartner in Europa, einer der größten Direktinvestoren in Brasilien – die Bundesrepublik Deutschland – auf die Wahl des offen rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro? Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Jair Bolsonaro zu seinem Wahlsieg bei der Präsidentschaftswahl in Brasilien jedenfalls gratuliert, wie es der diplomatische Kodex erwartet. „Unsere beiden Länder sind seit Langem durch freundschaftliche Beziehungen und gemeinsame Interessen verbunden“, sagte Merkel wenige Tage nach der Wahl in Brasilien.<sup>69</sup> Die SPD-Bundestagsabgeordnete Yasmin Fahimi hingegen

62 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/brasilien-node/bilateral/201112>

63 Ebd.

64 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erste-deutsch-brasilianische-regierungskonsultationen-in-brasilia-753360>

65 <https://www.zeit.de/news/2019-04/29/maas-beginnt-lateinamerika-reise-in-brasilien-190428-99-01224>

66 [http://berlim.itamaraty.gov.br/de/deutsch-brasilianische\\_wirtschaftstage\\_\(dbwt\).xml](http://berlim.itamaraty.gov.br/de/deutsch-brasilianische_wirtschaftstage_(dbwt).xml)

67 <https://www.fdcl.org/event/brasiliens-agrobusiness-vertreibt-vergiftet-vernichtet/>

68 <https://amerika21.de/2019/10/232129/blockade-berlin-ricardo-salles>

69 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/bundeskanzlerin-merkel-gratuliert-dem-gewahlten-praesidenten-der-foederativen-republik-brasilien-herrn-jair-messias-bolsonaro-1544688>

fand damals deutlichere Worte: „Mit Schrecken haben wir zur Kenntnis genommen, dass die brasilianischen Wählerinnen und Wähler mit Jair Bolsonaro einen Präsidenten gewählt haben, der mit Hassreden gegen Afrobrasilianer, Frauen, Homosexuelle und Indigene einen Wahlkampf der Ausgrenzung geführt hat. Diese Haltung, kombiniert mit seiner Nähe zum Militär, erfüllt uns mit großer Sorge. [...] Brasilien hat große Potentiale und ist ein wichtiger Partner für Deutschland und Europa. Aber vor diesem Hintergrund schwinden die Gemeinsamkeiten für eine strategische Partnerschaft.“<sup>70</sup>

Angesichts über Monate ansteigender Kritik in bundesdeutschen Medien an Jair Bolsonaro und seiner Politik, die im August 2019 mit den Amazonien-Waldbränden ihren Höhepunkt erreichte, tat auf Regierungsebene das SPD-geführte Umweltministerium einen ersten deutlichen, konkreten Schritt. Es ließ die finanzielle Förderung von Wald- und Biodiversitätsschutzprojekten für Brasilien in Höhe von 35 Millionen Euro einfrieren. Diese sogenannten IKI-Mittel (Internationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums) beliefen sich im Zeitraum von 2008 bis 2018 nach Angaben des Ministeriums auf insgesamt rund 95 Millionen Euro. Bundesumweltministerin Svenja Schulze sagte dem „Tagesspiegel“, die Politik der brasilianischen Regierung lasse Zweifel aufkommen, „ob eine konsequente Reduzierung der Entwaldungsraten noch verfolgt wird.“<sup>71</sup>

Doch die zwei für die Beziehungen zu Brasilien hauptsächlich zuständigen Ministerien – AA und BMZ – haben einen anderen Weg gewählt. Sie bemühen sich weiterhin, die Wichtigkeit der deutsch-brasilianischen strategischen Partnerschaft zu betonen und dass es nur über weiterhin intensiven Dialog gelänge, die Dinge zum Besseren zu wenden. Entwicklungsminister Gerd Müller sprach sich explizit für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Brasilien im Rahmen des Amazonas-Fonds aus.<sup>72</sup> auch als Norwegen bereits die Einstellungen der Zahlungen angewiesen hatte.<sup>73</sup>

Mitte Juli 2020 wurde jedoch auch eine Stimme aus dem AA deutlicher. Anlässlich gewaltsamer Übergriffe auf indigene Völker Brasiliens erklärte die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, Bärbel Kofler, in einer Pressemitteilung vom 3. Juli: „Seit Präsident Bolsonaros Amtsantritt vor anderthalb Jahren sehen sich die indigenen Völker Brasiliens mehr denn je in ihrer Existenz bedroht. Die Ermordung von zwei Angehörigen des Stamms der Yanomami durch illegale Goldgräber führt uns einmal mehr die Verletzlichkeit und prekäre Lage der indigenen Völker Brasiliens vor Augen. Die aktuelle Umweltagenda der brasilianischen Regierung gefährdet die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens und die Ziele der nachhaltigen Entwicklung. Sie hat Anreize geschaf-

fen, die eine weitere Zerstörung des Amazonaswaldes begünstigen – auch zu Lasten der indigenen Völker auf ihren angestammten Gebieten. Unser Planet kann sich dies inmitten einer globalen Biodiversitäts- und Klimakrise nicht leisten! Ich appelliere daher an die brasilianische Regierung, alle Maßnahmen rückgängig zu machen, die mehr Entwaldung provozieren, die biologische Vielfalt gefährden und die Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsstandards beeinträchtigen.“<sup>74</sup>

Nach dem Konzept der Bundesregierung ist Brasilien eine Gestaltungsmacht: „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen“ bedeutet demnach, dass Brasilien für Deutschland eines der „[e]influssreiche[n] Länder“ ist, die „internationale Politik in einer interdependenten Welt“ gestalten. „Sie sind wirtschaftliche Lokomotiven, sie beeinflussen maßgeblich die Zusammenarbeit in ihren Regionen, sie wirken auch in anderen Weltregionen und sie spielen in internationalen Entscheidungsprozessen eine zunehmend wichtige Rolle.

Selbstbewusst finden sie ihren Platz in den internationalen Beziehungen und übernehmen zunehmend Verantwortung für globale Fragen. Wir sehen in ihnen mehr als Schwellenländer: Sie sind „neue Gestaltungsmächte“<sup>75</sup> Und das AA fährt fort: „Diese Länder zeichnen sich durch Gestaltungsfähigkeit und Gestaltungswillen in regionalen und internationalen Zusammenhängen aus. Sie beeinflussen Strukturen, Entscheidungen und damit Zukunftsentwicklungen nach eigenen Vorstellungen – auch indem sie Partner überzeugen und internationale Agenden beeinflussen.“

Auf dem internationalen Parkett galten die genannten Punkte unbestritten für die Regierung Lula – nicht umsonst kürte das Wochenmagazin „TIME“ Luiz Inácio Lula da Silva zum „einflussreichsten politischen Führer“ des Jahres 2010 –, aber für die Regierung Bolsonaro gelten die oben genannten Faktoren definitiv nicht: Keine wirtschaftliche Lokomotive, keine Zusammenarbeit mit ihren Regionen, keine Wirkung in anderen Weltregionen im Sinne geschickter Diplomatie, keine entscheidende Rolle bei multilateralen Entscheidungsprozessen, keine Verantwortung für globale Fragen. Erkennbare Überzeugungsarbeit bei internationalen Partnern hat Bolsonaros Brasilien ebenfalls nicht geleistet – außer auf dem internationalen Parkett dem Gebaren des amtierenden US-Präsidenten Trump polternd nachzueifern<sup>76</sup> oder die Kontakte zu anderen rechtspopulistisch geführten Regierungen wie Indien<sup>77</sup>, Ungarn und Polen<sup>78</sup> aufzuwerten zu versuchen.

„Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte sind eng miteinander verknüpft. Nachhaltige Rechtsstaatsförderung muss sich an der Achtung und dem effektiven Schutz der Menschenrechte orientieren. Zugleich ist die Förderung der Rechtsstaatlichkeit Voraussetzung für die Durchsetzung der Menschen-

**„Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte sind eng miteinander verknüpft. Nachhaltige Rechtsstaatsförderung muss sich an der Achtung und dem effektiven Schutz der Menschenrechte orientieren. Zugleich ist die Förderung der Rechtsstaatlichkeit Voraussetzung für die Durchsetzung der Menschenrechte“**  
Auswärtiges Amt

70 <https://www.yasmin-fahimi.de/2018/10/29/mit-einem-praesidenten-bolsonaro-droht-brasilien-die-isolation-auf-internationaler-ebene/>

71 <https://www.tagesspiegel.de/politik/regenwald-rodung-bundesregierung-legt-brasilien-projekt-auf-eis/24889568.html>

72 [https://www.tagesschau.de/inland/brasilien-hilfen-amazonas-101~magnifier\\_pos-1.html](https://www.tagesschau.de/inland/brasilien-hilfen-amazonas-101~magnifier_pos-1.html)

73 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/amazonas-fonds-norwegen-stellt-zahlungen-fuer-den-regenwald-ein-16335391.html>

74 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/mrhhb-bedrohung-indigener-voelker-brasiliens/2363422>

75 <https://www.auswaertiges-amt.de/blueprint/servlet/blob/216964/09ff755d2f1ba268ce4ebc580da0082c/gestaltungsmaechtekonzept-dt-data.pdf>

76 <https://fpabramo.org.br/2020/07/09/o-que-o-trump-faz-e-fala-o-bolsonaro-copia-aqui/>

77 <https://www.ft.com/content/e1c0b17c-3e87-11ea-a01a-bae547046735>

78 <https://oglobo.globo.com/mundo/bolsonaro-quer-reforcar-lacos-fazer-negocios-com-paises-do-leste-europeu-24277982>

rechte“, schreibt das AA.<sup>79</sup> Eben diese drei fundamentalen Punkte – Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte – geraten in Brasilien unter Bolsonaro nicht nur in Gefahr, sondern wurden von Bolsonaro in der Vergangenheit immer wieder als verachtens- und bekämpfenswert dargestellt.

Die Deutsche Bundesregierung betont immer wieder, nur durch „einen der jeweiligen Situation angepassten Dialogansatz“ werde es gelingen, „die Reformkräfte in Gesellschaft und Regierung zu unterstützen.“ Sie sprechen sich „für einen aktiveren, zielgeleiteten Dialogansatz aus, der nicht abwartet, welche Themen der Rechtsstaatsentwicklung nachgefragt werden.“ Weiter heißt es: „Wir wollen die aus deutscher Sicht relevanten Rechtsstaatsthemen und Kooperationschwerpunkte auch aktiv an die Partner herantragen und so für die Vorteile der bewährten deutschen bzw. europäischen Lösungen und Erfolge beim Aufbau moderner Rechtsordnungen werben. [...] Gemeinsam mit den neuen Gestaltungsmächten streben wir ein klares Bekenntnis zu den grundlegenden Werten des Rechtsstaates und dem weltweiten Engagement für die Durchsetzung und Achtung der Menschenrechte an.“<sup>80</sup> Angesichts einer nicht mehr von der Hand zu weisen Erosion des Rechtsstaates in Brasilien, der schrittweisen Demontage der Demokratie durch die Bolsonaro-Regierung und der realen Zunahme von Menschenrechtsverletzungen auf dem Land und in den Städten in Brasilien drängt sich aber die Frage auf: Wo sind noch die „gemeinsamen Werte“, auf die Außenminister Heiko Maas bei seinem Staatsbesuch in Brasilien im April 2019 Bezug genommen hat?<sup>81</sup>

Wenn es im „Gestaltungsmächtekonzept“ heißt: „Freiheit und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Sicherheit, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung, tragfähige bilaterale Beziehungen und effektiver Multilateralismus sind die Grundsätze, von denen wir unsere Ziele ableiten“, so muss angesichts der Bolsonaro-Politik mit Fug und Recht gefragt werden: Wenn keiner dieser Grundsätze mehr in überzeugender Weise gegeben ist, wie soll ein Weg gefunden werden, um die erstrebten Ziele zu erreichen? Ist Dialog noch immer der richtige Weg oder sind dialogbasierte Ansätze in diesem Fall am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt? So wichtig das dialogorientierte Ansprechen von Missständen bei Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten im Rahmen diplomatischer, parlamentarischer oder direkter Regierungskontakte zwischen den „strategischen Partnern“ Brasilien und Deutschland ist – Entwicklungsminister Gerd Müller sagte dazu, es sei wichtig, „dass wir klar bekennen, dass wir uns einbringen. Und auch die brasilianische Regierung natürlich fordern“<sup>82</sup> –, so richtig ist aber auch die Erkenntnis, dass das damit verbundene Anliegen in Misskredit gerät, wenn nicht im gleichen Maße auch auf die eigenen Verantwortlichkeiten geachtet wird, so etwa wenn deutsche Firmen Menschenrechte und Umweltschutz in Brasilien teilweise nicht in dem Maße berücksichtigen, wie sie es unter den Augen einer kritischen Öffentlichkeit vielleicht in der Bundesrepublik Deutschland tun würden. Insofern muss auch immer die eigene Mitverantwortung in den Horizont

der Betrachtung aufgenommen werden. Vonnöten ist zudem eine Diskussion darüber, wie eine praktische Ausgestaltung und Neuausrichtung der deutsch-brasilianischen Beziehungen umgesetzt werden kann, die dazu beitragen könnte, dass die in Brasilien diagnostizierten Missstände überwunden werden können.

- ● **So wichtig es ist, im Rahmen**
- ● **von diplomatischen,**
- ● **parlamentarischen oder**
- ● **direkten Regierungskontakten**
- Misstände anzusprechen,**
- so wichtig ist auch die eigene**
- Verantwortung nicht aus dem**
- Blick zu verlieren.**

## Brasilien und der deutsche Industriestandort São Paulo

Brasilien ist für die deutsche Wirtschaft schon lange ein gewichtiger Stützpfeiler. Heutzutage gibt es über 1.300 deutsche Firmen mit Niederlassung in Brasilien.<sup>83</sup> Der Großteil davon befindet sich in der Metropolregion von São Paulo. „São Paulo [ist] damit die größte deutsche Industriestadt der Welt und das Herz der deutschen Industrie außerhalb Deutschlands“, schreibt die Zeitschrift „Capital“.<sup>84</sup> Die dort angesiedelten deutschen Unternehmen erwirtschaften zwischen zehn und zwölf Prozent des brasilianischen Industriewirtschaftsprodukts.<sup>85</sup> Nur im Ruhrgebiet ist die Dichte an deutschen Industrieunternehmen noch höher.

Für einige deutsche Firmenvertreter:innen schien 2018 die Fortführung der guten Industriebeziehungen nur durch den Präsidentschaftskandidaten Bolsonaro gesichert zu sein und sie befürworteten teils offen seine Wahl: Die Deutsche Bank tweetete kurz vor der Wahl: „Bolsonaro ist der Wunschkandidat der Märkte“.<sup>86</sup> Und auch der Lateinamerika-Chef von Bosch, Wolfram Anders, seines Zeichens damals noch Vorsitzender der deutsch-brasilianischen Handelskammer AHK São Paulo – der größten deutschen Außenhandelskammer der Welt –, tweetete während des brasilianischen Präsidentschaftswahlkampfes, er wünsche Bolsonaro viel Erfolg und Glück, denn mit einem Kandidaten wie Fernando Haddad von der PT drohe aus Brasilien ein weiteres Venezuela zu werden. Gleichzeitig verglich er den PT-Kandidaten und dessen Wähler:innen mit Eseln.<sup>87</sup> Einem Bericht des „Handelsblatt“<sup>88</sup> zufolge erklärten sechs namentlich nicht genannte Firmenchefs von in Brasilien aktiven deutschen Unternehmen, sie erwarteten nach einer Wahl Bolsonaros die Rückkehr von Stabilität und Wirtschaftswachstum. Vergessen schienen

79 <https://www.auswaertiges-amt.de/blueprint/servlet/blob/216964/09ff755d2f1ba268ce4ebc580da0082c/gestaltungsmachtekonzepdt-data.pdf>

80 Ebd.

81 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/brasilien-node/maas-brasilien-werte/2213696>

82 <https://blog.ard-hauptstadtstudio.de/gerd-mueller-setzt-sich-fuer-rechte-der-indigenen-bevoelkerung-ein/>

83 <https://www.fr.de/politik/interessante-geschaefte-brasilien-11201740.html>

84 [https://www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-deutsche-firmen-hoffnungen-in-bolsonaro-setzen?article\\_onepage=true](https://www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-deutsche-firmen-hoffnungen-in-bolsonaro-setzen?article_onepage=true)

85 [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/VSA\\_Russau\\_Abstauben\\_in\\_Brasilien.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Russau_Abstauben_in_Brasilien.pdf)

86 <https://twitter.com/deutschebankag/status/1048135160699527168>

87 <https://twitter.com/anderswolfram?lang=de>

88 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/jair-bolsonaro-die-deutsche-wirtschaft-feiert-den-trump-der-tropen/23242442.html?ticket=ST-4031385-Gl2GeyTfqdHNvj935QMQ-ap1>



VW do Brasil wurde bereits 1953 gegründet und produziert seitdem für Brasilien und die Welt. Foto: Mr. choppers (CC BY-SA 3.0)

die atemberaubenden Wirtschaftszuwächse und die durchaus unternehmer:innenfreundliche Politik der Lula-Regierung.<sup>89</sup>

Schlimmer noch: Die deutschen Firmenvertreter:innen zeigten sich nicht weiter besorgt über Bolsonaros Glorifizierung der brasilianischen Militärdiktatur. Auch Bolsonaros offenkundige „Defizite in Sachen Rechtsstaatlichkeit“ wie die „Befürwortung von Folter als legitimes Mittel polizeilicher Ermittlungsarbeit“ bereitete den Konzernchefs laut dem Medienbericht keine Bauchschmerzen, da sie davon überzeugt waren, die demokratischen Institutionen würden das schon aushalten.<sup>90</sup> „Planungssicherheit“ und das Hoffen auf das Ende der „Zeit der Instabilität“ ist dabei das von Firmenchefs mehrheitlich ins Feld geführte Credo.<sup>91</sup>

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (14.11.2018) wusste zu berichten: „Auch, dass Bolsonaro sein künftiges Kabinett mit Militärs besetzen will, stört die Wirtschaftsvertreter nicht. Die Generäle seien bei Themen wie Sicherheit und Infrastruktur gut vorbereitet, heißt es. Das letzte Mal, dass der Staat in Brasilien kompetent die Infrastruktur geplant und ausgebaut habe, sei unter den Militärs vor 50 Jahren geschehen, sagt Roberto Cortes, CEO von VW Truck & Bus in Brasilien.“<sup>92</sup>

Indes ist bekannt, dass deutsche Firmen bereits zu Zeiten der brasilianischen Militärdiktatur mit São Paulo einen wichtigen deutschen Industriestandort hatten und von den Repressionsstrukturen profitierten. Einerseits ist die historische Aufarbeitung der Komplizenschaft deutscher Firmen mit der brasilianischen

Militärdiktatur in den letzten Jahren deutlich vorangekommen, andererseits ist es noch immer zu keiner überzeugenden Einigung im konkreten Fall der Individual- und Kollektiv-Entschädigungen für die Anfang der 1970er Jahre direkt und wissentlich der Folter ausgelieferten VW-Mitarbeiter:innen gekommen.<sup>93</sup> Eine klare Abgrenzung zu den anti-demokratischen Äußerungen des aktuellen Präsidenten seitens deutscher Unternehmensvertreter:innen bleibt also bisher aus, trotz Kenntnis der deutsch-brasilianischen Geschichte.

Im Gegenteil, die deutschen Wirtschaftsvertreter:innen in Brasilien hielten nach Amtsantritt von Jair Bolsonaro mit ihrem Lob nicht gerade hinter dem Berg. So zitierte das „Handelsblatt“ einen deutschen Manager in São Paulo noch im August 2019 – Bolsonaro plane gerade, „das krisengeplagte Brasilien einer Generalüberholung zu unterziehen, die Wirtschaft durch Deregulierungen und Privatisierungen anzukurbeln.“<sup>94</sup> André Clark, CEO von Siemens Brasilien, sieht Präsident Bolsonaro als „Teamplayer“ und ergänzt: „Die drei entscheidenden Ministerien Wirtschaft, Infrastruktur und Energie sind gut aufgestellt, alle arbeiten an den gleichen Zielen.“<sup>95</sup> Und deutsche Wirtschaftsvertreter:innen attestieren Bolsonaro noch im August 2019 – also zur gleichen Zeit, als die großflächigen Waldbrände in Amazonien Schlagzeilen auch in bundesdeutschen Medien machten, eine gewisse Lernfähigkeit, habe doch „der Präsident einen Ausstieg aus dem Klimaabkommen von Paris angedeutet, von dem er sich in Davos aber distanzierte.“<sup>96</sup>

89 [https://www.boell.de/sites/default/files/Inside\\_A\\_Champion\\_Democracy.pdf#page=132](https://www.boell.de/sites/default/files/Inside_A_Champion_Democracy.pdf#page=132)

90 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/jair-bolsonaro-die-deutsche-wirtschaft-feiert-den-trump-der-tropen/23242442.html?ticket=ST-4031385-Gl2GeyTfqdHNvj935QMQ-ap1>

91 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/jair-bolsonaro-die-deutsche-wirtschaft-feiert-den-trump-der-tropen/23242442.html?ticket=ST-4031385-Gl2GeyTfqdHNvj935QMQ-ap1>

92 <https://www.nzz.ch/wirtschaft/brasiliens-bolsonaro-weckt-keine-angst-bei-unternehmern-ld.1436322>

93 <https://www.kritischeaktionaeere.de/volkswagen/volkswagen-do-brasil-und-die-militaerdiktatur-kritik-trotz-entschaedigungszahlungen/> und <https://blogs.taz.de/latinorama/vw-do-brasil-suspendiert-die-entschaedigungsverhandlungen-in-brasilien-wegen-der-corona-umsatz-einbussen/>

94 [https://www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-deutsche-firmen-hoffnungen-in-bolsonaro-setzen?article\\_onepage=true](https://www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-deutsche-firmen-hoffnungen-in-bolsonaro-setzen?article_onepage=true)

95 <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-deutsche-firmen-hoffnungen-in-bolsonaro-setzen/3>

96 „Warum deutsche Firmen Hoffnungen in Bolsonaro setzen. Wegen seiner Umweltpolitik und der Waldbrände im Amazonas-Gebiet steht Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro in der Kritik. Anders seine Wirtschaftspolitik: Deutsche Unternehmer vor Ort sehen positive Ansätze.“ Von Jan Christoph Wiechmann, Capital, 28. August 2019. Online unter <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-deutsche-firmen-hoffnungen-in-bolsonaro-setzen>

„In Deutschland herrscht ein verzerrtes Bild“, sagte ebenfalls im August 2019 Wolfram Anders, CFO von Bosch Brasilien, im Gespräch mit der Zeitschrift „Capital“.<sup>97</sup> Ein Grund sei die gängige politische Einordnung des Präsidenten. Er berichtet: „Bolsonaro ist Mitte-rechts, niemals ultrarechts.“ Solch eine Ansicht erstaunt angesichts des ungeschminkten Hass-Diskurses eines Jair Bolsonaro.

## ● ● Die deutschen ● ● Firmenvertreter:innen zeigten ● ● sich nicht weiter besorgt über ● ● Bolsonaros Glorifizierung der ● ● brasilianischen Militärdiktatur.

### Narrative von „Reform“ und „Flexibilisierung“

Die Corona-Pandemie wütet in Brasilien wie in nur wenigen Ländern der Welt.<sup>98</sup> Etwas über anderthalb Jahre nach Amtsantritt von Bolsonaro fallen nun die Äußerungen der gleichen deutschen Industrievertreter:innen in Brasilien angesichts einer übergreifend vernichtenden Beurteilung der Bolsonaro-Regierung in bundesdeutschen Medien etwas verhaltener aus. Philipp Schiemer, Leiter von Mercedes-Benz do Brasil, sagte dem „Handelsblatt“: „Das Krisenmanagement der Regierung lässt zu wünschen übrig. Die ständigen politischen Streitereien verunsichern zusätzlich. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit Brasiliens. Doch bei aller berechtigten Kritik – die Regierung macht auch vieles richtig.“ Seine Hoffnung: Die von den deutschen Unternehmen erhofften Reformen, die laut Schiemer „in der Warteschleife“ stecken. Schiemers Ratschlag: „Die Krise jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, heilige Kühe zu schlachten. Die Chancen für Reformen bestehen weiterhin. Da ist einiges in Bewegung. Zumal auch der Kongress die Reformen will.“<sup>99</sup> Und genau hier, im Narrativ von „Reformen“, erklärt sich wohl, warum deutsche Regierungs- und Firmenvertreter:innen ein eher positives Bild der Bolsonaro-Regierung zeichnen, im Gegensatz zur deutsch-brasilianische Zivilgesellschaft. Angesichts einer – unbestrittenen – Bürokratieschwere Brasiliens<sup>100</sup> stellt sich jedoch die Frage, was mit „Reformen“ genau gemeint ist.

Die Narrative von „Reform“ und „Flexibilisierung“ dienen oft als Camouflage für den Kahlschlag der letzten Reste eines ohnehin schon prekären Sozialstaates. Die brasilianischen Beispiele der jüngeren Vergangenheit dafür sind die sogenannte große

Haushaltsbremse der Regierung Michel Temer von 2016, die für zwanzig Jahre die Höhe der Staatsausgaben einfriert und somit die Sozialausgaben automatisch stark begrenzt,<sup>101</sup> oder auch die Rentenreform der Regierung Bolsonaros von Ende 2019,<sup>102</sup> die die arme Bevölkerung, Geringverdiener:innen und vor allem Frauen ökonomisch hart treffen wird.<sup>103</sup> Weitere Reformen der Regierung Bolsonaro betreffen die Arbeitsgesetze sowie die Bedingungen für Gewerkschaftsorganisation.<sup>104</sup> Dabei wurden die bürokratischen Hürden für den Eintritt in Gewerkschaften erschwert. Vor allem für ländliche Arbeiter:innen ist es somit schwer, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Zudem wurde die bisherige (auch von linken Gewerkschaften in der Vergangenheit kritisierte) Basis der staatlich organisierten Gewerkschaftsfinanzierung abgeschafft. Durch diesen Schritt brechen den Gewerkschaften die Einnahmen weg. „Er hat uns also nicht nur die Finanzierung entzogen, sondern jetzt möchte er uns auch noch die Möglichkeit nehmen, uns zu organisieren und die Arbeitnehmer zu vertreten.“

Für ihn sind Gewerkschaften schlichtweg nicht nötig“, sagt dazu Carmen Ferreira Foro von der CUT.<sup>105</sup> Laut der brasilianischen Statistikbehörde IBGE trafen die Änderungen der Gewerkschaftsgesetze unter Bolsonaro die Gewerkschaften hart: Waren Ende 2017 noch 14,4 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung (13,07 Millionen Brasilianer:innen) gewerkschaftlich organisiert, so fiel dieser Wert 2019 auf 11,2 Prozent (10,567 Millionen Brasilianer:innen).<sup>106</sup> Unternehmensvertreter wie Philipp Schiemer von Mercedes-Benz do Brasil hingegen loben die neuen Arbeitsgesetze: „Die Regierung hat die Arbeitsgesetze flexibilisiert, sodass es bisher nicht zu Massenentlassungen gekommen ist wie in den USA.“<sup>107</sup> Was dabei außer Acht gelassen wird: Laut dem Globalen Rechtsindex 2019 des IGB gehört Brasilien derzeit zu den zehn Ländern der Welt, in denen die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte am gravierendsten verletzt werden: Brasiliens erstmalige Listung in dieser Kategorie ist „auf die Verabschiedung regressiver Gesetze, die gewaltsame Unterdrückung von Streiks und Protesten sowie die Bedrohung und Einschüchterung führender Gewerkschaftsvertreter/innen“ zurückzuführen.<sup>108</sup>

97 [https://www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-deutsche-firmen-hoffnungen-in-bolsonaro-setzen?article\\_onepage=true](https://www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-deutsche-firmen-hoffnungen-in-bolsonaro-setzen?article_onepage=true)

98 <https://www.dw.com/de/brasilien-bolsonaro-und-das-coronavirus/av-54659583>

99 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/mercedes-brasilienchef-philipp-schiemer-brasilien-und-lateinamerika-haben-deutlich-an-attraktivitaet-verloren/25899788.html>

100 Siehe hierzu Artikel in deutschen Medien: [https://www.deutschlandfunk.de/brasilianische-buerokratie-die-16-tage-frist.2062.de.html?dram:article\\_id=286925](https://www.deutschlandfunk.de/brasilianische-buerokratie-die-16-tage-frist.2062.de.html?dram:article_id=286925) oder <http://www.brasilienportal.ch/wissen/brasilien-report/kurz-reportagen/brasilien-absurde-buerokratie-im-21-jahrhundert/> oder <https://www.spiegel.de/politik/ausland/buerokratie-dschungel-in-brasilien-einen-telefonanschluss-mit-wohnung-bitte-a-775098.html>

101 <http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/haushaltsbremse-in-erster-lesung-bewilligt>

102 <https://www.inss.gov.br/nova-previdencia-confira-as-principais-mudancas/>

103 <https://rosalux-ba.org/de/2017/04/18/wer-an-der-brasilianischen-rentenreform-verdient/>

104 <https://www.dgb-bildungswerk.de/weltweit/gewerkschaftsrechte-weltweit-brasilien-regierungsagenda-zugleich-ultraliberal-und-rechts-extrem>

105 <https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/die-mentalitaet-der-skavenhalter-kehrt-zurueck-3723/>

106 <https://outraspalavras.net/outrasmidias/ibge-retrata-esvaziamento-dos-sindicatos-no-brasil/>

107 <https://www.dw.com/de/fremdschämen-für-bolsonaro-und-brasilien/a-53790943>

108 <https://www.ituc-csi.org/globaler-rechtsindex-des-igb-2019?lang=en>



Demonstration gegen die Arbeits- und Sozialversicherungsreform während der Regierung Temer. Foto: Paulo Pinto/Agência PT (CC BY 2.0)

All diese in Gesetze gegossenen und verabschiedeten Politikmaßnahmen wurden als die wichtigen Pfeiler der „Reform“ Brasiliens dargestellt, mit desaströsen sozialen Konsequenzen. Jahrelange Forderungen in diese Richtung waren vor allem vom brasilianischen Industrieverband CNI gestellt worden – und deutsche, in Brasilien ansässigen Firmen, hatten ihren Anteil daran. Sie sind zwar nicht Mitglieder des CNI auf Nationalebene, sind aber in den Wirtschaftsverbänden der jeweiligen Bundesstaaten direkte und aktive Mitglieder und tragen dergestalt die Politik des CNI und dessen politische Forderungen mit.<sup>109</sup> In Bezug auf die große „Rentenreform“ in Brasilien wurde 2019 zudem bekannt, dass deutsche Firmen wie BASF in Brasilien aktiv die sogenannte „Rentenreform“ befürworten und sich dafür aktiv einsetzen.<sup>110</sup>

Unternehmen fordern außerdem oft die „Flexibilisierung“ der Umweltgesetzgebung. Diese mag für Nicht-Brasilien-Kenner:innen „komplex“ und „bürokratisch“ wirken. Die prekär lebenden lokalen comunidades sind oft dem Vordringen von Bergbau- und Agrobusinesskonzernen auf ihr Territorium ausgeliefert und deshalb dringend auf den Schutz durch eben diese Umweltgesetzgebung sowie der Unterstützung durch die Bundesstaatsanwaltschaften des Ministério Público angewiesen. Deshalb hat das dreistufige Umweltgenehmigungsverfahren einen herausragenden Stellenwert.<sup>111</sup> Im Rahmen einer Reihe von Gesetzesinitiativen seitens der Agro- und Bergbaulobby wurde es versucht zu kippen. Bisher konnte das lediglich durch den noch existenten Widerstand von Teilen des brasilianischen Nationalkongresses und der Kampagnenmobilisierung der sozialen Bewegungen verhindert werden.

All dieser „Reform“ und „Flexibilisierung“ befürwortende Diskurs bundesdeutscher Firmenvertreter:innen in Brasilien muss sich fragen lassen, ob sie die realen Nöte der Menschen in Brasilien überhaupt kennen, vor allem derer, die sich in den Einzugsgebieten industrieller Großprojekte wie Bergbau, Wasserkraftwerken, Monokulturen etc. befinden, deren angestammte Lebenswelten dem vermeintlich höheren Ziel der „Entwicklung“ geopfert werden.

● ● Die Narrative von „Reform“  
 ● ● und „Flexibilisierung“ dienen  
 ● ● oft als Camouflage für den  
 ● ● Kahlschlag der letzten Reste  
 eines ohnehin schon pre-  
 kären Sozialstaates.

109 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/die-rolle-und-verantwortung-deutscher-firmen>

110 <https://www.kritischeaktionaeere.de/basf/ihre-doppelmoral-muss-enden-rede-von-alan-tygel/>

111 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/die-pec-65-2012-das-fanal>

# 3. DIE KONFLIKTZONEN DES EXTRAKTIVISMUS UND DIE ROLLE DEUTSCHLANDS



Anbau gentechnisch veränderter Sojabohnen in Brasilien. Foto: Marcelo Camargo/Agência Brasil (CC BY 3.0 BR)



## DER BRASILIANISCHE SOJA-BOOM: INFRASTRUKTURPROJEKTE IN AMAZONIEN

Die steigende Macht des Agrobusiness ist mit einem Landwirtschaftsmodell verbunden: der Ausweitung von Monokulturen, dem massiven Einsatz von Gensaatgut und Agrarchemikalien, zunehmender Landkonzentration in den Händen einiger weniger sowie Primärgüter-Exportorientierung. Vor allem letzteres wird vom brasilianischen Agrobusiness gerne ins Feld geführt, sprächen doch die Zahlen der durch Rohstoff-Exporte erwirtschafteten Devisen für die enorme Bedeutung des Agrobusiness. 2019 erwirtschaftete die Ausfuhr von Sojabohnen mit 12 Prozent aller Exporte den Großteil der ausländischen Devisen.<sup>112</sup>

### TABELLE AUSFUHREN BRASILIEN 2019 IN US-DOLLAR:

<b>Sojabohnen</b>	26 Mrd. US- Dollar
<b>Rohöl</b>	24 Mrd. US- Dollar
<b>Eisenerz</b>	22 Mrd. US- Dollar
<b>Zellulose</b>	7 Mrd. US- Dollar
<b>Mais</b>	7 Mrd. US- Dollar
<b>Rindfleisch</b>	6 Mrd. US- Dollar
<b>Hühnerfleisch</b>	6 Mrd. US- Dollar
<b>Sojamehl</b>	5 Mrd. US- Dollar

Im Gegensatz dazu produziert die kleinbäuerlich-familiäre Landwirtschaft in Brasilien vor allem für den Binnenmarkt: 70 Prozent der von der brasilianischen Bevölkerung konsumierten Nahrungs-

mittel, so die Zahlen des staatlichen Instituts Embrapa, werden von ihnen produziert.<sup>113</sup> Ausländische Devisen erzielen die kleinen Produzent:innen dabei größtenteils nicht, sodass sie in den Jahresberichten der Außenhandelsbilanz Brasiliens weitestgehend unsichtbar bleiben,<sup>114</sup> obwohl sie rund 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften.<sup>115</sup>

Der Agrarzensus 2017 zählte knapp 3,9 Millionen Betriebe per definitionem zu kleinbäuerlich-familiärer Landwirtschaft (77 Prozent der Gesamtzahl aller agrarwirtschaftlich tätigen Betriebe). Diese bewirtschaften 80,89 Millionen Hektar, also nur 23 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Landes.<sup>116</sup> Interessanterweise korreliert dieser Wert mit dem Anteil kleinbäuerlich-familiärer Landwirtschaft an der agrarwirtschaftlichen Gesamtwertschöpfung im Lande. Denn dieser Anteil der kleinbäuerlich-familiären Landwirtschaft liegt laut dem Agrarzensus 2017 brasilienweit bei 22,8 Prozent.<sup>117</sup> Und diese scheint dabei sogar produktiver zu sein als die industriellen Monokulturen der Großfarmer:innen: Für Südbrasilien beispielsweise wies der staatliche Agrarzensus 2006 einen Gesamthektarertrag kleinbäuerlich-familiärer Landwirtschaft von Brutto 1.613,94 Reais pro Hektar und für nicht-kleinbäuerliche (also latifundär geführte) Landwirtschaft von

112 <https://www.fazcomex.com.br/blog/quais-principais-produtos-exportados-brasil/>

113 <https://www.embrapa.br/busca-de-noticias/-/noticia/31505030/artigo---agricultura-familiar-desafios-e-oportunidades-rumo-a-inovacao>

114 <http://www.mdic.gov.br/index.php/comercio-exterior/estatisticas-de-comercio-exterior>

115 <https://www.embrapa.br/documents/1354377/2109296/Documento+base+CONTEXTUALIZAÇÃO.pdf/>

116 [https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/periodicos/3096/agro\\_2017\\_resultados\\_definitivos.pdf#page=99](https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/periodicos/3096/agro_2017_resultados_definitivos.pdf#page=99)

117 [https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/periodicos/3096/agro\\_2017\\_resultados\\_definitivos.pdf#page=102](https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/periodicos/3096/agro_2017_resultados_definitivos.pdf#page=102)

792,78 Reais pro Hektar aus.<sup>118</sup> Gerade in Zeiten von Pandemien wie heute wird einmal mehr deutlich, wie essentiell wichtig die kleinbäuerlich-familiäre Produktion zu Ernährungssouveränität der Menschen ist, da sie lokal und regional erfolgt und zudem nicht im Tausch gegen Devisen in den Export geht, sondern die Bedürfnisse der Menschen im eigenen Land deckt.

Es ist also nicht vorrangig der vermeintliche Produktivitätsvorsprung latifundär-industriell-intensiv genutzter Landwirtschaftsflächen gegenüber kleinbäuerlich-familiärer Landnutzung, der entscheidend ist für den jeweiligen Anteil an der agrarwirtschaftlichen Gesamtwertschöpfung, sondern vielmehr ist es im mindestens gleichen Maße der Anteil an Zugang, Nutzung und Besitz von Land an sich. Zumindest ist dies als ziemlich robustes Indiz für die weiterhin gegebene außerordentliche Dringlichkeit einer Agrarreform in Brasilien zu werten, nimmt man den Anspruch der Bekämpfung von Landkonzentration in den Händen einiger Weniger zugunsten eines zunehmend gerechteren und demokratischeren Zugangs zu Land als Anliegen ernst.

● ● **Die kleinbäuerlich-familiäre Landwirtschaft in Brasilien produziert 70 Prozent der von der brasilianischen Bevölkerung konsumierten Nahrungsmittel.**

## Soja auf dem Vormarsch

Laut dem Agarsensus 2017<sup>119</sup> war Soja mit 103 Millionen Tonnen Produktion auf 31 Millionen Hektar und 3.357 kg/je Hektar das mit Abstand meistproduzierte landwirtschaftliche Produkt Brasiliens.<sup>120</sup> „Soja ist kein sozial integrierendes Wirtschaftsprodukt“, lautet allerdings die Einschätzung des Wissenschaftlers Martin Coy von der Uni Innsbruck.<sup>121</sup> Das Instituto de Estudos do Agronegócio und die Associação Brasileira do Agronegócio gehen von bis zu 0,24 Arbeitsplätzen in der Sojaproduktion je Hektar aus.<sup>122</sup>

Durch die massive Industrialisierungswelle beim Soja-Anbau zwischen 1985 und 2004 sank die Zahl der im Sektor Beschäftigten von 1,7 Millionen auf 335.000, während die Produktion im gleichen Zeitraum 2,7-fach erhöht wurde.<sup>123</sup>

Ein Prozess, der sich durch den Einsatz von Gensaatgut und GPS-Digitalisierung fortsetzt und verschärft wird. So sind es demnach weder kleinbäuerliche noch arbeitsplatzintensive Wirtschaftsstrukturen, die vom Soja-Boom profitieren, es sind vielmehr die unter Einsatz industrieller Landwirtschaft in Monokulturanbau ausländische Devisen einnehmenden Großfarmer:innen, die an der Soja-Bohne verdienen und den Großteil der landwirtschaftlich genutzten Flächen als Teil ihres Großgrundbesitzes kontrollieren.

Zudem hat der Soja-Anbau weitreichende Folgen, auch in Amazonien. Neuesten Zahlen des Projektes MapBioma zufolge, das die Rodungen in Brasilien in Jahresberichten analysiert, entfielen 2019 96,7 Prozent aller Rodungen in Brasilien auf die beiden Großregionen, den Regenwald Amazoniens und die Savannenlandschaft des Cerrado. Dabei gingen zwei Drittel auf Amazonien, auf den Cerrado ein Drittel der Rodungen. Die Forscher:innen stellten beim Cerrado höhere Zuwachsraten fest. Ein Umstand, den sie dem Fortschreiten der Agrargrenze im Cerrado zuschreiben.<sup>124</sup>

Zwischen der Rodung in Amazonien und Cerrado besteht in Sachen Soja-Anbau aber ein immanenter Zusammenhang. So stellten Umweltaktivist:innen ab dem Jahr 2000 eine massive Ausweitung der Sojaproduktion vor allem in Amazonien fest. Um der mit dem Sojaboom einhergehenden Entwaldung entgegenzuwirken, schlossen im Juli 2006 Zwischenhändler:innen und Verarbeiter:innen wie Ölmühlen auf der einen Seite und die Umweltbehörden und Nichtregierungsorganisationen (NRO) wie Greenpeace, der WWF und die International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN) auf der anderen Seite das sogenannte Soja-Moratorium. In dem 2016 verlängerten Moratorium verpflichtet sich der Zusammenschluss der Ölmühlen ABIOVE und der Verband der Exporteure ANEC, kein Soja mehr zu kaufen (oder dessen Kauf zu finanzieren), für dessen Anbau nach einem festgelegten Stichtag (dem 24. Juli 2006) Flächen in Amazonien gerodet worden sind.<sup>125</sup>

118 Zitiert nach <https://conafar.org.br/2018/06/11/cortes-na-agricultura-familiar-refletem-descaso-do-governo-brasileiro/>

119 [https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/periodicos/3096/agro\\_2017\\_resultados\\_definitivos.pdf#page=88](https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/periodicos/3096/agro_2017_resultados_definitivos.pdf#page=88)

120 [https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/periodicos/3096/agro\\_2017\\_resultados\\_definitivos.pdf#page=87](https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/periodicos/3096/agro_2017_resultados_definitivos.pdf#page=87)

121 Zit.n. Bauer, Thomas: Soja: Der Fleisch gewordene Wahnsinn, Film, 34 min., BRA/ÖST 2017

122 <http://www.abag.com.br/media/images/0-futuro-da-soja-nacional---ieag---abag.pdf>

123 Gelder, J. et al.: Analysis of market chain and social impacts of Brazilian soy production, Amsterdam, IUCN, Mai 2005.

124 <https://deolhonosruralistas.com.br/2020/06/11/destruicao-do-cerrado-em-2019-foi-mais-rapida-que-na-amazonia-e-avancou-sobre-areas-protegidas/>

125 „Soy Moratorium“, online unter <http://www.abiove.org.br/site/index.php?page=soy-moratorium&area=MTEtMy0x>

Das Soja-Moratorium lieferte auf den ersten Blick beeindruckende Ergebnisse: So ist der Sojaanbau in Amazonien in den Jahren nach Einführung des Moratoriums nur noch für 0,25 Prozent aller direkten illegalen Rodungen im tropischen Regenwald Amazoniens verantwortlich.<sup>126</sup> Vor dem Moratorium war Soja noch für 30 Prozent der illegalen Rodungen in Amazonien verantwortlich. Ist das als Erfolg zu werten? Leider nur zum Teil. Denn Untersuchungen deuten darauf hin, dass dieser Rückgang in Amazonien zu einer Verschiebung des Sojaanbaus in die Trockensavanne des Cerrado geführt hat,<sup>127</sup> was seinerseits wiederum die dortige Viehwirtschaft nach Amazonien drängt und dort für weiter anhaltend hohe Waldrodungen verantwortlich zeichnet: Ein Teufelskreis.

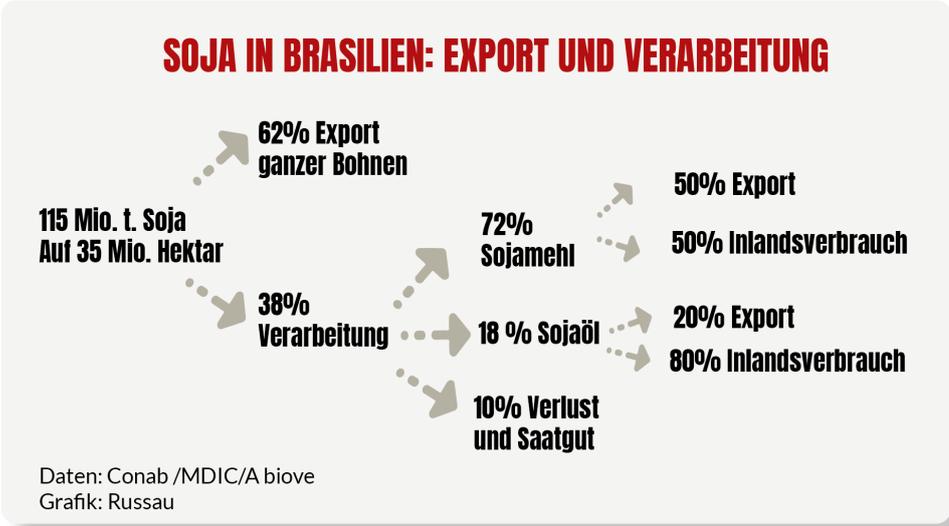
Die Forscher Gibbs, Rausch, Munger und Walker forderten in ihrer 2015er-Studie in der Zeitschrift Science<sup>128</sup> daher eindringlich die Ausweitung des Soja-Moratoriums auch auf die Flächen des Cerrado. Aber auch dies hätte Nebenwirkungen. Solange die Weltmarktnachfrage nach Soja, vor allem durch industrielle Tiermast, auch in Europa, so stark bleibt oder gar noch weiter wächst, dann werden weitere Regionen verstärkt unter dem Druck des Sojas leiden: Beispielsweise die noch wenigen verbliebenen, überwiegend kleinbäuerlich genutzten Flächen Paraguays.

Während rund ein Drittel der landesweiten Sojaproduktion im Süden des Landes in den drei Bundesstaaten Paraná, Santa Catarina und Rio Grande do Sul (2018/19: 37,8 Millionen Tonnen; 2019/20: voraussichtlich 40,3 Millionen Tonnen) erfolgt, so liegt aber das Hauptanbaugebiet von Soja im Mittleren Westen (2018/19: 52,6 Millionen Tonnen; 2019/20 voraussichtlich 56,5 Millionen Tonnen). Allein der Bundesstaat Mato Grosso produzierte 2018/19 32,4 Millionen Tonnen, 2019/20 werden es voraussichtlich 34,2 Millionen Tonnen sein. Dies entspricht 35 Prozent der landesweiten Produktion.<sup>129</sup> Laut den Forschungsinstitutionen Trase, Imaflor und ICV stammt ein Drittel der Sojaimporte in die EU-Mitgliedsstaaten aus dem Bundesstaat Mato Grosso.<sup>130</sup>

In der Erntesaison 2018/19 wurden landesweit 115 Millionen Tonnen Soja geerntet, deren Verarbeitung bzw. Export sich wie folgt gliederte.

Ende März 2020 beliefen sich die Schätzungen für die Ernte 2019/20 auf 123 bis 124 Millionen Tonnen. Der brasilianische Ölsaatenverband Abiove geht davon aus, dass davon 77 Millionen Tonnen in den Export gehen und 44,5 Millionen Tonnen weiterverarbeitet werden.<sup>131</sup>

● ● **Ein Großteil der landwirtschaftlich genutzten Flächen liegt in den Händen von Großgrundbesitzer:innen. Diese verdienen am Export der Soja-Bohne, die unter Einsatz von industrieller Landwirtschaft produziert wird.**



126 Rudorff, Bernardo Friedrich Theodor/Adami, Marcos/Alves Aguiar, Daniel/Alves Moreira, Maurício/Pupin Mello, Marcio/Fabiani, Leandro/Furlan Amaral, Daniel/Machado Pires, Bernardo: The Soy Moratorium in the Amazon Biome Monitored by Remote Sensing Images, in: Remote Sensing 3/2011, S. 185–202

127 Gibbs, Holly/Rausch, Lisa/Munger, Jacob/Walker, Nathalie F.: Brazil's Soy Moratorium, in: Science, Nr. 6220, 23.1.2015, S. 377–378

128 Ebd.

129 <https://www.canalrural.com.br/sites-e-especiais/projeto-soja-brasil/confira-como-esta-a-colheita-da-soja-em-cada-estado-do-pais/>

130 [http://resources.trase.earth/documents/issuebriefs/TraseIssueBrief4\\_EN.pdf](http://resources.trase.earth/documents/issuebriefs/TraseIssueBrief4_EN.pdf)

131 <https://abiove.org.br/estatisticas/>

## Widerstand gegen den Soja-Komplex und die Rolle Deutschlands



Auf dem Weg zur Deutschen Botschaft: Indigene protestieren 2016 gegen deutsche Importe. Foto: Tiago Miotto/assessoria de comunicação do CIMI

Rückblick: Es ist Donnerstag, der 11. August 2016. Während bei den XXXI. Olympischen Sommerspielen in Rio de Janeiro Athlet:innen aus aller Welt um die Medaillen kämpfen, versammelt sich 1.150 Kilometer weiter nordwestlich eine Menschentraube vor dem Gebäude der Deutschen Botschaft in Brasília und skandiert Sprechchöre. 200 Indigene von den Gemeinschaften Pataxó Hã Hã Hãe, Tupinambá, Kaingang, Guarani M'bya, Gavião, Gamela, Krikati, Macuxi, Mura, Kambeba und Maraguá sowie Quilombolas und Kleinfischer:innen aus ganz Brasilien haben sich hier versammelt. Ihr Anliegen: „Wir sind zur Botschaft Deutschlands gekommen, um unsere Ansicht kundzutun, dass Deutschland durch seine Importe von Produkten des brasilianischen Agrobusiness mitschuldig daran ist, dass dieser Wirtschaftssektor aggressiv unsere Rechte verletzt und gewalttätig gegen unsere Anführer und unser Leben vorgeht.“ Dies steht in dem offenen Brief, den sie an diesem Tag den Botschaftsvertreter:innen übergeben. „Wir fordern, dass Deutschland unseren Kampf um Achtung unserer Rechte unterstützt“, sagt der indigene Kazike Nailton Pataxó Hã Hã Hãe, als sie von einem Botschaftsvertreter im Inneren des Gebäudes empfangen werden.<sup>132</sup> Ähnliche Aktionen hatten Indigene zuvor im Juli vor den Botschaften Russlands, Chinas, den USA, Kanadas und Frankreichs durchgeführt.<sup>133</sup>

Bei dem Protest vor und in der Deutschen Botschaft ist auch Iracema Kaingang, Anführerin der Indigenen Kaingang von der Terra Indígena Borboleta im südlichen Bundesstaat Rio Grande do Sul, zugegen.<sup>134</sup> Ihr Anliegen ist der Protest gegen die zunehmende Zerstörung ihrer ökologischen Lebensgrundlagen.

**„Für das Soja, das sie dort anpflanzen, da kommt das, was wir als großen Vogel [Flugzeug] bezeichnen, der dort dieses Pulver rauswirft und das auf unser Wasser fällt, das vergiftet uns. Ich arbeite mit meinen Teemischungen, meiner Medizin. Sie heilen uns, aber sie wirken nicht gegen dieses Gift da“, klagt sie die Pestizide versprühenden Großfarmer:innen an. „Ihr also, die ihr diese Typen doch kennt, wir appellieren an euch wegen unseres Lebens. Wir lieben das Leben sehr. Wir kämpfen für unsere Kinder.“<sup>135</sup>**

Iracema Kaingang, Anführerin der Indigenen Kaingang von der Terra Indígena Borboleta im südlichen Bundesstaat Rio Grande do Sul.

Nach der Wahl, aber noch vor dem Amtsantritt von Jair Bolsonaro forderte die Sprecherin des nationalen Zusammenschlusses der Indigenen Völker, APIB, Sônia Guajajara, Ende Dezember 2018 einen internationalen Boykott der Produkte der brasilianischen Agrarindustrie. Da die EU eine der größten Abnehmer:innen brasilianischer Agrarprodukte sei, so Guajajara damals, „muss die EU für die sozialen und umweltbelastenden Konsequenzen ihrer Handelspolitik geradestehen und folgerichtig Produkte sanktionieren, die aus Konfliktgebieten kommen, wie Soja aus dem mittleren Westen Brasiliens“. Andernfalls würde „die EU sich dem Genozid an Völkern und Kulturen gegenüber blind stellen“, so Guajajara.

Schon seit Jahren sind es vor allem die indigenen Guarani-Kaiowá, die einen Boykott des brasilianischen Agrobusiness' fordern, weil es indigenes Blut an den Händen kleben habe. Seit 1988, also nunmehr über 30 Jahren, warten über 40.000 Indigene aus der Gemeinschaft Guarani-Kaiowá auf die versprochene Umsetzung der Demarkation ihrer traditionellen Territorien.<sup>136</sup> Die Guarani-Kaiowá müssen in notdürftigen Zeltlagern entlang der Bundesstraßen leben und werden ständig von den Pistoleiros der

132 CIMI: Indígenas, quilombolas e pescadores pedem à Alemanha que não importe produtos de quem agride suas vidas e territórios, 11.8.2016, online unter: [www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo\\_id=8864&action=read](http://www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo_id=8864&action=read)

133 CIMI: Indígenas pedem que países suspendam importação de commodities brasileiras, 5.7.2016, online unter: [http://cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo\\_id=8805&action=read](http://cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo_id=8805&action=read)

134 Siehe hierzu auch Canes, Michelle: Povos tradicionais protestam na Embaixada da Alemanha por produção sustentável, 11.8.2016, online unter: <http://agenciabrasil.ebc.com.br/geral/noticia/2016-08/povos-tradicionais-protestam-na-embaixada-da-alemanha-por-producao-sustentavel>

135 CIMI: Indígenas, quilombolas e pescadores pedem à Alemanha que não importe produtos de quem agride suas vidas e territórios, 11.8.2016, online unter: [www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo\\_id=8864&action=read](http://www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo_id=8864&action=read)

136 Siehe hierzu Christian Russau: Ab durch die Röhre, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 439, Januar 2011

Großfarmer:innen sowie von privat angeheuerten Polizist:innen bedroht.<sup>137</sup> Der Indigenenmissionsrat der katholischen Bischöfe Brasiliens (Conselho Indigenista Missionário/CIMI) steht immerhin an ihrer Seite. Seit 2015 fordert CIMI gemeinsam mit den Guarani-Kaiowá einen Boykott agrarwirtschaftlicher Produkte aus Mato Grosso do Sul. Er fordert dazu auf, „das Soja aus Mato Grosso do Sul nicht zu kaufen und nicht zu essen“. Die Boykott-Befürworter:innen argumentieren, das Agrobusiness nutze 35 Millionen Hektar Land und 21 Millionen Rinder weideten auf 20 Millionen Hektar Land in Mato Grosso do Sul, während die 46.000 Guarani-Kaiowá, Terena und Kadiwéu auf nur 35.000 Hektar Land leben müssten. „Das indigene Land in Mato Grosso do Sul wurde zu Weideland und deswegen sterben die Guarani-Kaiowá, Terena und Kadiwéu.“ Durch die großflächige Zerstörung des Territoriums durch die Monokulturen der Großgrundbesitzer:innen sowie durch die Vergiftung durch Pestizide müsse allen klar sein, dass an dem Soja aus Mato Grosso do Sul Blut indigener Kinder haften, so die Kampagnenwebseite.<sup>138</sup>

Die wichtigsten Abnehmer des brasilianischen Sojas sind China und Europa. China importiert vor allem ganze Sojabohnen: Rund 75 Prozent des brasilianischen Gesamtexports ganzer Sojabohnen geht nach China. Die Europäische Union dagegen ist Spitzenreiterin beim Import von Sojamehl. Rund 54-58 Prozent der gesamten brasilianischen Exporte von Sojamehl gehen in die EU.<sup>139</sup>

„Rund 36 Millionen Tonnen Soja importieren EU-Länder jedes Jahr, um Kühe, Schweine und Hühner mit ausreichend Eiweiß zu versorgen.“<sup>140</sup> Dazu dient vor allem Sojamehl/Sojaschrot. Satte 20 Prozent des aus Brasilien nach Europa exportierten Soja entstammt neuesten Untersuchungen zufolge aus Gebieten, die illegal entwaldet wurden.<sup>141</sup>

## BRASILIANISCHE SOJAIMPORTE NACH DEUTSCHLAND

	2017	2018	2019
Ganze Sojabohnen	626.284,8 t	997.001,8 t	559.873,8 t
Sojaöl	48,7 t	24,8 t	122,7 t
Sojabohnenschrot	1.407.898,7 t	1.180.948,0 t	1.180.533,7 t

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft<sup>142</sup>

## Infrastrukturprojekte für Soja in Amazonien

Doch es wird wohl noch schlimmer kommen. Für die derzeitige Boomregion beim Soja – dem zentralbrasilianischen Bundesstaat Mato Grosso – gibt es seit der Regierung von Dilma Rousseff Pläne für weitere Straßen-, Wasserstraßen- und Bahnbauprojekte. Dies hat Folgen, auch für den Export von beispielsweise Soja in die EU. In der Vergangenheit wurde das Soja per LKW an die Verladeterminale der Häfen im Südosten des Landes, Santos und Paranaguá, geliefert. Als die Autobahn BR-163 auch gen Norden, Richtung Miritituba und Santarém, asphaltiert wurde, sparten sich die LKWs rund 1.000 Kilometer Strecke, im Durchschnitt eine Ersparnis von zwei Tagen. Als dritten LKW-Transportweg gibt es derzeit noch die Landesstraße MT-235, die gen Westen nach Porto Velho am Rio Madeira führt, wo das Soja bei den Terminals in Schiffe verladen wird, die die Ladung zu den Überseehäfen am Amazonas transportieren. Für die Soja-Farmer:innen sind die Logistikkosten die entscheidende Stellschraube zur verstärkten Eroberung des Weltmarkts für brasilianisches Soja. 2014 betrug der Logistikpreis je Tonne Soja auf der Strecke Mato Grosso – Paranaguá/Santos 150 US-Dollar pro Tonne, während bei vergleichbarer Transportstrecke der Vergleichswert für US-amerikanische Farmer:innen des Mittleren Westens bei einem Viertel dessen läge, so ein Bericht bei „Bloomberg“.<sup>143</sup>

Doch diese Straßen erhöhen erwiesenermaßen den Druck auf die Waldflächen in Amazonien. Márcio Santilli vom Instituto Socioambiental (ISA) spricht angesichts dieses Amazonien durchziehenden Straßennetzes von dem „zerhackten Amazonien“: Diese Bundes- und Landesstraßen stellen die größte Bedrohung für den Erhalt Amazoniens dar: 80 Prozent aller Rodungen in Amazonien erfolgen Erhebungen zufolge entlang eines 30 Kilometer breiten Streifens entlang der asphaltierten Straßen.<sup>144</sup>

Gebetsmühlenartig beklagen Mato Grossos Farmer:innen die Kosten der mehrtägigen LKW-Fahrten auf der BR-163 gen Südosten sowie die Wartezeiten zur Entladung an den oft ausgebuchten Atlantikhäfen von Santos und Paranaguá, was teils mehrere Wochen Stillstand bei LKW und Fahrer:in verursache. Die BR-163 gen Norden nach Miritituba sei auch immer viel befahren, die derzeitigen Entlade- und Beladepkapazitäten nahezu ausgeschöpft, was alles zu Verzögerungen führe, und der Weg nach Westen über die MT-235 sei auch ein geographischer Umweg, wenn das Soja von dort auf Kähnen Richtung Nordosten am Amazonas verbracht werde. Nach Vorstellungen von Politik und Soja-Farmer:innen sollen es Wasserstraßen und Bahntrassen richten.

Infolge der Asphaltierung der Bundesstraße BR-163 gen Norden sind die Frachtkosten bereits um 34 Prozent je Tonne Soja gesunken.<sup>145</sup> Bei den geplanten schiffbaren Wasserstraßen an den Flüssen Tapajós, Teles Pires und Juruena werden zukünftig gar Kostenersparnisse von weiteren 41 Prozent je Tonne Soja

- 137 Mehr Informationen zu den Guarani-Kaiowá und ihrem Kampf um das Recht auf Land findet man auf der Webseite der Berliner FIAN-Gruppe unter: [www.fian-berlin.de/fallarbeit/](http://www.fian-berlin.de/fallarbeit/)
- 138 Fórum Unitário dos Movimentos Sociais e Sindicais do Campo e da Cidade: Por que pedimos o Boicote ao Agronegócio do Mato Grosso do Sul?, 16.10.2015, unter: [www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&action=read&id=8415](http://www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&action=read&id=8415)
- 139 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/staudamm-schiene-schnitzel>
- 140 <https://www.sueddeutsche.de/wissen/ackerbohne-soja-eiweisspflanzen-1.4932060>
- 141 <https://www.theguardian.com/environment/2020/jul/16/a-fifth-of-brazilian-soy-in-europe-is-result-of-deforestation-amazon-jair-bolsonaro>
- 142 <https://www.bmel-statistik.de/fileadmin/daten/AHT-0040220-2019.pdf>
- 143 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2014-01-10/amazon-soy-route-seen-extending-brazil-lead-on-u-s-commodities>
- 144 <https://www.socioambiental.org/pt-br/noticias-socioambientais/amazonia-esquartejada>
- 145 Daniela Fernandes Alarcon, Natalia Ribas Guerrero, Mauricio Torres: “Saída pelo norte”. A articulação de projetos de infraestrutura e rotas logísticas na bacia do Tapajós, in: Oekadi: Hidrelétricas, Conflitos Socioambientais e Resistência na Bacia do Tapajós / Daniela Fernandes Alarcon, Brent Millikan und Mauricio Torres [Hrsg.], Brasília 2016, S.62

erhoffte,<sup>146</sup> was den Druck auf Landflächen in der Region noch weiter erhöhen wird.<sup>147</sup>

Weitere Pläne sehen den Bau von Bahntrassen vor. „Ferrogrão“ heißt einer der geplanten Süd-Nord-Bahnkorridore von Sinop in Mato Grosso nach Miritituba in Pará am Tapajós, von wo aus über den Amazonas der Atlantikanschluss an den Weltmarkt gewährleistet werden solle. „Ferrogrão“ soll den Planern zufolge dem Transport von Soja und Getreide aus Mato Grosso dienen, aber auch für Erzzüge nutzbar sein.

Viel wurde geschrieben über die Verantwortung deutscher Konzerne bei großen Infrastrukturprojekten wie dem Staudamm Belo Monte.<sup>148</sup> Ausführlich wurde die deutsche Mitverantwortung für die Erschließung des weltgrößten Abbaugebiets von Eisenerz, Carajás in Amazonien, bereits ab den 1980er Jahren beschrieben, ein Megaprojekt, das auch mit viel Infrastruktur – beispielsweise einer Bahnlinie mit dem längsten Zug der Welt – einhergeht.<sup>149</sup>

Und weitere Projekte sind geplant: Aktuelle Pläne sehen den Bau einer Ost-West-Bahntrasse vor: Die sogenannte bi-ozeanische Eisenbahntrasse soll vom brasilianischen Südatlantikhafen von Santos zum peruanischen Pazifikhafen von Ilo führen, als Ost-Westverbindung durch Zentralbrasilien und Bolivien mit direkten Schifffahrtsanschlüssen der Panamax-Klasse nach Europa am Atlantik und Ostasien am Pazifik. Ziel des „Jahrhundert-Projekts“ ist der Export von in Bolivien, Brasilien und Peru geförderten Rohstoffen – seien es Mineralien oder Agrarcommodities wie vor allem Soja – nach Asien. Die 3.755 Kilometer lange Eisenbahnstrecke soll ersten Schätzungen zufolge rund 14 Milliarden Euro kosten und dabei auch durch geschützte Regenwaldgebiete führen.<sup>150</sup> Und: laut mehreren Medienberichten will sich auch Deutschland an der Bahntrasse mit Finanzierung und Technologie seiner Firmen beteiligen.<sup>151</sup>

Auch für die weiter westlich von Pará gelegene Cerrado-Region (Bundesstaaten Maranhão, Tocantins und Goiás) existieren mehrere Bahntrassen-Pläne wie die Ferrovia Norte-Sul mit Anschlüssen nach Norden an die 23 Municipien durchquerende und dabei Quilombola-Gemeinden gefährdende Ferrovia Paraense<sup>152</sup> und nach Süden bis hin nach Mato Grosso. Alles für den Transport von mineralischen und Agrarrohstoffen, wiederum hauptsächlich: Soja. An der baulichen Umsetzung der Ferrovia Paraense zeigten sich im August 2017 Presseberichten zufolge über 100 Unternehmen interessiert, darunter die deutsche Firma Siemens.<sup>153</sup>

Besonders besorgniserregend aber sind Bolsonaros Pläne, die BR-163 bis an die Grenze zu Surinam zu erweitern. Auf die dort befindlichen Regenwaldschutzgebiete und Indigenen Territorien will er keine Rücksicht nehmen.<sup>154</sup>

Egal, ob Straße, Wasserstraße oder Bahn: Im Zuge dessen müssten dann auch die Soja-Terminals massiv ausgebaut werden, so Politik und Farmerlobby unisono: So sollen die Soja-Terminals von Santarém von 1,8 auf 8 Millionen Tonnen im Jahr, die von Porto Velho von 4 auf 7 Millionen Tonnen im Jahr und Miritituba von 3,5 auf 32 Millionen Tonnen bis Mitte der 2020er Jahre fast verzehnfacht werden.<sup>155</sup> Ein Alptraum für die Savannenlandschaft des Cerrado und Amazonien sowie dessen Bewohner:innen.

All dieser Ausbau der Infrastruktur „zerhackt“ Amazonien, erhöht den Druck auf die vom Extraktivismus bedrohten Territorien und wird in Zukunft noch mehr Sojamehl in die EU und auch für Deutschlands Tiermastanlagen ermöglichen, da die Kostensenkungen das brasilianische Soja noch mehr auf dem Weltmarkt reüssieren lassen.

● ● **80 Prozent aller Rodungen in Amazonien erfolgen an einem 30 Kilometer breiten Streifen entlang der asphaltierten Straßen.**

146 <http://www2.camara.leg.br/camaranoticias/noticias/TRANSPORTE-E-TRANSITO/499590-NAVEGACAO-EM-TRECHOS-DOS-RIOS-TAPAJOS-TELES-PIRES-E-JURUENA-E-APROVADA-EM-COMISSAO.html>

147 [https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2019/01/TAPAJOS\\_online.pdf](https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2019/01/TAPAJOS_online.pdf)

148 [https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2014/07/GegenStrömung\\_Belo-Monte-und-Europ-Konzerne\\_2014.pdf](https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2014/07/GegenStrömung_Belo-Monte-und-Europ-Konzerne_2014.pdf)

149 „Die deutsche Carajás-Connection“, in: Christian Russau: Abstauben in Brasilien. Deutsche Konzerne im Zwielicht. Online unter [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/VSA\\_Russau\\_Abstauben\\_in\\_Brasilien.pdf#page=112](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Russau_Abstauben_in_Brasilien.pdf#page=112)

150 <http://www.infostelle-peru.de/web/wp-content/uploads/2017/11/Infoperu-53.pdf>

151 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/zug-zwischen-den-ozeanen-deutschland-will-jahrhundertprojekt-in-suedamerika-bauen-a-1139682.html>

152 <https://www.brasildefato.com.br/2017/08/22/para-atende-agronegocio-e-ignora-comunidades-ao-construir-ferrovia-dizem-liderancas/>

153 <http://portalcanaa.com.br/site/para/mais-de-100-investidores-conhecem-o-projeto-da-ferrovia-paraense/>

154 <https://www.sonoticias.com.br/politica/bolsonaro-pretende-expandir-br-163-ate-a-fronteira-do-suriname/> und <https://www.arte-magazin.de/highway-in-die-klimahoelle/>

155 <https://lab.org.uk/tapajos-under-attack-8-the-rush-to-turn-the-amazon-into-a-soy-transport-corridor/>



Bereits 2016 grasten 85 Millionen Rinder in Amazonien. Foto: Daniel Julie (CC BY 2.0)

Die Entwaldung in Amazonien steigt zu einem großen Anteil durch die sich weiter ausbreitende Viehwirtschaft. 1970 galt ein Prozent Amazoniens als gerodet, heute liegt dieser Wert bei 20 Prozent. Im Jahr 1995 gab es in Brasilien 165 Millionen Rinder. 37 Millionen davon, also 23 Prozent, befanden sich damals in Amazonien. Im Jahr 2016 gab es in Brasilien 213 Millionen Rinder, 85 Millionen davon (also 40 Prozent des landesweiten Gesamtbestandes) in Amazonien. Das Institut Imazon hat diese Zahlen bereits 2017 errechnet und daraus geschlussfolgert: „Es ist die Viehwirtschaft, die als wirtschaftliche Aktivität am meisten zur Abholzung in Amazonien beiträgt; sie allein ist für 65 Prozent der Rodungsflächen verantwortlich.“<sup>156</sup>

Nun kommt im Rückblick der vergangenen zwei Jahrzehnte aber ein weiteres gewichtiges Moment ins Spiel, das Soja letztlich doch wieder an der Rodung Amazoniens seinen Anteil haben lässt. Denn zum einen verschieben sich die Viehweiden aus der Region des Cerrado nach Amazonien im gleichen Maße, wie sich das Soja im Cerrado ausbreitet.<sup>157</sup> Zum anderen sind es die grileiros (Landtitelfälscher), die auf Bodenspekulation hoffen. Sie brandrodern illegal, bestechen die Landkatasterstellen und generieren für sich selbst Landtitel. Dann dreht sich die Bodenspekulationsphase: Es sind die Landpreise für Soja, die höher sind als die für Rinderzucht.

Denn der Sojaanbau hat einen höheren Hektarertrag als der bei extensiver Viehhaltung. Die grileiros warten auf erneute Legalisierung ihrer illegalen Rodungen der Vergangenheit, die Brasília beschließt. Zwischenzeitlich wird erstmal dort Vieh grasen. Dann, nach einer erneuten Legalisierungswelle, wird neu gepflanztes Soja auf Flächen in Amazonien, wo zuvor Rinder standen, ganz legal. Direkt erfolgt also die Rodung zunächst für die Viehzucht, als Mitnahmefaktor gleichsam, doch der Langfristtreiber dahinter ist die Bodenspekulation – und die wird zum allergrößten Teil durch Soja provoziert.

- ● **Die grileiros warten darauf, dass**
- ● **Brasília die illegalen Rodungen**
- ● **der Vergangenheit legalisiert.**

156 <http://www.dw.com/pt-br/a-máquina-que-move-o-desmatamento-da-amazônia/a-40224333>

157 Siehe hierzu den „Teufelskreis“ von Soja, dessen Produktion sich aus Amazonien infolge des 2006er Soja-Moratoriums in den Cerrado verlagerte und von dort die Viehwirtschaft nach Amazonien verdrängte, siehe ausführlich unter <https://www.gegenstroemung.org/web/blog/tapajos-broschuere-online/>

## Der größte Player auf dem Fleischmarkt: JBS



Viele Waldbrände fanden in der Nähe von Fleischfabriken statt. Foto: Vinicius Mendonca/Ibama (CC BY-SA 2.0)

2009 hatten die großen brasilianischen Fleischverarbeitungsunternehmen nach öffentlichem Druck – analog zum erwähnten Soja-Moratorium – ein Abkommen unterzeichnet, in dem sie sich dazu verpflichteten, für den Fleischmarkt keine Neu-Rodungen mehr zu verantworten. Untersuchungen offenbarten, dass es in der Zulieferer-Kette von JBS zunächst einen Rückgang der durch sie (direkt oder indirekt) verantworteten Rodungen gab, aber dass die Ergebnisse im Allgemeinen sehr begrenzt waren. Es gab Probleme mit der Umsetzung. Hinzu kam die unzureichende Überwachung seitens der Schlachthäuser. Zudem wurde nicht verhindert, dass Vieh aus Beständen, die die Vorgaben nicht erfüllten, in Bestände von Unternehmen, die erst nach dem Inkrafttreten des Abkommens registriert wurden, verschoben wurden.<sup>158</sup>

JBS S.A. ist der weltgrößte Fleischproduzent der Welt. Keine Firma weltweit, so rühmt sich JBS, produziere mehr Proteine für die Ernährung der Menschen als sie. JBS ist also als Proteinproduzent Nummer Eins und nach Nestlé der zweitgrößte Nahrungsmittelkonzern weltweit.<sup>159</sup> JBS hatte im Jahr 2009 ebenfalls das Abkommen unterzeichnet.

Doch JBS wurde erwischt. Rinderherden auf illegal gerodeten Flächen waren umdeklariert worden, wie die Investigativjournalist:innen von Repórter Brasil wiederholt herausgefunden haben.<sup>160</sup> Gleiches traf laut Recherchen von Repórter Brasil auch auf die beiden anderen Schwergewichte brasilianischer Fleischproduktion, Marfrig und Frigol, zu.<sup>161</sup> JBS erklärte später, dass sie 9.000 Zulieferer:innen wegen festgestellter Verstöße blockiert hätten.<sup>162</sup> Für das Jahr 2016 hatte die Bundesstaatsanwaltschaft von Pará aufgedeckt, dass JBS

20 Prozent seines Fleisches aus Herden bezog, die auf zuvor illegal gerodeten Flächen Amazoniens gehalten wurden.<sup>163</sup> Während also das Soja-Moratorium von 2006 auf die illegale Sojaproduktion in Amazonien zunächst weitestgehend funktioniert hat,<sup>164</sup> offenbarte sich das Scheitern des zweiten wichtigen Abkommens für den Schutz Amazoniens, das sogenannte „TAC da Carne“ der Fleischindustrie, nach kurzer Zeit. Die Fleischwirtschaft bleibt für die derzeitige Zunahme der Entwaldung in Amazonien weiterhin mitverantwortlich.<sup>165</sup> Diese Erkenntnisse wurden jüngst, im Juni 2020, erneut bestätigt – diesmal durch eine Studie von Greenpeace.<sup>166</sup> Mitte Juli 2020 stellte Amnesty International außerdem seine Studie „From Forest to Farmland“ vor. Diese zeigte erneut, dass es in der Lieferkette von JBS Rindfleisch von illegal in geschützten Gebieten des brasilianischen Amazonas-Regenwalds gehaltenen Rindern gibt. Dies verletzt dort die Rechte der Indigenen Völker, so Amnesty International.<sup>167</sup> JBS berief sich in seiner Antwort auf die Audits eines norwegischen Zertifizierers, um darzulegen, dass die Kritik von Amnesty International ungerechtfertigt sei, woraufhin der norwegische Zertifizierer aber protestierte und darauf verwies, gar keine ausreichenden Unterlagen über die Zuliefererkette zur angemessenen Prüfung zur Verfügung gestellt bekommen zu haben.<sup>168</sup>

Ein weiteres Problem des brasilianischen Fleischkomplexes ist (wie bei ihren europäischen und US-amerikanischen Pendanten) die Proteinzufütterung durch Soja und deren Umweltdimension. Der *The Economist* berichtete<sup>169</sup> im Juni 2020, dass neben den Sojahändlern ADM, Bunge, Maggi, Cargill, Louis Dreyfus und Cofco auch Fleischverarbeitungsunternehmen wie JBS oder Marfrig einen nicht unerheblichen Teil der Sojafütterung in der

158 Shefali Sharma, Christian Russau: Die Fleischwirtschaft Brasiliens – Ausbeutung frisch auf den Tisch. IATP Europe, April 2017

159 Vgl. Selbstdarstellung unter <https://jbs.com.br/>

160 <https://reporterbrasil.org.br/2019/10/even-after-a-25-million-real-fine-jbs-still-sources-livestock-from-amazon-deforesting-companies/>

161 <https://reporterbrasil.org.br/2019/10/jbs-marfrig-and-frigol-buy-cattle-from-deforesters-in-area-highly-affected-by-fires-in-the-amazon/>

162 <https://blogdopedowski.com/2020/06/11/motosserras-e-cadeias-de-suprimentos-como-grandes-empresas-de-carne-e-soja-podem-parar-o-desmatamento-na-amazonia/>

163 [www.mpf.mp.br/pa/sala-de-imprensa/noticias-pa/auditorias-confirmam-e-aprimoram-avancos-no-controle-da-origem-da-carne-no-para](http://www.mpf.mp.br/pa/sala-de-imprensa/noticias-pa/auditorias-confirmam-e-aprimoram-avancos-no-controle-da-origem-da-carne-no-para)

164 Das Soja-Moratorium hatte jedoch schwere Nebenwirkungen auf Cerrado und dessen Rückwirkungen auf Amazonia en durch die ökonomische Verdrängung von Vieh durch Soja aus dem Cerrado hin nach Amazonien. Siehe zusammenfassend [https://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2017/KAB\\_2017\\_98\\_102\\_Russau.pdf](https://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2017/KAB_2017_98_102_Russau.pdf)

165 Siehe hierzu im Überblick die Berichterstattung bei <http://www.oeco.org.br/tag/tac-da-carne/>

166 [https://www.greenpeace.org.br/hubfs/RicardoFrancoStatePark\\_ReportFinal.pdf](https://www.greenpeace.org.br/hubfs/RicardoFrancoStatePark_ReportFinal.pdf)

167 <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/brasilien-illegale-rinderhaltung-im-amazonasgebiet-gefahrdet-indigene>

168 <https://blogdopedowski.com/2020/07/24/empresa-critica-uso-de-suas-auditorias-pela-jbs-para-justificar-que-suas-operacoes-nao-causam-danos-a-amazonia/>

169 <https://www.economist.com/the-americas/2020/06/11/how-big-beef-and-soya-firms-can-stop-deforestation>

Lieferkette ihrer intensiven Rinder-, Schwein- und Hühnermast aus illegalen Quellen mit Rodung bezögen.<sup>170</sup> Neueste Studien verwiesen anhand von Satellitendaten der NASA, dass in einem Radius von bis zu 360 Kilometer der Fabriken von JBS und Mafrig 42 Prozent aller gezielt gelegten Waldbrände der Großregion zwischen Juli und Oktober 2019 stattfanden.<sup>171</sup>

Laut den Wissenschaftlern Thomas E. Lovejoy und Carlos Nobre<sup>172</sup> steht Amazonien kurz vor dem Kipp-Punkt, ab dem es kein Zurück mehr gibt: „Wir glauben, dass negative Synergien zwischen Entwaldung, Klimawandel und weit verbreitetem Einsatz von Feuer darauf hindeuten, dass das Amazonas-System bei einer Abholzung von 20-25 Prozent im östlichen, südlichen und zentralen Amazonien auf Nicht-Waldökosysteme umkippen wird.“ Würde Amazonien „kippen“ und zur Savanne werden, würden sich die in Amazonien aufsteigenden Wolken mit ihren „Fliegenden Flüssen Amazoniens“ verringern und würden den Süden Brasiliens nicht mehr ausreichend mit Regen versorgen.<sup>173</sup>

● ● **In der Lieferkette von JBS findet sich Rindfleisch von Rindern, die illegal in geschützten Gebieten des Amazonas-Regenwaldes gehalten werden.**

## Fleischproduktion in Amazonien: die deutsche Mitverantwortung

2016 überholte Brasilien zum ersten Mal Indien und wurde das Land mit den größten Rindfleischexporten weltweit, und dies obwohl mehr als 80 Prozent des brasilianischen Rindfleisches auf dem heimischen Markt vertrieben werden. So scheint erst einmal der Fleischkonsum Brasiliens selbst hauptverantwortlich für die extrem hohe Produktionsrate zu sein. Doch auch die Mengen der 20 Prozent, die in den Export gehen, sind enorm: 2019 exportierte Brasilien 1.569.685 Tonnen Rindfleisch im Gegenwert von 6.546,38 Millionen US-Dollar ins Ausland, ein Anstieg von 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr.<sup>174</sup> Während China und Hongkong 2019 brasilianisches Rindfleisch für insgesamt 3,4 Milliarden US-Dollar importierten, fallen die europäischen Importe vergleichsweise gering aus: Italien importierte für 157 Millionen US-Dollar, die Niederlande für 96 Millionen US-Dollar,

Spanien für 46 Millionen US-Dollar und die Bundesrepublik Deutschland für 44 Millionen US-Dollar.<sup>175</sup> Bei den Zielländern brasilianischer Rindfleischexporte spielen die Bundesrepublik Deutschland sowie die weiteren EU-Mitgliedsstaaten also eine untergeordnete Rolle.

Doch gibt es in Bezug auf JBS auch eine weitere deutsche Mitverantwortung: Im April 2019 hielt die Deutsche Bank Anteile an JBS in Höhe von elf Millionen US-Dollar und hatte der Firma Kredittranchen in Höhe von 56,7 Millionen US-Dollar vergeben.<sup>176</sup> Angesprochen auf diese Firmenbeziehungen antwortete die Deutsche Bank im Jahr 2020: Die Deutsche Bank finanziere „keine Geschäfte, bei denen Primär-Wälder, Gebiete mit erhöhtem Schutzstatus oder Moorgebiete umgewandelt werden. Außerdem finanzieren wir keine Geschäfte, die nachweislich mit illegaler Abholzung oder dem unkontrollierten oder illegalen Einsatz von Feuer in Verbindung stehen.“<sup>177</sup> Da sind andere internationale Investmentfonds oder Banken schon einen Schritt weiter: Ende Juli 2020 erklärte der Finanzkonzern Nordea den Ausschluss von JBS aus ihrem Portfolio.<sup>178</sup> Im August 2020 erklärten die Marktanalyst:innen der Bank HSBC, JBS habe „keine Vision, keinen Aktionsplan, keinen Zeitplan, keine Technologie und keine Lösung“, um zu überwachen, ob das gekaufte Vieh aus Betrieben stammt, die an der Zerstörung des Regenwaldes beteiligt sind oder nicht.<sup>179</sup>

Hinzu kommt, dass die Europäische Union und der Gemeinsame Markt des Südens MERCOSUR<sup>180</sup> ein interregionales Assoziationsabkommen abschließen wollen.<sup>181</sup> Dadurch könnte die EU als Abnahmemarkt brasilianischer Fleischimporte stark an Bedeutung gewinnen. Das Szenario für Amazonien und seine Bewohner:innen würde sich verdüstern. Die EU importiert derzeit jährlich rund 200.000 Tonnen Rindfleisch aus den vier Mercosur-Ländern zu einem Zollsatz von 40 Prozent bis 45 Prozent. „Im Rahmen des EU-MERCOSUR-Abkommens wird die EU 99.000 Tonnen Rindfleisch mit einem Zollsatz von 7,5 Prozent für die Einfuhr zulassen.“<sup>182</sup> Dies entspräche demnach einer Zunahme um satte 50 Prozent. Wie sich der einzelne Anteil auf die jeweiligen MERCOSUR-Mitgliedstaaten – Argentinien, Paraguay, Uruguay, Brasilien – aufspaltet, teilten die Verhandler:innen der EU und des MERCOSUR bislang nicht mit.

Doch schon diese 99.000 Tonnen Rindfleisch haben desaströse Auswirkungen auf die Rodungszahlen in Amazonien. Eine vom französischen Präsident Emmanuel Macron in Auftrag gegebene Studie kam im September 2020 zu dem Schluss, dass allein für die in die EU aus Brasilien importierte Fleischmenge, wie im

170 Siehe hierzu auch <https://blogdopedlowski.com/2020/06/11/motosserras-e-cadeias-de-suprimentos-como-grandes-empresas-de-carne-e-soja-podem-parar-o-desmatamento-na-amazonia/>

171 <https://blogdopedlowski.com/2020/06/18/pesquisa-aponta-frigorificos-e-produtores-de-soja-com-maior-risco-de-serem-associados-a-queimadas/>

172 <https://advances.sciencemag.org/content/4/2/eaat2340>

173 Siehe [https://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2017/KAB\\_2017\\_98\\_102\\_Russau.pdf](https://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2017/KAB_2017_98_102_Russau.pdf)

174 <http://comexstat.mdic.gov.br/pt/comex-vis>

175 Ebd.

176 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/201ejbs-steht-fuer-eine-zunehmende-kette-von-umweltzstoerungen201c>

177 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/die-fleisch-und-bergbau-verwicklungen-der-deutschen-bank>

178 <https://www.theguardian.com/environment/2020/jul/28/investors-drop-brazil-meat-giant-jbs>

179 <https://www.theguardian.com/environment/2020/aug/12/hsbc-sounds-alarm-over-investment-in-meat-giant-jbs-due-to-deforestation-inaction>

180 Mercosur ist die spanischsprachige Bezeichnung für den Gemeinsamen Markt des Südens der vier Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay.

181 Siehe hierzu u.a. <https://www.greenpeace.de/eu-mercosur-handelsabkommen>, <https://www.gerechter-welthandel.org/2019/12/17/sieben-gruende-gegen-das-eu-mercosur-abkommen/>, <https://power-shift.de/neue-studie-eu-mercosur-abkommen-brandbeschleuniger-der-klimakrise/>, <https://sven-giegold.de/eu-mercosur-abkommen-unvereinbar-klimaabkommen/>

182 [https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc\\_158141.pdf](https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158141.pdf)



EU-Mercosur-Abkommen stoppen! Protest vor dem Bundeskanzleramt 29.06.2020. Foto: Uwe Hixsch (CC BY 2.0)

EU-MERCOSUR-Vertrag vorgesehen, zur Folge hätte, dass es in Brasilien in den ersten sechs Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens zu einem jährlichen Anstieg bei den Rodungen von fünf Prozent gebe. Dies entspräche rechnerisch 700.000 Hektar Regenwalds.<sup>183</sup> Zivilgesellschaftliche Organisationen warnen vor noch deutlich höheren Zahlen: Das französische Veblen-Institut errechnete für die gleiche Menge an aus Brasilien in die EU exportiertem Fleisch nämlich keine fünf-, sondern eine gar fünfundsiebzigprozentige Steigerung bei den Rodungszahlen.<sup>184</sup>

● ● **Das EU-MERCOSUR-Abkommen**  
 ● ● **würde den Import von Rindfleisch**  
 ● ● **aus den Mercosur-Staaten in die EU**  
 ● ● **um 50 Prozent erhöhen.**

Die Gewinner:innen des EU-MERCOSUR-Deals jedenfalls liegen derweil auf der Hand: Die Rindfleisch- und Ethanolexporteure aus Brasilien wie JBS würden von solch einem Abkommen ebenso profitieren wie die deutschen Autobauer, die künftig zollverbilligt in den MERCOSUR SUV-Autos exportiert. Ähnlich profitieren würden die europäischen Produzenten von Pestiziden und Chemikalien.<sup>185</sup> Eine Publikation von Misereor warnt explizit davor, dass mit einem Abschluss des EU-MERCOSUR-Abkommens Klimaschutz, Umweltschutz und Menschenrechte unter zunehmende Bedrohung geraten würden.<sup>186</sup>

183 <https://www.dw.com/pt-br/acordo-ue-mercosul-deve-acelerar-desmatamento-diz-estudo-encomendado-pela-fran%C3%A7a/a-54970395>

184 [https://www.veblen-institute.org/Beyond-the-Bolsonaro-policy-it-is-the-very-content-of-the-EU-Mercosur-agreement.html?fbclid=IwAR1SFVGRNU5oKi9mm9aotZZx2rBcEONrMWzmf-o0-XW\\_LqnTSCDZreP8\\_2M](https://www.veblen-institute.org/Beyond-the-Bolsonaro-policy-it-is-the-very-content-of-the-EU-Mercosur-agreement.html?fbclid=IwAR1SFVGRNU5oKi9mm9aotZZx2rBcEONrMWzmf-o0-XW_LqnTSCDZreP8_2M)

185 Soja ist im übrigen nicht Bestandteil des geplanten EU-Mercosur-Abkommens. Soja wird in der EU weiterhin mit 4,5 Prozent Einfuhrzöllen belegt. Siehe „Brände, Beef, Bohnen, Boykott und Bolsonaro. Was tun angesichts der sich in Brasilien zuspitzenden Situation?“ Von Christian Russau, in: ILA 429, Okt. 2019

186 <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-EU-mercosur-abkommen-risiken-fuer-klimaschutz-und-menschenrechte.pdf>



## IN DER EU VERBOTEN, IN BRASILIEN ERLAUBT: PESTIZIDWELTMEISTER BRASILIEN



„Achtung Gift“: Pestizide sind hoch toxisch. Foto: Christian Russau

Es sind alarmierende Meldungen aus Brasilien: Die Regierung von Jair Bolsonaro gibt weitere hochtoxische, andernorts verbotene Agrargifte frei, wie keine Regierung zuvor. Marcos Pedlowski ist Professor an der Universidade Estadual do Norte Fluminense in Campos dos Goytacazes im Bundesstaat Rio de Janeiro. Seinen Berechnungen zufolge lag in den Regierungsjahren der Arbeiterpartei PT der jährliche Durchschnitt für Neuzulassungen bei 140 Pflanzenspritzmitteln, die Temer-Regierung steigerte diese Zahl 2017 und 2018 auf 277 bzw. 405. Die Bolsonaro-Regierung toppte dies noch einmal: In ihrem ersten Regierungsjahr 2019 wurden 503 Pestizide freigegeben, in den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 waren es weitere 250.<sup>187</sup>

Die industrielle Landwirtschaft in Brasilien beruht auf dem Anbau von Monokulturen, insbesondere von Soja, Mais, Baumwolle und Zuckerrohr – und diese Monokulturen verbrauchen viele Pestizide. „Seit Anfang der 2000er Jahre wird viel genmodifiziertes Saatgut verkauft, das nicht stirbt, wenn man es beispielsweise großflächig mit Glyphosat spritzt. Die industrielle Landwirtschaft in Brasilien ist total abhängig von Pestiziden“, konstatiert der Aktivist Alan

Tygel von der brasilianischen Kampagne gegen Agrargifte („Campanha permanente contra os agrotóxicos e pela vida“).<sup>188</sup>

Schlimmer noch: Seit in Brasilien im Jahr 2010 erstmals mehr als eine Million Tonnen Pestizide in der Landwirtschaft versprüht wurden, trägt es den unrühmlichen Titel des größten Pestizidverbrauchers weltweit.<sup>189</sup> Und mit Tereza Cristina ist eine erklärte Lobbyistin in Sachen Agrargifte Landwirtschaftsministerin geworden. „Brasilien – das Paradies der Agrargifte“, so beschrieb es das Internetportal Carta Capital 2019.<sup>190</sup>

Rechnet man die insgesamt in Brasilien je Jahr ausgebrachte Menge Agrargifte auf die Bevölkerung herunter, so kommt man auf die erschreckende Menge von 7,3 Litern je brasilianischer Bürger:in. Dies ist aber „nur“ der Landesdurchschnitt. Brasilienweiter Spitzenreiter beim Versprühen von Agrargiften ist der Bundesstaat Mato Grosso: In diesem wurden laut Berechnungen des staatlichen Instituts für Agrarsicherheit Mato Grosso (Indea) in den Jahren 2005 bis 2012 jährlich 13,3 Prozent (140 Millionen Liter) aller in Brasilien ausgebrachten Agrargifte versprüht. In der Gemeinde Sapezal, im Bundesstaat Mato Grosso, wurden im Jahr 2012 neun Millionen Liter Agrargifte zur Anwendung gebracht. Dies sind die letzten verfügbaren Daten des staatlichen Instituts für Agrarsicherheit des Bundesstaats Mato Grosso (Indea). Im Vergleich zum landesweiten Durchschnitt 7,3 Liter Agrargift je Person ist der Wert in Sapezal 52 Mal höher: Er liegt bei 393 Liter je Person.

Eine Studie der Bundesuniversität von Mato Grosso stellte bei einer Untersuchung fest, dass es in 13 Munizipien (644.746 Einwohner\*innen laut letztem Zensus 2015), in denen zwischen 1992 und 2014 Soja, Mais und Baumwolle angebaut wurde, 1.442 Fälle von Magen-, Speiseröhren- und Bauchspeicheldrüsenkrebs gab. In den 13 Vergleichsmunizipien (219.801 Einwohner\*innen laut letztem Zensus 2015), wo statt agrarwirtschaftlicher eine vorwiegend touristische Nutzung stattfand, lag die Zahl der Krebsfälle bei 53.<sup>191</sup> Hinzu kommt: In Brasilien werden jedes Jahr Tausende von brasilianischen Bürgerinnen und Bürgern durch Pestizide vergiftet. Die Zahl steigt dabei Jahr für Jahr an: 2007 lag sie bei 2.726 Fällen, 2017 schon bei 7.200, ein Anstieg um 164 Prozent.<sup>192</sup>

Aber auch andere Bereiche sind von Agrargiften betroffen. So gibt es Fälle, wo verspritzte Agrarchemikalien als Rückstände auf den konsumierten Nahrungsmitteln verbleiben. Laut jüngsten vorliegenden Zahlen (2017/18) der Nationalen Behörde für Gesundheitsüberwachung ANVISA wurden bei Stichprobenüberprüfungen 14 gängiger landwirtschaftlicher Produkte in 23 Prozent der Fälle die zulässigen Grenzwerte überschritten.<sup>193</sup> Ein weiterer kritischer Bereich ist der des Trinkwassers. Das Gesundheitsministerium prüft laut

187 <https://blogdopedlowski.com/2020/05/14/observatorio-dos-agrotoxicos-afinal-quantos-produtos-foram-liberados-pelo-governo-bolsonaro-e-por-que-importa-ter-o-numero-certo/> und <https://blogdopedlowski.com/2020/06/18/observatorio-dos-agrotoxicos-a-pandemia-dos-agrotoxicos-avanca-com-mais-27-liberacoes-totalizando-212-em-2020/> und <https://blogdopedlowski.com/2020/08/15/observatorio-dos-agrotoxicos-com-mais-6-produtos-tecnicos-governo-bolsonaro-totaliza-753-liberacoes-em-20-meses/>

188 <https://contraosagrotoxicos.org/>

189 <https://amerika21.de/meldung/2011/02/23060/eine-tonne-pesticide>

190 <https://www.cartacapital.com.br/sociedade/ministra-da-agricultura-transforma-o-brasil-no-paraiso-dos-agrotoxicos/>

191 <https://www.kritischeaktionare.de/bayer/rede-von-christian-russau-21/>

192 Siehe die Zusammenfassung unter <https://www.kritischeaktionare.de/bayer/rede-von-alan-tygel-2/>

193 [http://portal.anvisa.gov.br/documents/111215/0/Relatório+-+PARA+2017-2018\\_Final.pdf/#page=5](http://portal.anvisa.gov.br/documents/111215/0/Relatório+-+PARA+2017-2018_Final.pdf/#page=5)

geltender Verordnung bislang auf 27 Stoffe,<sup>194</sup> die teils schwere Gesundheitsgefährdungen bei Kontakt bewirken können.<sup>195</sup> 16 dieser Substanzen gelten laut ANVISA als „extrem toxisch“ oder „hoch toxisch“, 11 werden in Zusammenhang mit chronischen Krankheiten wie Krebs, körperlichen Missbildungen sowie hormonellen oder reproduktiven Störungen in Verbindung gebracht.<sup>196</sup> Was die brasilianische Öffentlichkeit schockierte: Wurden im Jahr 2014 in 75 Prozent der Tests Rückstände von Agrarchemikalien im Trinkwasser gefunden, so stieg dieser Wert 2017 bereits auf 92 Prozent.<sup>197</sup> Das Gesundheitsministerium sah sich genötigt zu reagieren. Es plant eine Erweiterung der Überprüfung auf 37 Stoffe, nachdem in vielen Municipien die Grenzwerte im Trinkwasser überschritten wurden, und dies, obwohl im Rahmen des staatlichen Überwachungssystems SISAGUA<sup>198</sup> nicht einmal die Hälfte der befragten Municipien Daten übermittelte.<sup>199</sup> Die dem Gesundheitsministerium unterstellte Forschungsinstitution FIOCRUZ geht aber auch das nicht weit genug. Sie fordert zum Schutz der Bevölkerung eine noch weiter reichende Untersuchung, nämlich das Trinkwasser auf 35 weitere Stoffe hin zu untersuchen, also insgesamt mindestens 72. Nur dies, so FIOCRUZ, könne mehr Sicherheit für die Trinkwasserqualität garantieren. Zur Zeit gebe es über viele Wirkstoffe im Trinkwasser gar keine Datenlage und keine Erhebung. Zudem müsse, so FIOCRUZ, die Politik der geltenden Grenzwerte in Brasilien rasch geändert werden. Denn: Bei Glyphosat z.B. liegt der nationale Grenzwert im Trinkwasser bei 500 Mikrogramm je Liter – somit ist der brasilianische Toleranzwert 1.000 Mal höher als der in der EU gültige Wert.<sup>200</sup>

**„Daten des brasilianischen Gesundheitsministeriums zeigen, dass wir neben Sauerstoff (O) und Wasserstoff (H) und Mineral-salzen auch Carbendazim, Chlorpyrifos, Diruon, Tebuconazole und etliche weitere Agrargifte trinken. Für Euch Europäer ist Carbendazim verboten, und die anderen drei erwähnten Wirkstoffe haben Grenzwerte, die [in der EU] um den Faktor 1.200 niedriger liegen als in Brasilien. Sind unsere brasilianischen Körper etwa widerstandsfähiger gegen Agrargifte als die Körper der Europäerinnen und Europäer?“**

Alan Tygel<sup>201</sup> (Brasilianische Kampagne gegen Agrargifte „Campanha permanente contra os agrotóxicos e pela vida“)

● ● **Brasilianische Grenzwerte für Agrargifte im Trinkwasser sind bis zu 1.000 Mal höher als der in der EU gültige Wert.**

## **Pestizidverbrauch in Brasilien und deutsche Mitverantwortung**

Erster Adressat bei der Frage nach der deutschen Mitverantwortung für das massenhafte Ausbringen von Agrarchemikalien in Brasilien sind die beiden Schwergewichte im Pestizid-Weltmarkt: BAYER und BASF. Der Autor hatte im Jahr 2016 eine Untersuchung der von BAYER und BASF in Brasilien zum Verkauf angebotenen Wirkstoffe in Pestiziden durchgeführt.<sup>202</sup> Ziel war es herauszufinden, ob und welche Wirkstoffe BAYER und BASF in Brasilien vertreiben, die auf EU-Ebene laut EU-Pesticides-Databse<sup>203</sup> nicht zugelassen sind. Diese Untersuchung wurde drei Jahre später wiederholt. Das Ergebnis: Die Zahl der von BAYER in Brasilien vertriebenen, aber auf EU-Ebene laut EU-Pesticides-Databse nicht zugelassenen Wirkstoffe hat von acht (2016) auf 12 (2019)<sup>204</sup>, bei BASF von neun (2016) auf 13 (2019) zugenommen.<sup>205</sup> Eine neue Untersuchung von Inkota, Misereor und der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Jahr 2020 ergab bei den in Brasilien von BAYER und BASF verkauften Wirkstoffen identische Daten.<sup>206</sup>

Solange es in Brasilien nicht verboten ist, werden diese Stoffe dort von Konzernen wie BASF und BAYER vertrieben. Dies räumte BAYER schon Ende der 1980er Jahre ein. 1988 sagte der damalige Vorstandsvorsitzende Hermann J. Strenger: „In der Tat haben wir zum Beispiel in Brasilien nicht Gesetze wie in der Bundesrepublik.“ Dennoch sah er bei seiner Firma keine Doppelmoral walten, denn er ergänzte: „Aber wir stellen bei unseren Investitionen in Brasilien oder Indien, in den USA oder in Japan die gleichen Anforderungen wie hier.“<sup>207</sup> Über 30 Jahre später verkauft BAYER in Brasilien noch immer – genau wie BASF – Herbizide, Insektizide und Fungizide, die in Europa verboten sind. Also waltet leider doch eine Doppelmoral. Dagegen gibt es derzeit eine Online-Petition, die fordert, den Verkauf von in der EU verbotenen Pestiziden in alle Welt zu verbieten.<sup>208</sup>

194 <https://cevs-admin.rs.gov.br/upload/arquivos/201804/26143402-anexo-xx.pdf#page=16>

195 Siehe zu den Gesundheitsrisiken der Stoffe zusammenfassend unter <https://portrasdoalimento.info/2019/04/12/conheca-os-27-agrotoxicos-encontrados-na-agua-que-abastasse-as-cidades-do-brasil/#>

196 <https://exame.abril.com.br/brasil/1-em-4-municipios-tem-coquetel-com-agrotoxicos-na-agua-consulte-o-seu/>

197 <https://reporterbrasil.org.br/2019/04/coquetel-com-27-agrotoxicos-foi-achado-na-agua-de-1-em-cada-4-municipios/>

198 <http://www.saude.gov.br/vigilancia-em-saude/vigilancia-ambiental/vigiagua/sisagua>

199 <https://reporterbrasil.org.br/2020/05/mistura-de-agrotoxicos-na-agua-continua-sem-controle-fiocruz-propoe-regras-mais-rigidas/>

200 Ebd.

201 <https://www.kritischeaktionaere.de/bayer/rede-von-alan-tygel-2/>

202 „In der Giftfalle“, in: Christian Russau: Abstauben in Brasilien. Deutsche Konzerne im Zwielflicht, online unter: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/VSA\\_Russau\\_Abstauben\\_in\\_Brasilien.pdf#page=196](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Russau_Abstauben_in_Brasilien.pdf#page=196)

203 <http://ec.europa.eu/food/plant/pesticides/eu-pesticides-database/public/?event=homepage&language=EN>. Einige der Wirkstoffe haben in einigen EU-Mitgliedsstaaten nationale Zulassungen erhalten, siehe zum Beispiel Glufosinat, das auf nationaler Ebene in 21 EU-Staaten zugelassen ist.

204 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/bayer-doppelmoral-beim-pestizidverkauf-in-brasilien-hat-zugenommen>

205 Ebd.

206 „Gefährliche Pestizide von BASF und Bayer. Ein globales Geschäft mit Doppelstandards“, März 2020, online unter <https://www.rosalux.de/publikation/id/42000>

207 Wir können nicht einfach auf Gift verzichten“, Interview mit Bayer-Chef Hermann J. Strenger, in: Der Spiegel 51/1988, online unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-13531711.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13531711.html)

208 <https://www.inkota.de/themen/welternahrung-landwirtschaft/gefaehrliche-pestizide/giftexporte-stoppen/>



"Bayer Monsanto tötet Leben". Foto: Ltrlg (CC BY-SA 4.0)

Neuerdings stellt sich BAYER angesichts der erschreckenden Brandrodungen als Retterin Amazoniens dar: „Wir sprechen uns klar dafür aus, die entsprechenden Gesetze zum Schutz des Regenwaldes durchzusetzen und eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft voranzutreiben.“ BAYER führt dies genauer aus: „Aber unser größter Beitrag liegt zweifellos in der Innovation. Solange die Nachfrage nach Soja die Abholzung vorantreibt, müssen wir Innovationen vorantreiben, die die Erträge steigern. Je erfolgreicher wir bei der nachhaltigen Intensivierung der Landwirtschaft sind, desto geringer wird der Druck, zusätzliches Land für die Landwirtschaft nutzbar zu machen.“<sup>209</sup> Um Amazonien zu schützen also noch mehr Pestizide auf die bereits bestehenden Agrarflächen Brasiliens spritzen?

- ● **BAYER verkauft in Brasilien**
- ● **12, BASF 13 Wirkstoffe in**
- ● **Pestiziden, die in der EU**
- ● **verboten sind.**



## DIE TÖDLICHEN AUSWIRKUNGEN DES EISENERZBERGBAUS



Dammbruch von Brumadinho: Die Schlammlawine tötete mindestens 259 Menschen und zerstörte viele Häuser. Foto: Felipe Werneck/Ibama (CC BY-SA 2.0)

Im Jahr 2019 exportierte Brasilien Eisenerz im Wert von 22,7 Milliarden US-Dollar. Eisenerz dominierte demnach mit 87,79 Prozent den Export mineralischer Rohstoffe. Der Anteil des Eisenerzes lag bei 10 Prozent der Gesamtexporte (etwa 225 Milliarden US-Dollar) und lag somit nach dem Sojakomplex an zweiter Stelle der brasilianischen Exporte.<sup>210</sup> Das aus Brasilien nach Deutschland exportierte Eisenerz stellt derzeit satte 43 Prozent der deutschen Gesamteinfuhren von Eisenerz dar.<sup>211</sup>

Es gibt in Brasilien zwei große Eisenerzlagerstätten. Das Quadrilátero Ferrífero („Eisernes Viereck“) liegt im Bundesstaat Minas Gerais zwischen den Städten Belo Horizonte, Congonhas, Ouro Preto und Santa Barbara. In dem rund 7.000 Quadratkilometer großen Gebiet lagern in der Erde Erzvorräte von rund zehn Milliarden Tonnen. Die zweite große Eisenerzregion Brasiliens befindet sich im Südosten des amazonischen Bundesstaats Pará. Dort in der Carajás-Mine sollen sich sogar rund 18 Milliarden Tonnen Eisenerz im Boden befinden.<sup>212</sup> Von den Minen in Carajás und Minas Gerais wird das Erz per Bahn zu den Häfen transportiert. In Minas Gerais gibt es zudem die weltweit längste Erzpipeline, durch die das Erz unter enormem Wasserzusatz und Druck nach Ponta Ubu im Bundesstaat Espírito Santo gepumpt wird, wo es zu Pellets verarbeitet und mit Schüttguttankern in alle Welt geliefert wird.

Wegen der ausländischen Deviseneinnahmen wurde der Eisenerzbergbau und -export unter allen vergangenen brasilianischen Regierungen von Lula, Rousseff und Temer durch Steuererleichterungen und generell durch eine Politik der vereinfachten Explorationsgenehmigungen und laxer staatlicher Kontrollen gefördert.<sup>213</sup>

Der Unterschied zwischen der Extraktivismus-Politik der rechten Regierungen und dem Neo-Extraktivismus der linken Regierungen lag weniger in der unternehmensfreundlichen Deregulierung des Bergbausektors als eher in der Frage, wie die an den Staat geflossenen Erträge gesellschaftlich verteilt werden. Zudem setzten alle brasilianischen Regierungen weiter auf den Ausbau von Infrastruktur und Logistik, um einen reibungslosen und schnellen Abtransport der Bodenschätze via Straße, Schiene oder Fluss zu gewährleisten. Doch mit Jair Bolsonaro im Regierungssitz Planalto in Brasília haben sich die Bedrohungen der Territorien durch Bergbau-Extraktivismus verschärft: Denn er hat ein Gesetz zur Freigabe von Landwirtschaft, Energiegewinnung und Bergbau auch in (bisher davon geschützten) Indigenen Territorien unterzeichnet,<sup>214</sup> was eine neue Dimension des Angriffs auf Territorien durch Bergbau darstellt.<sup>215</sup>



**Das aus Brasilien nach  
Deutschland exportierte  
Eisenerz stellt derzeit satte  
43 Prozent der deutschen  
Gesamteinfuhren  
dieses Rohstoffes dar.**

210 <http://www.mdic.gov.br/index.php/comercio-exterior/estatisticas-de-comercio-exterior/series-historicas>

211 [https://www.ahkbrasilien.com.br/fileadmin/AHK\\_SaoPaulo/Mineracao/Strategische\\_Rohstoffe\\_Projekte\\_und\\_Geschaeftsmoeglichkeiten\\_fuer\\_Deutsche\\_Unternehmen.pdf](https://www.ahkbrasilien.com.br/fileadmin/AHK_SaoPaulo/Mineracao/Strategische_Rohstoffe_Projekte_und_Geschaeftsmoeglichkeiten_fuer_Deutsche_Unternehmen.pdf)

212 Pinto, Lúcio Flávio: Carajás é da China, 20.8.2013, online unter: <http://antigo.brasildefato.com.br/node/23868>

213 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/umweltpolitik-in-brasilien-bilanz-und-ausblick>

214 <https://g1.globo.com/politica/noticia/2020/02/05/bolsonaro-assina-projeto-de-lei-para-regulamentar-mineracao-e-geracao-de-energia-em-terras-indigenas.ghtml>

215 Siehe hierzu ausführlich Kapitel 4.



## Brumadinho und die deutsche Mitverantwortung



Protest von Betroffenen des Brumadinho-Dammbruchs vor dem Deutschen Bundestag. Foto: Christian Russau

Das in Berlin ansässige European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) sieht im Fall des Dammbbruchs von Brumadinho mit 272 Toten „strukturelle Ursachen, die zum Dammbbruch geführt haben“<sup>219</sup> und hat daher in Deutschland Klage gegen TÜV SÜD eingereicht.<sup>220</sup> Dessen Ingenieur:innen hatten den gebrochenen Brumadinho-Damm zwei Mal, nur wenige Monate vor dem Bruch, auf Stabilität geprüft und offenkundig wider besseren Wissens für sicher erklärt.

**„Es war zu viel Wasser in dem Abraum-Becken. Und es war nur eine Frage der Zeit, bis der letzte Tropfen – oder Auslöser, vielleicht ein schwerer Lastwagen, der vorbeifuhr, oder Kühe, die auf den Damm traten – eine Bodenverflüssigung und somit den Bruch verursachte. Die Betroffenen sagen darum: Dies war kein Unfall, sondern ein Verbrechen. Und sie verlangen Rechenschaft. [...]“**

Claudia Müller-Hoff, Senior Legal Advisor, Business & Human Rights Programme, European Center for Constitutional and Human Rights<sup>221</sup>

Für die von TÜV SÜD unterzeichneten Stabilitätserklärungen senkte man den Normwert des Sicherheitsfaktors ab – „auf unzureichender wissenschaftlicher Grundlage“, so die Anwältin Claudia Müller-Hoff. Auf dem Papier des TÜV SÜD erschien der Damm somit sicher. Haben die Ingenieur:innen des TÜV SÜD also wider besseren Wissens die Stabilität des Brumadinho-Dammes attestiert? Warum sollten sie dies tun? Claudia Müller-Hoff mutmaßt: „Vielleicht, weil es in der Branche nicht nur um die Sicherheit, sondern auch um das Geschäft geht.“ Man kann einen Interessenkonflikt vermuten. „Das Unternehmen verhandelte parallel zur Prüfung des Brumadinho-Dammes einen – erheblich lukrativeren – Beratervertrag mit Vale“, so Müller-Hoff.<sup>222</sup>

Jedenfalls ist bekannt, dass zwei Firmen – Potamos Engenharia e Hidrologia sowie Tractebel Engineering – sich weigerten, die Stabilität des Brumadinho-Dammes zu attestieren und den Auftrag von Vale verloren. TÜV Süd übernahm den Auftrag. „Es gibt einen Zeugen, der davon spricht, dass ein Vale-Mitarbeiter gesagt habe, dass es weitere Zertifizierungsfirmen gebe, die, wissend, dass der Damm nicht stabil war, dennoch bereit wären, diese Stabilität zu attestieren“, so Claudia Müller-Hoff im Interview mit dem Autor.<sup>223</sup> „Die Wahl lag zwischen: nicht zu zertifizieren und den Auftrag zu verlieren oder einen Damm, der nicht stabil ist, zu zertifizieren – und so weiterhin in vertraglicher Zusammenarbeit mit Vale zu bleiben.“

Die Mine Córrego do Feijão samt Rückhaltebecken wurde 1956 von der Companhia de Mineração Ferro e Carvão in Betrieb genommen, 1973 wurde sie in die Thyssen-Tochterfirma Ferteco Mineração integriert, bevor sie 2003 von Vale S.A. übernommen wurde. Den nun gebrochenen Damm hat die damalige Thyssentochter Ferteco Mineração im Jahr 1976 gebaut. Thyssenkrupp ist noch heute einer der größten Abnehmer von brasilianischem Eisenerz der Firma Vale.<sup>224</sup>

Da der Versicherer Allianz ein Konsortium anführt, das den brasilianische Bergbaukonzern Vale gegen Haftpflichtschäden rückversichert<sup>225</sup>, ist auch der Münchner Versicherer an den Schäden bei Brumadinho beteiligt. Über die Höhe der Haftpflichtversicherung gibt es widersprüchliche Angaben. Schätzungen am Versicherungsmarkt oszillieren zwischen 500 Millionen und zwei Milliarden Dollar. Zusätzlich hat Vale eine Versicherung gegen Schäden an eigenen Einrichtungen und Betriebsunterbrechungen, also eine Versicherung gegen

219 [https://www.ecchr.eu/fileadmin/Fallbeschreibungen/Fallbeschreibung\\_Brumadinho\\_ECCHR\\_MISEREOR\\_20191014\\_DE.pdf](https://www.ecchr.eu/fileadmin/Fallbeschreibungen/Fallbeschreibung_Brumadinho_ECCHR_MISEREOR_20191014_DE.pdf)

220 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/10-monate-nach-dammbbruch-anzeige-gegen-tuev-sued>

221 <https://www.business-humanrights.org/de/der-dammbbruch-von-brumadinho-wenn-normabweichungen-zum-normalzustand-werden>

222 <https://www.business-humanrights.org/de/der-dammbbruch-von-brumadinho-wenn-normabweichungen-zum-normalzustand-werden>

223 Berlin, 20.10.2019. Gekürzte Version des Interviews veröffentlicht in: „Es ist ein Verbrechen“. Nach dem Dammbbruch von Brumadinho fordern Angehörige Konsequenzen für die beteiligten Unternehmen. Interview mit Marcela Nayara Rodrigues, Carolina de Moura und Claudia Müller-Hoff. Von Christian Russau, in: Südlink 190 – Dezember 2019

224 [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/VSA\\_Russau\\_Abstauben\\_in\\_Brasilien.pdf#page=112](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Russau_Abstauben_in_Brasilien.pdf#page=112)

225 <https://versicherungsmoonitor.de/2019/01/28/brasilianische-dammkatastrophe-trifft-versicherer/>

sogenannte „entgangene Gewinne“. Dieses Modell hatte auch das brasilianische Unternehmen Samarco,<sup>226</sup> dessen Dambruch 2015 einen mehrere Milliarden teuren Schaden an Dritten und an der Umwelt verursachte – einen Schaden, der zum weitaus größten Teil bis heute weder beglichen noch entschädigt wurde. Samarco selbst hingegen sollte für sogenannte „entgangene Gewinne“ bis zu zwei Milliarden Reais (damals umgerechnet rund 500 Millionen Euro) ausgezahlt bekommen, unter anderem von Allianz, Münchener Rück und Hannover Rück. Die Antwort der Versicherer damals: Über die Art der Versicherungspolice entscheide der Kunde.<sup>227</sup> Zumindest haben die anhängigen Prozesse gegen die Verantwortlichen der Bergbaufirmen dafür gesorgt, dass die Versicherungssummen von den Versicherern im Falle des Dambruchs von Mariana bisher noch nicht an die Firma Samarco ausgezahlt wurden, es müssten erst abschließend gerichtlich alle Haftungsfragen geklärt werden.<sup>228</sup>

In der Kritik steht auch die Deutsche Bank. Denn die hat, wie die Kritischen Aktionär:innen bereits 2018 gemeinsam mit der brasilianischen Bewegung der Staudambetroffenen MAB, Misereor und Facing Finance auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt monierten,<sup>229</sup> der brasilianischen Vale zwischen 2010 und 2017 insgesamt Kredite in Höhe von 701 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Joceli Andrioli von der MAB erklärte bereits damals: „Für uns ist es unfassbar verantwortungslos, dass die Deutsche Bank zwei Jahre nach dem Dambruch von Mariana noch neue Kredite ohne Entschädigungsaufgaben an den Mitbetreiber Vale vergeben hat.“ Und Misereor-Bergbauexpertin Susanne Friess erklärte: „Die Deutsche Bank ignoriert seit Jahren unsere Warnungen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen im Rohstoffsektor.“

In Brasilien und Deutschland laufen die straf- und zivilrechtlichen Prozesse gegen einen deutschen Manager sowie die Firma TÜV SÜD, um deren Mithaftung für den Bruch von Brumadinho zu klären. Sollte es irgendwo zu Schlampereien und Unregelmäßigkeiten gekommen sein, müssen die verantwortlichen Firmen Entschädigungen zahlen. Auch straf- und zivilrechtliche Haftungsprozesse gegen die verantwortlichen Personen sind laut brasilianischer Gesetzgebung möglich. Gefordert werden müsste aber auch, dass die Versicherer damit aufhören, solch gefährliche Dämme wie die von Brumadinho – gebaut als Upstream-Dämme für Tailings, deren Bruchrate zehn Mal höher als bei Staudämmen liegt, aber die eben deutlich billiger sind – zu versichern, um so das Ende dieser Dammbauart einzuleiten.<sup>230</sup> Die Versicherer und die Banken müssen endlich anfangen, sich konkrete menschenrechtliche und umweltbezogene Kriterien zu geben, die es wert sind, als solche bezeichnet zu werden. Den Banken und Versicherern fehlt noch immer ein umfassender Ansatz zur menschenrechtlichen Sorgfalt, solange es noch in Kraft getretenes, robustes Lieferkettengesetz gibt.<sup>231</sup>

Die AHK São Paulo hat Anfang 2020 eine neue Studie herausgegeben, der Titel: „Brasilien. Strategische Rohstoffe, Projekte und Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen“, gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Darin heißt es: „Im Jahr 2018 lieferte Brasilien mineralische Rohstoffe im Wert von rund 2,3 Milliarden Euro nach Deutschland. Davon entfielen rund 1,5 Milliarden Euro auf Eisenerz und Rohstahl. Aber auch eine Vielzahl von speziellen Metallen und Industriemineralien, welche für die Entwicklung von zukünftig wichtigen Technologien in Deutschland unerlässlich sind, beispielsweise in den Bereichen erneuerbare Energien, Elektromobilität und Leichtbau, stammen aus Brasilien[...]. In der vorliegenden Studie werden hierzu neue Bergbauprojekte und Liefermöglichkeiten für die deutsche Industrie dargestellt.“<sup>232</sup>

Bereits 2015 ließ die AHK São Paulo verlautbaren: „Der Industrie- und Hochtechnologiestandort Deutschland ist in hohem Maße auf den Import von Energie und mineralischen Rohstoffen angewiesen. Eine langfristige und bedarfsgerechte Versorgung mit Rohstoffen ist für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Die Bundesregierung verabschiedete in diesem Sinne im Jahr 2010 ihre Rohstoffstrategie. Ziel dieser Strategie ist es, eine nachhaltige, international wettbewerbsfähige Rohstoffpolitik und -versorgung aufzuzeigen.“<sup>233</sup> Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) preist die Business-Chance in Brasiliens Industrie und Infrastruktur an.<sup>234</sup>

● ● **Das Industrieland**  
● ● **Deutschland produziert**  
● ● **hochwertige Maschinen**  
● ● **und Anlagen, das**  
**Rohstoffexportland**  
**Brasilien bleibt auf den**  
**externalisierten Kosten wie**  
**Umweltzerstörung und**  
**Menschenrechtsverletzungen**  
**im Bergbau sitzen.**

226 Siehe <https://racismoambiental.net.br/2017/11/12/a-nebulosa-saga-das-indeniza-coes-bilionarias-que-a-samarco-recebe-por-lucros-ces-santes/>

227 Antwort Allianz auf <https://www.kritischeaktionare.de/allianz/rede-christian-russau-4/>

228 Münchener Rück auf meine Frage bei der Aktionärsversammlung der Münchener Rück am 30. April 2019, [https://www.kritischeaktionare.de/munich\\_re/rede-von-christian-russau-20/](https://www.kritischeaktionare.de/munich_re/rede-von-christian-russau-20/)

229 [https://www.kritischeaktionare.de/deutsche\\_bank/rede-von-joceli-andrioli/](https://www.kritischeaktionare.de/deutsche_bank/rede-von-joceli-andrioli/)

230 Siehe <https://www.kritischeaktionare.de/allianz/rede-christian-russau-4/>

231 <https://lieferkettengesetz.de/>

232 [https://www.ahkbrasilien.com.br/fileadmin/AHK\\_SaoPaulo/Mineracao/Strategische\\_Rohstoffe\\_\\_Projekte\\_und\\_Geschaeftsmoeglichkeiten\\_fuer\\_Deutsche\\_Unternehmen.pdf](https://www.ahkbrasilien.com.br/fileadmin/AHK_SaoPaulo/Mineracao/Strategische_Rohstoffe__Projekte_und_Geschaeftsmoeglichkeiten_fuer_Deutsche_Unternehmen.pdf)

233 Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer: Jahresbericht 2015, S. 36. Online unter: [www.ahkbrasil.com/download/Relatorio\\_Anual\\_2015\\_2016.pdf](http://www.ahkbrasil.com/download/Relatorio_Anual_2015_2016.pdf)

234 <https://bdi.eu/artikel/news/brasilien-wichtigster-wirtschaftspartner-in-lateinamerika/>

Das deutsche Bundeswirtschaftsministerium erteilte 2015 der Deutsch-Brasilianischen Industrie- und Handelskammer den Zuschlag für den Aufbau eines „Deutsch-Brasilianischen Kompetenzzentrums Bergbau und Rohstoffe“. Dieses Zentrum ist unter anderem für bestimmte Dienstleistungen wie die Erarbeitung von Marktstudien oder die fachliche Unterstützung von deutschen Firmen bei Kontakten mit brasilianischen Behörden und Unternehmen zuständig. Im August 2016 fand die erste Deutsch-Brasilianische Bergbaukonferenz in Belo Horizonte statt. Neben sinnvollen Themen wie der Rekultivierung aufgelassener Bergbauareale oder Sicherheit bei der Handhabung von Bergbaurückständen standen dort auch Fragen zur Aufbereitung und Weiterverarbeitung Seltener Erden auf dem Programm.<sup>235</sup> Der auf der Konferenz anwesende Vertreter der Deutschen Rohstoffagentur, Sven-Uwe Schulz, hob die Bedeutung des brasilianischen Bergbaus für Deutschlands Rohstoffimporte hervor, während Thomas Timm von der Deutsch-Brasilianischen Industrie- und Handelskammer frohlockte: „Jetzt ist der Moment gekommen, dass wir über zukünftige Projekte reden!“<sup>236</sup> Angesichts der zahlreichen Beispiele für die verheerenden möglichen sozialen und Umweltauswirkungen des Bergbaus in Brasilien schrillen bei Umweltschützer:innen und Menschenrechtsaktivist:innen bei solchen Perspektiven alle Alarmglocken.

Thomas Timm ließ bereits 2015 verlauten, „der brasilianische Bergbau [weist] gerade für deutsche Firmen ein großes Potenzial zur Ausweitung ihrer Geschäftsaktivitäten auf“, schließlich sollen allein im Bergbau Brasiliens bis 2030 rund 270 Milliarden US-Dollar in Abbau und Aufbereitung sowie weitere 80 Milliarden US-Dollar in die notwendige Infrastruktur insgesamt investiert werden. „Weil bisher nur etwa 30 Prozent Brasiliens geologisch vollständig erfasst sind, rechnen die Experten auch langfristig mit hervorragenden Geschäftschancen.“<sup>237</sup> Auch der Leiter der Deutschen Rohstoffagentur, Peter Buchholz, attestiert Brasilien eine bedeutende Rolle bei der Rohstoffsicherung Deutschlands. „Beachtliche 8,5 Prozent der deutschen Gesamtimporte mineralischer Rohstoffe stammen aus Brasilien.“<sup>238</sup> Hinzu komme, so Buchholz, dass der brasilianische „Bedarf an Explorations-, Abbau-, Förder-, Verlade- und Aufbereitungstechnik und darüber hinaus in der Infrastrukturentwicklung wie dem Hafenausbau und an der Schiffs-, Eisenbahn- und Lkw-Technik sehr hoch“ sei und künftig „noch erheblich steigen“ werde.<sup>239</sup>

So ergänzt sich also die alte und neue internationale Arbeitsteilung zwischen Brasilien und Deutschland:

„Im Fokus stehen neue Lieferquellen für strategisch wichtige Rohstoffe und Zwischenprodukte sowie neue Absatzmärkte für Bergbaumaschinen und -ausrüstungen.“<sup>240</sup> Das Industrieland Deutschland produziert hochwertige Maschinen und Anlagen, das Rohstoffexportland Brasilien bleibt auf den externalisierten Kosten wie Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen im Bergbau sitzen. Den Gewinn machen die transnationalen Konzerne in beiden Ländern, den Preis zahlen die Menschen in den Territorien.

**„Wir erleben seit dem Putsch 2016 ein Voranschreiten des Angriffs auf die Natur, was durch die Bolsonaro-Regierung noch verstärkt wurde. Diese Regierung versucht, die zivilisatorischen Errungenschaften in Bezug auf die Nutzung der Territorien zu schleifen, um die Gebiete frei zu machen, für Bergbau, für industrielle Landwirtschaft. Die einzigen Gebiete, die bis jetzt noch grundsätzlich verschlossen sind für Landwirtschaft und Bergbau, das sind die traditionellen Territorien der Indigenen sowie die der Quilombolas. Wir erleben gerade den Versuch, die diese Territorien schützenden Rechte zu schleifen, um auch diese Gebiete zu handelbaren Waren zu machen. Dies sind eben die per Verfassung geschützten, historischen Territorien der Indigenas und der Quilombolas.“**

Charles Trocate vom MAM - Movimento Pela Soberania Popular na Mineração, ist seit 1992 in sozialen Bewegungen Brasiliens aktiv, s.o. z.B. viele Jahre bei der Landlosenbewegung MST, und hat seit 2012 die Debatte um Widerstandsformen in vom Bergbau betroffenen Territorien maßgeblich mit vorangetrieben.

235 Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer: Jahresbericht 2015, S. 36. Online unter: [www.ahkbrasil.com/download/Relatorio\\_Anuual\\_2015\\_2016.pdf](http://www.ahkbrasil.com/download/Relatorio_Anuual_2015_2016.pdf)

236 AHK São Paulo: AHK São Paulo promove 1º Seminário sobre Mineração em BH, 15.8.2016, online unter: [www.ahkbrasilien.com.br/pt/comunicacao/releases/#jfmulticontent\\_c444220-2](http://www.ahkbrasilien.com.br/pt/comunicacao/releases/#jfmulticontent_c444220-2)

237 [https://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Downloads/studie\\_brasilien\\_gtai.pdf](https://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Downloads/studie_brasilien_gtai.pdf), S. 6

238 Ebd., S.7

239 Ebd., S.7

240 Ebd., S. 7

# 4. INDIGENE TERRITORIEN IM VISIER

## ZUSPITZUNG UNTER BOLSONARO UND DIE ROLLE DER ILO-KONVENTION 169



Spezialeinheiten der Umweltbehörde Ibama deaktivieren Gerätschaften illegaler Bergbauarbeiter. Foto: Vinicius Mendonca/Ibama (CC BY SA 2.0)

Der Bergbau in Brasilien schreitet weiter voran, dringt in die (formal noch geschützten) Territorien ein und bedroht dort die Menschenrechte der lokalen Bewohner:innen. Das Gleiche gilt für das Agrobusiness und die illegalen Holzfäller:innen. Bolsonaro und sein Umweltminister Ricardo Salles geben dabei sowohl auf der politischen Ebene qua Dekreten als auf der Diskursebene qua Narrativ offensichtlich ihr Bestes, um den garimpeiros, madeireiros und grileiros sowie dem Agrobusiness und den Bergbaukonzernen das Spiel zu erleichtern. Hinzu kommt die dubiose Rolle der Militärs. Unter Jair Bolsonaro sind mittlerweile (Stand Juni 2020) 2.930 Militärs auf Regierungs- und höhere Beamtenposten gewechselt.<sup>241</sup> Nie seit der brasilianischen Militärdiktatur lag diese Zahl so hoch wie unter Bolsonaro. Menschen, die von industriellen Großprojekten betroffenen sind und sich zu sozialen Bewegungen zusammenschließen – vor allem in Amazonien – protestierten schon zu Zeiten der Regierungen Lula, Rousseff und Temer gegen den Einsatz von Militärkräften zum Schutze der Infrastrukturprojekte. Im Zentrum der Kritik stand hier immer der Einsatz der brasilianischen Nationalgarde für öffentliche Sicherheit („Força Nacional de Segurança Pública“).<sup>242</sup> Doch Bolsonaro verschärft die Situation: zahlenmäßig, aber auch durch den Einsatz des Brasilianischen Heeres direkt, sowie durch die Unterstellung aller Amazonien betreffenden Angelegenheiten in die Hände seines Vizepräsidenten, dem Militär Hamilton Mourão. Mourão, ganz PR-geschulter Militär,<sup>243</sup> erweist sich dabei als geschickter Taktiker, der erklärt, die Rolle der Militärs in Amazonien müsse zeitlich begrenzt sein.<sup>244</sup> Nur glauben ihm Beobachter:innen das kaum.

Jair Bolsonaro unterzeichnete am 6. Mai 2020 ein Präsidialdekret – das Decreto N° 10.341<sup>245</sup> – zur Überwachung umweltzerstörender illegaler Aktivitäten in Amazonien. Dieses unterstellt die Umweltbehörde Ibama und das Chico-Mendes-Institut für Biodiversitätserhalt ICMBio in der Region ab dem 10. Mai der Weisungsbefugnis der brasilianischen Streitkräfte. Die Kontrolle, Überwachung und Bekämpfung von Umweltdelikten in Amazonien teilen sich normalerweise das ICMBio, das zuständig ist in allen Naturschutzgebieten, während Ibama für die Überwachung der Umweltauflagen in Indigenen Territorien, den grenznahen sowie den anderen dem Bund gehörenden Flächen in Amazonien zuständig ist. Normalerweise können die Aktionen der beiden staatlichen Institutionen von Mitgliedern der Streitkräfte oder der Bundespolizei bei den Vor-Ort-Einsätzen begleitet werden.

Das nun von Jair Bolsonaro verabschiedete Dekret dreht die Weisungsbefugnis jedoch um und unterstellt ICMBio und Ibama direkt der Entscheidungsgewalt der Streitkräfte. Konkret obliegt es nun laut Artikel 3 des Dekrets dem Verteidigungsminister, über mögliche Einsätze und deren Durchführung in Amazonien zu entscheiden. Kommt es zu einem Einsatz, so müssen sich die Mitarbeiter:innen von Ibama und ICMBio den Anordnungen der Vertreter:innen der Streitkräfte unterordnen. Planung, Durchführung und Nachbearbeitung unterliegen dem Militär. Dies gilt für alle in Amazonien befindlichen Naturschutzgebiete, alle dortigen Indigenen Territorien, den grenznahen sowie den anderen dem Bund dort gehörenden Flächen. Bei allen anderen

241 <https://www.poder360.com.br/governo/militares-da-ativa-ocupam-2-930-cargos-nos-tres-poderes/>

242 „Prätorianer gegen fortschrittstörenden Plebs“. Von Christian Russau, 6.9.2017, online unter <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/praetorianer-gegen-fortschrittstoerenden-plebs>

243 „O media training do general Mourão. Como o vice-presidente abandonou o linguajar e os modos rudes da caserna para conquistar a opinião pública e se tornar o “Mozão” dos jornalistas“, 26.2.2019 online unter <https://apublica.org/2019/02/o-media-training-do-general-mourao/>

244 [https://www.em.com.br/app/noticia/politica/2020/05/11/interna\\_politica,1146349/mourao-emprego-de-forcas-armadas-na-amazonia-nao-pode-ser-por-tempo.shtml](https://www.em.com.br/app/noticia/politica/2020/05/11/interna_politica,1146349/mourao-emprego-de-forcas-armadas-na-amazonia-nao-pode-ser-por-tempo.shtml)

245 Siehe Decreto N° 10.341 vom 6. Mai 2020, online unter: [http://www.planalto.gov.br/ccivil\\_03/\\_Ato2019-2022/2020/Decreto/D10341.htm](http://www.planalto.gov.br/ccivil_03/_Ato2019-2022/2020/Decreto/D10341.htm)

Gebieten in Amazonien obliegt die Entscheidung über den Einsatz der Streitkräfte zur Bekämpfung von Umweldelikten dem Gouverneur des jeweiligen Bundesstaates, der eine entsprechende Anfrage an das Verteidigungsministerium in Brasília zu schicken hat.

Kritiker:innen sehen in dem Dekret einen weiteren Schritt der Bolsonaro-Regierung, die zur Einhaltung und Überwachung des Schutzes der Umwelt zuständigen Bundesbehörden wie Ibama und ICMBio gezielt zu schwächen und gleichzeitig die fortschreitende Militarisierung des Staatsapparats voranzutreiben.<sup>246</sup> Dies geschieht durch Besetzung der Schlüsselstellen mit Militärs beziehungsweise dadurch, wie in diesem nun vorliegenden Fall, dass die Arbeit ganzer Behörden unter eine letztlich militarisierte Aufsicht gestellt werden.

Jedenfalls wird die Effektivität der Entsendung von Militärs zum Schutze Amazoniens stark bezweifelt. Suely Araújo, frühere Leiterin der Umweltbehörde IBAMA, hält das für wenig sinnvoll. Man brauche dafür eine technische und strategische Planung, die das Militär aber nicht habe, sagte sie dem „Deutschlandfunk“.<sup>247</sup> Es geht aber noch schlimmer: In Medien wurde wiederholt darüber berichtet, dass die nach Amazonien zum Schutz des Regenwaldes enstandenen Militärs die Brände und Rodungen nicht nur nicht effektiv verhinderten, sondern dass sie deren Bekämpfung auch gezielt sabotieren würden.<sup>248</sup>

● ● **Die Umweltbehörde IBAMA und das Chico-Mendes-Institut für Biodiversitätserhalt ICMBio unterstehen in Amazonien ab dem 10. Mai 2020 der Weisungsbefugnis der brasilianischen Streitkräfte.**

## Angriffe auf indigene Territorien

Jair Bolsonaro und sein ihm politisch gleichgesinnter Umweltminister Ricardo Salles hatten nie einen Hehl aus ihrer Sympathie für Goldschürfferei jeder Art, ob legal oder illegal, gemacht und bereits im ersten Regierungsjahr mehrmals öffentlich das eigentlich gesetzeskonforme Vorgehen der Umweltbehörde Ibama gegen illegale Brandrodungen und Goldschürfferei aufs Schärfste kritisiert. Bolsonaro und Salles erließen Anordnungen, damit das Privateigentum der (illegal und kriminell operierenden) Goldschürfer:innen nicht länger von den Beamte:innen des Ibama zerstört werden dürfe. Umweltminister Salles traf sich während seiner nun knapp anderthalb Jahre währenden Amtszeit zudem wiederholt mit erklärt illegal operierenden Goldschürfer:innen und illegal Tropenholz rodenden Akteur:innen, ließ sich bereitwillig händeschüttelnd und in die Kameras grinsend mit diesen ablichten und versprach ihnen eine „neue“ Umweltpolitik im Land.<sup>249</sup> Im Visier der Goldsucher:innen stehen vor allem Indigene Territorien.<sup>250</sup>

„Nicht einen Zentimeter wird mehr als indigenes Reservat demarkiert werden“, sollte er zum Präsidenten Brasiliens gewählt werden, tönte der damalige Abgeordnete und rechtsextreme Hauptmann a.D., Jair Bolsonaro, im April 2017. „2019 werden wir das indigene Reservat Raposa Serra do Sol zerlegen. Wir werden allen Farmern Waffen geben“, kündigte er bereits 2016 an.<sup>251</sup> Drei Jahre später wurde er Präsident von Südamerikas größtem Staat. Entsprechend fallen nun seine Angriffe auf indigene Rechte aus. Die Indigenenbehörde FUNAI wird gezielt finanziell ausgedünnt und institutionell geschwächt. Die Entscheidungshoheit über Demarkationen indigenen Landes entzog er als eine seiner ersten Amtshandlungen bereits im Januar 2019 per Präsidialdekret der FUNAI und übertrug es dem von eingefleischten ruralistas („Großfarmer:innen“) dominierten Landwirtschaftsministerium. Dem stellte sich erst der brasilianische Nationalkongress entgegen, indem er die Entscheidungskompetenz wieder der FUNAI zuteilte, woraufhin Bolsonaro sein Dekret im Juni noch einmal überarbeitete und so die Kongressentscheidung umgehen wollte. Letztlich entschied im Juni 2019 der Oberste Gerichtshof STF endgültig, dass die Frage der Demarkationen bei der dem Justizministerium unterstehenden FUNAI zu verbleiben habe. Augenscheinlich eine Niederlage für Bolsonaro, die er aber in der Praxis durch Nichtstun wieder wettmachte – sehr zum Schaden indigener Rechte.<sup>252</sup>

Denn: Die von der Verfassung von 1988 vorgeschriebenen Ausweisungen der indigenen Gebiete als rechtlich geschützte Territorien („Terra Indígena“) sind unter der Bolsonaro-Regierung im Gesamtjahr 2019 entsprechend auf null zurückgegangen.

246 Siehe zusammenfassend unter <https://www.oeco.org.br/noticias/acoes-do-ibama-e-icmbio-na-amazonia-serao-subordinadas-aos-militares-decreta-bolsonaro/>

247 [https://www.deutschlandfunk.de/abholzungen-im-regenwald-ein-militaereinsatz-loest-die.697.de.html?dram:article\\_id=478281](https://www.deutschlandfunk.de/abholzungen-im-regenwald-ein-militaereinsatz-loest-die.697.de.html?dram:article_id=478281)

248 <https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/sabotage-vorwurf-gegen-militaers-am-amazonas-brasiliens/>

249 Siehe <https://www1.folha.uol.com.br/ambiente/2019/12/apos-se-reunir-com-infratores-ambientais-salles-suspende-fiscalizacao-na-reserva-chico-mendes.shtml>

250 <https://observatoriodamineracao.com.br/maior-terra-indigena-do-brasil-ti-yanomami-sofre-com-25-mil-garimpeiros-ilegais-alta-do-ouro-preocupa-liderancas-que-tentam-evitar-disseminacao-da-covid-19/>

251 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/im-fadenkreuz-von-bolsonaro>

252 Siehe hierzu ausführlich die Chronologie unter <https://www1.folha.uol.com.br/poder/2019/08/bolsonaro-diz-que-errou-ao-insistir-em-demarcacao-de-terras-indigenas-pela-agricultura.shtml>

## TABELLE: HOMOLOGATION INDIGENER TERRITORIEN

REGIERUNG	AMTSZEITEN	Schaffung neuer indigener Territorien („Demarkation und Homologation“)
JOSÉ SARNEY	1985>1990	67
FERNANDO COLLOR	1991>1992	112
ITAMAR FRANCO	1992>1994	16
FERNANDO HENRIQUE CARDOSO	1995>2002	145
LUIZ INÁCIO LULA DA SILVA	2003>2010	87
DILMA ROUSSEFF	2011>2016	21
MICHEL TEMER	2016>2018	1
JAIR BOLSONARO	2019>	0

Quelle: CPT, FUNAI, ISA, Incra, Folha de São Paulo

Seit Bolsonaros Regierungsantritt haben sich die Angriffe auf indigene Territorien vervielfacht.<sup>253</sup> Die Landpastorale CPT zählte für 2019 insgesamt 226 Landkonflikte in indigenen Gebieten.<sup>254</sup> Die Indigenenbehörde FUNAI wurde von Bolsonaro nicht nur finanziell ausgetrocknet, sondern es wurden auch bolsonarotreue Gefolgsleute, einige mit stark evangelikaler Couleur, auf Schlüsselposten – beispielsweise für die Zuständigkeit für die in freiwilliger Isolation lebenden Indigenen – bei der FUNAI gesetzt.<sup>255</sup> Und im April dieses Jahres veröffentlichte die FUNAI die folgenschwere Durchführungsverordnung Nr. 9/2020: Diese erlaubt in den derzeit 237 Gebieten, die sich noch im Prozess der Anerkennung als Indigenes Territorium befinden, die Vergabe von Lizenzen für Bergbau, Agrobusiness sowie Landkauf- und -verkauf. So sollen dann vollendete Tatsachen geschaffen werden.<sup>256</sup> Im August 2020 wurde bekannt, dass seit dem Inkrafttreten des Dekrets am 22. April 2020 bereits 58 Gebietstitelansprüche für Indigene Territorien auf Basis der neuen Durchführungsbestimmung der FUNAI von nicht-indigenen Fazendeiros beantragt wurden.<sup>257</sup>

Doch es soll noch schlimmer kommen: Bolsonaro will auch die bereits rechtlich sanktionierten und somit eigentlich geschützten Indigenen Territorien für wirtschaftliche Ausbeutung mittels Landwirtschaft, Bergbau und Wasserkrafterzeugung freigeben. Dazu hat er im Februar 2020 einen Gesetzesvorschlag dem Nationalkongress in Brasília zur Abstimmung überreicht.<sup>258</sup> Der Gesetzentwurf<sup>259</sup> sieht vor, dass die indigenen Völker bei einer künftigen wirtschaftlichen Nutzung Indigener Territorien durch Dritte eine finanzielle Entschädigung erhalten.

Die Reaktion einer der Sprecher:innen des Zusammenschlusses der indigenen Völker Brasiliens APIB, Sonia Guajajara, war eindeutig: „Ihr Traum, werter Herr Präsident, ist unser Alptraum, unsere Vernichtung, weil der Bergbau Tod, Krankheiten und Elend hervorruft und unsere Zukunft zerstören wird. Wir wissen, dass Ihr Traum in Wirklichkeit unser institutionalisierter Genozid ist, aber wir werden weder Bergbau noch Wasserkraftwerke in unseren Territorien erlauben.“<sup>260</sup>

● ● „2019 werden wir das indigene Reservat Raposa Serra do Sol zerlegen. Wir werden allen Farmern Waffen geben.“ Jair Bolsonaro

253 <https://www.dw.com/pt-br/invasão-de-terras-indigenas-dispara-sob-governo-bolsonaro/a-50585803>

254 Download unter <https://www.cptnacional.org.br/component/jdownloads/send/41-conflitos-no-campo-brasil-publicacao/14195-conflitos-no-campo-brasil-2019-web?Itemid=0>

255 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/bolsonaro-macht-bock-zum-gaertner>

256 <https://g1.globo.com/natureza/noticia/2020/04/27/funai-edita-medida-que-permite-ocupacao-e-venda-de-terras-indigenas-sem-homologacao.ghtml>

257 <https://cimi.org.br/2020/08/apos-normativa-funai-fazendeiros-certificam-58-propriedades-terras-indigenas-bahia/>

258 Siehe auch die deutschsprachige Zusammenfassung „Neues Berggeschrey in indigenem Land“, 14.2.2020, unter: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/neues-berggeschrey-in-indigenem-land>

259 <https://www.camara.leg.br/proposicoesWeb/fichadetramitacao?idProposicao=2236765>

260 <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/ihr-traum-ist-unser-alptraum/>

## Bergbauprojekte in Indigenen Territorien: Deutsche Unternehmen in Erklärungsnot



Deutsche Unternehmen liefern weltweit Bergbautechnik. Foto: Raimond Spekking (CC BY-SA 4.0)

Im August 2019 haben die Kritischen Aktionär:innen gemeinsam mit 21 bundesdeutschen NROs einen Offenen Brief<sup>261</sup> an die zwei großen deutschen Zulieferer von Bergbauequipment – Thyssenkrupp und Siemens – geschrieben, in dem die beiden Unternehmen aufgefordert werden, öffentlich klar zu bekennen, dass sie keinen Bergbau in Indigenen Territorien, wie von Bolsonaro erhofft, unterstützen werden, weder durch Zulieferung von Bergbau-Equipment, noch durch die spätere Abnahme solcher Rohstoffe.<sup>262</sup>

Thyssenkrupp berief sich in ihrer Antwort<sup>263</sup> auf allgemeine Bekenntnisse zu Menschenrechten: „Thyssenkrupp bekennt sich eindeutig zu Nachhaltigkeit und verantwortlichem Wirtschaften. Klima- und Umweltschutz sowie die Achtung der Menschenrechte sind integraler Bestandteil unserer Unternehmenswerte, wie wir in unserem Verhaltenskodex und durch unser Bekenntnis zum Global Compact der Vereinten Nationen dargestellt haben.“ Siemens, zuerst über den Twitter-Account der Siemens-Pressabteilung,<sup>264</sup> dann auch in schriftlicher Antwort an die Initiator:innen des Briefs und schließlich auch dokumentiert anlässlich der diesbezüglichen Nachfrage des Business and Human Rights Center in Großbritannien,<sup>265</sup> war ein wenig deutlicher: „Wir haben aktuell & planen auch künftig keine Geschäftsaktivitäten in indigenen Gebieten, in denen die brasilianische Regierung plant, Bergbauaktivitäten zu erlauben. Die Achtung der Menschenrechte ist zentraler Grundsatz bei Siemens, weltweit.“ Diese klare Aussage von Siemens ist von

Menschenrechts- und Solidaritätsgruppen begrüßt worden. Das „Nein“ der beiden Firmen sagt allerdings nichts über diejenigen Gebiete aus, die noch im Prozess des Kampfes um Anerkennung als indigene Territorien stehen – und dies sind in Brasilien viele. Es ist aber ein erster Schritt. Zudem einer, der einen zweiten Schritt nach sich zog, und zwar in Brasilien.

Am 30. April 2020 fand in Brasilien nämlich die alljährliche Hauptversammlung des brasilianischen Bergbaukonzerns Vale statt. Wegen des grassierenden Corona-Virus wurde die Versammlung online durchgeführt. Dennoch haben, wie seit 2010 jedes Jahr,<sup>266</sup> Menschenrechtsaktivist:innen des internationalen Netzwerks der von Vale Betroffenen (Articulação Internacional dos Atingidos e Atingidas pela Vale – AIAAV) durch den Kauf einer Aktie das dortige Rede- und Stimmrecht erlangt, das sie nutzten, um dem Konzernvorstand Fragen zu stellen und die allfällige Kritik am Konzerngebaren direkt vortragen zu können.<sup>267</sup> Eines der vielen heiklen Themen, das die Aktivist:innen ansprachen, betraf die von der rechtsextremen Regierung Bolsonaro angestrebte wirtschaftliche Öffnung der Indigenen Territorien für Bergbau und welche Position Vale diesbezüglich einzunehmen gedenke. Schließlich hält allein Vale hunderte an Schürf- und Förderanträgen sowie -lizenzen auf künftigen Bergbau in den eigentlich geschützten Gebieten.<sup>268</sup>

261 <https://www.kritischeaktionaeere.de/siemens/offener-brief-keine-equipment-lieferung-fuer-bergbauaktivitaeten-in-indigenen-territorien-in-brasilien/>

262 Ebd.

263 <https://www.business-humanrights.org/de/siemens-und-thyssenkrupp-reagieren-auf-forderung-sich-nicht-an-bergbauaktivit%C3%A4ten-in-indigenen-territorien-in-brasilien-zu-beteiligen>

264 [https://twitter.com/siemens\\_press/status/1167785272278429697](https://twitter.com/siemens_press/status/1167785272278429697)

265 <https://www.business-humanrights.org/de/siemens-und-thyssenkrupp-reagieren-auf-forderung-sich-nicht-an-bergbauaktivit%C3%A4ten-in-indigenen-territorien-in-brasilien-zu-beteiligen>

266 <https://atingidospelavale.wordpress.com/2020/04/30/relatorio-acionistas-criticos-10-anos-de-atuacao-da-articulacao-internacional-dos-atingidos-e-atingidas-pela-vale/>

267 <https://atingidospelavale.wordpress.com/2020/04/29/pelo-decimo-ano-consecutivo-acionistas-criticos-apresentam-seus-votos-na-asm-bleia-geral-ordinaria-da-mineradora-vale/>

268 <https://observatoriodamineracao.com.br/vale-tem-centenas-de-requerimentos-para-explorar-terras-indigenas-na-amazonia/>

Die Antwort des Firmendirektors von Vale, Luciano Siani, auf die Fragen des Rechtsanwalts Danilo Chammas, der als Menschenrechtsverteidiger und Vertreter von Articulação Internacional dos Atingidos e Atingidas pela Vale seit 2010 mit einer Aktie auf die Jahreshauptversammlung der Vale geht und dort den Konzernvorstand mit kritischen Fragen konfrontiert, war diesmal aber unmissverständlich: „Wir haben nicht die geringste Absicht, Bergbau in indigenen Territorien zu betreiben.“ Doch was ist mit den hunderten Anträgen auf Förderlizenzen, die die Vale allein für indigenen Territorien innehat? „Wir werden diese Anträge zurückziehen“, so der Vale-Chef laut einem Medienbericht beim Internetportal Terra.<sup>269</sup> Und auf der eigenen Webseite ließ Vale erklären, „dass es keine Mineralienforschung oder Bergbautätigkeiten irgendwelcher Art in Indigenen Territorien in Brasilien durchführt, unabhängig davon, ob es sich um Bergbautitel oder Erwartungen des Gesetzes handelt“, und dass es die geltende Gesetzgebung strikt einhalte. Vale gibt auch an, dass in seinem aktuellen Produktionsplan Mineralressourcen oder Mineralreserven in indigenen Territorien in Brasilien nicht mehr berücksichtigt werden. Aus diesem Grund habe der neue Gesetzesentwurf „keine Auswirkungen auf unser Geschäft.“<sup>270</sup> Mit dem neuen Gesetzesentwurf meint Vale das von der Bolsonaro-Regierung in den Kongress eingebrachte Gesetzesvorhaben Lei 191/2020 zur künftigen Ausbeutung indigener Territorien in Brasilien durch Bergbau.<sup>271</sup> Das war, zum ersten Mal, ein klares „Nein“ von Vale – nicht nur zu Bergbau in indigenen Territorien, nicht nur in Amazonien, sondern zu Bergbau in Indigenen Territorien in ganz Brasilien. In der Tat ein Fortschritt, ein kleiner zwar, vergegenwärtigt man sich die ganze Palette an Umweltschäden und sozialen Konsequenzen des Megabergbaus in Brasilien. Aber immerhin ein Schritt, der dazu beitragen könnte, Indigene Territorien, die in Brasilien unter Bolsonaro mehr denn je unter Druck stehen, zu schützen. Jedoch: Neueste Presseberichte deuten an, dass Vale entgegen der vorherigen Aussage weiterhin an künftigen Bergbau in Indigenen Territorien interessiert bleiben könnte.<sup>272</sup>

## Die ILO-Konvention 169 in Brasilien

Die ILO-Konvention 169 zum Schutze der indigenen Rechte wurde von Brasilien 2002 ratifiziert<sup>273</sup> und durch ein Präsidialdekret<sup>274</sup> in nationales Recht umgesetzt. Es war aber nicht alles gut, nur weil Brasilien die ILO-Konvention 169 in den Jahren 2002 unterzeichnet und 2004 ratifiziert hat.<sup>275</sup> Denn bei der Rechtsauslegung des Wesensgehaltes von Gesetzen und Normen – und somit der Umsetzung von rechtlichen Vorschriften in die Praxis – geht es immer auch um den Widerstreit verschiedener Interessen – und wie mächtig jemandes Interessen im Lande sind.

Exemplarisch für die betroffenen Indigenen waren die Erfahrungen mit dem Staudamm Belo Monte.<sup>276</sup> Es wurden zur Zeit der Regierung Dilma Rousseff zwar die gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungen durchgeführt, aber die Informationen über die anberaumten Treffen in den Kreisorten erreichten nicht alle Betroffenen, die obendrein oft keine finanziellen Möglichkeiten zur Teilnahme hatten. Auch die Anwesenheit von Militärpolizist:innen sowie eine technische Sprache von Fachleuten, die auf die Bevölkerung einschüchternd wirkten, trugen nicht dazu bei, dass die betroffenen Indigenen und Anwohner:innen sich hinreichend angehört fühlten. Grundsätzlich haben diese Treffen ohnehin eher den Charakter einer Aussprache gehabt. Eine Abstimmung und somit die Möglichkeit eines Vetos waren nicht vorgesehen. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IAKMR) als Teil der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) mit Sitz in Washington, D.C, hatte im April 2011 die brasilianische Regierung offiziell aufgefordert, den Bau des Belo Monte Damm-Komplexes zu stoppen, solange die erforderlichen Konsultationen indigener Völker nicht erfolgt seien. Brasiliens Antwort: Die Rousseff-Regierung rief ihren Botschafter bei der OAS zurück und drohte unverhohlen mit einem potenziellen Austritt aus der Organisation.<sup>277</sup> Letztlich geschah: Nichts. Belo Monte wurde fertiggestellt.

Auch beim Staudamm Teles Pires am gleichnamigen Fluss an der Grenze von Pará zu Mato Grosso gab es wegen fehlender FPIC (free, prior and informed consent, freie, vorherige und informierte Konsultation) Bau- und Betriebsstopps, die aber unter Berufung auf ein Dekret noch aus Zeit der Militärdiktatur wieder aufgehoben wurden. Alles im Namen „nationalen Interesses“.

Den Bau des umstrittenen Staudamms Teles Pires hatte die deutsche Münchener Rückversicherungsgesellschaft gegen Schäden rückversichert. Eine Vertreterin der brasilianischen Widerstandsbewegung Movimento Xingu Vivo para Sempre war deshalb 2015 eigens zur Hauptversammlung der Münchener Rück nach München gereist, um die Konzernvorstände auf die Verstrickung der Firma beim Staudamm Teles Pires am gleichnamigen Fluss anzusprechen. Ihr war es vorbehalten, die entscheidende Frage zu stellen: „Am Teles Pires haben die Baufirmen einen riesigen

● ● **Das letzte Wort ist hier also noch nicht gesprochen. Siemens hat explizit erklärt, keine Geschäftsaktivitäten in indigenen Gebieten durchzuführen, in denen die brasilianische Regierung plant, Bergbauaktivitäten zu erlauben.**

269 <https://www.terra.com.br/economia/vale-vai-retirar-pedidos-para-exploracao-mineral-em-terras-indigenas,9b046f2c23dc6be1e-4e449351285587csh2p7uk2.html>

270 <http://www.vale.com/esg/pt/Paginas/Controversias.aspx>

271 Siehe die Dokumentation des bisherigen Gesetzgebungsverfahrens zum Gesetz 191/2020 unter: <https://www.camara.leg.br/proposicoes-Web/fichadetramitacao?idProposicao=2236765>

272 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/vales-rueckzug-vom-ausstieg-bergbau-in-indigenen-territorien-doch-weiterhin-auf-der-konzernagenda>

273 Ratifiziert durch den Kongress durch das DECRETO LEGISLATIVO N° 143, DE 2002, siehe <https://www2.camara.leg.br/legin/fed/de-cleg/2002/decretolegislativo-143-20-junho-2002-458771-convencao-1-pl.html>

274 DECRETO N° 5.051, DE 19 DE ABRIL DE 2004: Promulga a Convenção n° 169 da Organização Internacional do Trabalho - OIT sobre Povos Indígenas e Tribais, siehe [http://www.planalto.gov.br/ccivil\\_03/\\_ato2004-2006/2004/decreto/d5051.htm](http://www.planalto.gov.br/ccivil_03/_ato2004-2006/2004/decreto/d5051.htm)

275 <https://blogs.taz.de/latinorama/bolsonaro-regierung-droht-mit-dem-ausstieg-aus-der-ilo-konvention-169-um-industrielle-landwirtschaft-bergbau-und-wasserkraftnutzung-in-indigenen-territorien-brasiliens-durchzusetzen/>

276 [https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2014/07/GegenStrömung\\_Belo-Monte-und-Europ-Konzerne\\_2014.pdf](https://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2014/07/GegenStrömung_Belo-Monte-und-Europ-Konzerne_2014.pdf)

277 <http://global.org.br/programas/brasil-endossa-frente-de-enfraquecimento-do-sistema-interamericano-de-direitos-humanos/>

Wasserfall gesprengt: Dieser Wasserfall heißt Sete Quedas. Für die Indigenen Kayabi, Apyaka und Munduruku ist Sete Quedas ihr heiligster Ort. Wie würden Sie reagieren, wenn eine Baufirma daherkommt und die Münchener Frauenkirche mit Bulldozern einreißt?<sup>278</sup> Der damalige Vorstandsvorsitzende Nikolaus von Bomhard hatte darauf keine Antwort. Manchmal spricht Sprachlosigkeit dann doch Bände.

Die Indigenen Munduruku, Kayabi und Apiaká protestieren weiter gegen die Staudammbauten am Tapajós, Juruena und in den letzten Monaten vermehrt am Teles Pires-Fluss, wo ihre heiligen Stätten durch die Wasserkraftwerke zerstört wurden. Es gab mehrere Baustellenbesetzungen des Wasserkraftwerks São Manoel, das in Nähe des Wasserkraftwerks Teles Pires liegt.<sup>279</sup> Im Dezember 2019 besetzten 70 Munduruku das Museum der Kleinstadt Alta Floresta und entnahmen die dort lagernden zwölf heiligen Urnen ihrer Vorfahren, die letzten erhaltenen Urnen aus dem überschwemmten heiligen Ort der Stromschnellen von Sete Quedas, und brachten sie in ihr Territorium.<sup>280</sup>

## „Wie würden Sie reagieren, wenn eine Baufirma daherkommt und die Münchener Frauenkirche mit Bulldozern einreißt?“

Vertreterin der brasilianischen Widerstandsbewegung Movimento Xingu Vivo para Sempre

## Weiterentwicklung der ILO-Konvention 169: Eigene Konsultationsprotokolle aus den Indigenen Territorien

Um dem rechtlich noch immer ungeklärten Graubereich einer ILO-Konvention-169-konformen Rechtsprechung Nachdruck zu verleihen, haben in Brasilien ab dem Jahre 2014 mehr und mehr indigene Völker – und infolgedessen auch traditionelle Gemeinschaften – eigenständig erarbeitete Verfahrensprotokolle erstellt, um dergestalt ein rechtsgültiges Dokument in der Hand zu haben, mittels dessen sie fordern, dass ihre Konsultation nach ihren Regeln ablaufen soll. Dies geschah unter dem massiven Vordringen großindustrieller Projekte in die lokalen Territorien zwecks extraktivistischer Ausbeutung. Wichtige Elemente dieser von den Indigenen erarbeiteten Verfahrensprotokolle sind dabei oft die indigene Sprache, der Ort (in den Gemeinden selbst), die Zeit (wichtig wegen jahreszeitlichen Arbeiten wie Ernte oder religiösen Riten), die Zeitdauer (jede/r kann solange reden, wie er/sie will), die Entscheidung, wer überhaupt von den Nicht-Indigenen teilnehmen darf, die Notwendigkeit der Rückkoppelung mit den Gemeinden, so nicht alle anreisen können sowie natürlich die Frage nach dem Veto-Recht.

Mittlerweile gibt es etwa ein Dutzend solcher Verfahrensprotokolle in Brasilien, sowohl von indigenen Gemeinden und Völkern, als auch von anderen traditionellen Völkern und Gemeinschaften (Quilombolas, Ribeirinhos, etc).<sup>281</sup> Ein herausragendes Beispiel liefert das von den indigenen Munduruku erarbeitete Verfahrensprotokoll zur Konsultation, das auf der Webseite von KoBra-Kooperation Brasilien in deutschsprachiger Übersetzung vorliegt.<sup>282</sup>

Die Bedeutung dieser autonom von den indigenen Gemeinschaften und Völkern erstellten Verfahrensprotokolle zur Konsultation sollte nicht unterschätzt werden. 2017 hatte in Brasilien erstmals ein Gericht eine Baugenehmigung für ein Bergbauunternehmen auf Basis des Rechtsarguments entzogen, weil das von der betroffenen indigenen Gemeinschaft erstellte Dokument zum Protokollverfahren der Konsultation von der Firma nicht befolgt worden war.<sup>283</sup> Als das bekannt wurde, begannen sich mehr und mehr indigene und andere traditionelle Völker und Gemeinschaften der Erstellung solcher Protokolle zu widmen, ein Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist.<sup>284</sup>

2017 hatte ein Gericht die Baugenehmigung für ein Bergbauunternehmen entzogen. Die Firma hatte das von der betroffenen indigenen Gemeinschaft erstellte Protokoll zum Verfahren der Konsultation nicht befolgt.

278 [https://www.kritischeaktionaere.de/munich\\_re/1754/](https://www.kritischeaktionaere.de/munich_re/1754/)

279 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/erklaerung-anklage-des-volkes-munduruku> und <https://www.gegenstroemung.org/web/blog/indigene-kayabi-munduruku-und-apiaka-protestieren-weiter-gegen-das-wasserkraftwerk-sao-manoel-am-fluss-teles-pires-in-amazonien/> und <https://www.gegenstroemung.org/web/blog/besetzung-der-baustelle-des-wasserkraftwerks-sao-manoel-am-fluss-teles-pires/>

280 <https://amazoniareal.com.br/povo-munduruku-resgata-12-urnas-funerarias-de-museu-no-mato-grosso/>

281 Siehe hierzu <http://www.mpf.mp.br/atuacao-tematica/ccr6/documentos-e-publicacoes/protocolos-de-consulta-dos-povos-indigenas> und „Os protocolos de consulta“, in: „Protocolos de consulta prévia e o direito à livre determinação“. Hrsg. von Verena Glass et al, Rosa-Luxemburg-Stiftung São Paulo, 2019, S. 109ff

282 Originalquelle: Movimento Munduruku Ipereg Ayu, Associações: Da'uk, Pusuru, Wixaximã, Kerepo und Pahyhyp: Protocolo de Consulta Munduruku, Januar 2016, online unter: <http://fase.org.br/pt/acervo/biblioteca/protocolo-de-consulta-munduruku/> Deutschsprachige Übersetzung unter: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/traditionelle-voelker-gemeinschaften/wie-die-munduruku-das-protokollverfahren-zur-konsultation-wollen>

283 Siehe Felício Pontes Jr, in: „Protocolos de consulta prévia e o direito à livre determinação“. Hrsg. von Verena Glass et al, Rosa-Luxemburg-Stiftung São Paulo, 2019, S. 15

284 „Protocolos de consulta prévia e o direito à livre determinação“. Hrsg. von Verena Glass et al, Rosa-Luxemburg-Stiftung São Paulo, 2019

## Die ILO-Konvention 169 in Gefahr: Bolsonaro droht mit Kündigung



Die UN-Sonderberichterstatterin für Indigene Völker Victoria Tauli Corpuz in der Terra Indígena Juruna Volta Grande. Foto: Christian Russau

Die Bolsonaro-Regierung jedenfalls gibt derzeit deutliche Anzeichen, dass sie die ILO-Konvention 169 – und die darauf basierende eigenständige Erstellung von niedergelegten Protokollverfahren zur Konsultation indigener und anderen traditioneller Völker und Gemeinschaften – als Bedrohung ansieht und deshalb einen Ausstieg Brasiliens aus der ILO-Konvention 169 erwägt.<sup>285</sup> Die Begründung: Die bisherige Anwendung der ILO 169 beeinträchtigt Brasiliens „Projekte mit nationalem Interesse“. Aber warum?

Laut Lesart des Obersten Gerichtshofs Brasiliens (STF) stehen internationale, von Brasilien unterschriebene Rechtsverträge unterhalb der Rechtsgültigkeit der Verfassung Brasiliens, aber oberhalb jedweden Gesetzes. Dies würde im Falle der Gesetzesinitiative von Jair Bolsonaro zur wirtschaftlichen Inwertsetzung der Indigenen Territorien bedeuten, dass das in Artikel 6 und 7 der ILO-Konvention 169 festgelegte Recht auf freie, vorherige und informierte Konsultation den Plänen des Bolsonaros einen Strich durch die Rechnung machen könnte. In Artikel 6, Satz 2 der ILO-Konvention 169 heißt es: „Die in Anwendung dieses Übereinkommens vorgenommenen Konsultationen sind in gutem Glauben und in einer den Umständen entsprechenden Form mit dem Ziel durchzuführen, Einverständnis oder Zustimmung bezüglich der vorgeschlagenen Maßnahmen zu erreichen.“ Wenn also ein künftig vom Brasilianischen Nationalkongress auf Betreiben Bolsonaros beschlossenes Gesetz zur Inwertsetzung Indigener Territorien durch industrielle Landwirtschaft, Bergbau und Staudämme in Konflikt mit der ILO-Konvention 169, die unter der Verfassung, aber eben über jedwedem Gesetzestext steht, zu kommen droht, wäre es für Bolsonaro wichtig, dass Brasilien vorher aus der Konvention austrete.<sup>286</sup>

Um dies umzusetzen, hat Bolsonaro im März 2019 Brasiliens Botschafterin bei der UNO in Genf, Maria Nazareth Farani Azevêdo, vorgeschickt, die öffentlich auf die Möglichkeit verwies, dass Brasilien die ILO-Konvention 169 verlassen könnte.<sup>287</sup> Dann folgte im

Oktober 2019 das direkt dem Präsidenten Brasiliens unterstellte Sicherheitskabinett GSI, das laut einem Pressebericht vom 4. Oktober 2019 die Bundesanwaltschaft AGU aufforderte, ein wegweisendes Urteil des Obersten Gerichtshofs STF aus dem Jahre 2006, das die Rechtsgültigkeit der von Brasilien 2002 ratifizierten ILO-Konvention 169 auch auf Quilombolas bestätigte, auf Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Laut dem Pressebericht<sup>288</sup> erinnert das GSI-Dokument auch an den nächstmöglichen Kündigungszeitraum, sollte Brasilien sich entscheiden, aus der ILO-Konvention 169 auszutreten: Dies könne, so das GSI-Dokument, zwischen dem 5.9.2021 und 5.9.2022 geschehen. Als Begründung für einen möglichen Austritt Brasiliens erwähnt das GSI-Dokument die „Auswirkungen der ILO-Konvention 169 auf die Entwicklung des Landes“. Das GSI-Dokument schlägt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vor, die einen neuen Vorschlag für ein Präsidialdekret erarbeiten solle, das den Modus Operandi der „vorherigen Konsultation indigener Völker und Stämme“ neu regeln soll. Auch hier liefert das mittlerweile mehrheitlich von Militärs dominierte GSI gleich eine Begründung: die bisherige Anwendung der ILO 169 beeinträchtigt „Projekte mit nationalem Interesse“.

● ● **Das in Artikel 6 und 7 der ILO-Konvention 169 festgelegte Recht auf freie, vorherige und informierte Konsultation der Indigenen könnte den Plänen Bolsonaros einen Strich durch die Rechnung machen.**

285 <https://blogs.taz.de/latinorama/bolsonaro-regierung-droht-mit-dem-ausstieg-aus-der-ilo-konvention-169-um-industrielle-landwirtschaft-bergbau-und-wasserkraftnutzung-in-indigenen-territorien-brasiliens-durchzusetzen/>

286 Ebd.

287 <https://valor.globo.com/brasil/coluna/brasil-e-voto-isolado-na-oit-e-ameaca-deixar-convencao-sobre-povos-indigenas.ghtml>

288 <https://www1.folha.uol.com.br/poder/2019/10/grupo-do-governo-articula-revisao-de-consulta-a-indios-sobre-grandes-obras.shtml>

## Die Bundesrepublik Deutschland und die ILO-Konvention 169



Change the Power – (Em)Power to Change



Aufruf zur Ratifizierung der ILO 169, Manaus Brasilien, März 2019, [www.ilo169.de](http://www.ilo169.de)

Die deutsche Bundesregierung hat in ihrem aktuellen Koalitionsvertrag festgehalten, dass es in dieser Legislaturperiode zu einer Unterzeichnung und Ratifizierung seitens Deutschlands der ILO-Konvention 169 zum Schutze der Rechte Indigener kommen würde: „Wir streben die Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt der Vereinten Nationen sowie der ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Völker an.“<sup>289</sup>, heißt es. Dies wäre ein starkes Zeichen an Deutschlands strategischen Partner Brasilien und an einen Bolsonaro, der unverhohlen damit droht, dass Brasilien aus der Konvention 169 austrete.

„Selbst wenn Bolsonaro den Austritt aus der ILO 169 wahrnehmen sollte“, so Kretã Kaingang von der brasilianischen Indigenen-Dachorganisation APIB im Gespräch mit dem Autor, „dann wäre eine Ratifizierung seitens Deutschlands umso wichtiger. Zum einen, um auf der internationalen Ebene Bolsonaro klarzumachen, wie wichtig die ILO 169 ist, wie wichtig die freie, vorherige und informierte Zustimmung der Indigenen ist. Zum anderen bräuchte es in der Ratifizierung Deutschlands aber konkrete und robuste Leitlinien mit Strafandrohungen für alle deutschen Firmen, die in Brasilien oder weltweit in Indigenen Territorien Geschäfte jeder Art machen und dabei die Menschenrechte verletzen. Das muss sanktioniert werden!“<sup>290</sup>

Doch so einfach ist es leider nicht. Denn die ILO-Konvention 169 gilt zwar für alle Staaten, die sie ratifiziert haben, aber die sich daraus ergebenden Pflichten zu Wahrung, Respekt und Gewährleistung der indigenen Rechte gelten eben nur auf staatlicher Ebene – und nicht zivil- oder strafrechtlich für Unternehmen oder Bürger:innen des Staates. Um die deutschen Unternehmen bei ihren Auslandstätigkeiten auf ILO-169-konformes Verhalten zu verpflichten, bräuchte es ein ergänzendes Gesetz. Dazu eignet sich das von der bundesdeutschen Regierungskoalition angestrebte Lieferkettengesetz, das den gesetzlichen Rahmen für alles Handeln deutscher Konzerne im Ausland einschließlich der Zulieferertätigkeit – also von der Mine über die Schmelze bis hin zu ihrer Fabrik – vorgibt und die Unternehmen dazu verpflichtet, in der gesamten Wertschöpfungskette menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfalt walten zu lassen.<sup>291</sup>

● ●  
● ● **Es braucht konkrete und robuste Leitlinien für alle deutschen Firmen, die in Brasilien oder weltweit in Indigenen Territorien agieren.**

289 „Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land.“ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 19. Legislaturperiode, Berlin, den 12. März 2018, Zeile 7366/7367, online unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/656734/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1>

290 Gespräch Christian Russau mit Kretã Kaingang, 24.10.2019, Berlin

291 <https://lieferkettengesetz.de/forderungen/>

# 5. MITVERANTWORTUNG IDENTIFIZIEREN!

## FORDERUNGEN AN DIE DEUTSCH-BRASILIANISCHEN BEZIEHUNGEN IN ZEITEN DES BOLSONARISMO



Boykottaufufe gegen die Regierung Bolsonaro - ein wirksames Mittel? Foto: Christian Russau

**Die Rufe nach Boykott von Waren des brasilianischen Agrobusinesses werden lauter.** Einer der ersten weltweit, der radikal einen Boykott brasilianischer Produkte umgesetzt hat, ist Johannes Cullberg, Besitzer der schwedischen Supermarktkette Paradiset. Sein Argument: der für Mensch und Umwelt in Brasilien unverantwortlich große Pestizidverbrauch in Brasilien. Der generelle Boykottaufruf von Paradiset hatte schnell die brasilianische Botschaft in Stockholm auf den Plan gerufen.<sup>292</sup> Die kontaktierte Cullberg binnen weniger Tage und forderte energisch, er solle diese Kampagne sofort einstellen. Dieser intensivierte stattdessen seine Boykottkampagne.<sup>293</sup>

Im August 2019 protestierten Aktivist:innen der Umweltschutzorganisation Greenpeace beim Frachtschiff „Hiroshima Star“ im Hafen von Brake an der Unterweser, rund 20 Kilometer flussaufwärts von Bremerhaven. Die Aktivist:innen malten den Schriftzug „Climate Crime“ (Klimaverbrechen) auf den Rumpf des mit Soja aus Brasilien beladenen Frachters und entrollten große Banner an den Kränen von Deutschlands wichtigstem Umschlaghafen für aus Brasilien stammendes Soja. Greenpeace kritisierte, dass der Import von Soja-Futter für die Massentierhaltung den Klimanotstand weiter verschärft, wenn für den Anbau wertvolle Ökosysteme verschwinden, die Kohlendioxid binden können. „Wir fordern die Bundesregierung auf, die Einfuhr von Soja aus Waldzerstörung umgehend zu stoppen“, sagte Dirk Zimmerman, Landwirtschafts-Experte von Greenpeace. „Zugleich muss sie mit Anreizen für die hiesige Landwirtschaft zu

einer artgerechten Haltung mit deutlich niedrigeren Tierzahlen kommen.“<sup>294</sup> Nachdem im Mai 2020 britische Supermarktketten mit Boykott brasilianischer Produkte drohten, weil die brasilianische Regierung illegale Landnahmen und Rodungen legalisieren will,<sup>295</sup> startete Anfang Juni 2020 die Nichtregierungsorganisation Campact die Kampagne „Rettet den Amazonas: Stoppt Bolsonaro!“. Zum Redaktionsschluss dieses Textes<sup>296</sup> hat die Kampagne über 400.000 Unterschriften gesammelt. Adressaten der Kampagne: Aldi Nord, Edeka und Lidl, die, so Campact, durch einen Boykott brasilianischer Waren Druck auf Bolsonaro ausüben könnten. Denn: „Mit ihnen würden über 70 Prozent der deutschen Einkäufer:innen Bolsonaro boykottieren“.<sup>297</sup> Die Firmen reagierten im September 2020: Große Supermarktketten sprachen sich daraufhin in einem Schreiben an die grüne Europaabgeordnete Anna Cavazzini, aus dem die „taz“ zitierte, für „entwaldungsfreie Lieferketten“ aus und fordern die deutsche Bundesregierung auf, sich ebenfalls für ein Ende des Raubbaus einzusetzen und Druck auf Präsident Jair Bolsonaro auszuüben. Die großen Supermarktketten erklärten, sie würden Soja aus der EU bevorzugen und unterstützten die Umstellung auf nachhaltigeren Soja-Anbau in Brasilien.<sup>298</sup>

**Es gibt natürlich auch Schwierigkeiten bei der Beweislast von Boykottaufrufen:** Trotz aller in den vergangenen Jahren

zum brasilianischen Soja-Komplex durchgeführten Forschungen verhindert die Intransparenz der Soja-Lieferketten die konkrete Rückverfolgung. Somit fehlt die Beweislage, um ein konkretes Endprodukt in Europa mit belastbaren Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen zu belegen. Diese Lieferketten verlaufen vom Acker in Brasilien über die Ölmühle und den lokalen und regionalen Zwischenhändler zu den Markt qua Oligopol dominierenden internationalen Händlern ADM, Bunge, Cargill, Maggi, Louis Dreyfus und Cofco, und von dort über die Schüttguttanker bis hin zu den Abnehmerkonglomeraten in Europa.

**„Aus dem Cerrado landen jährlich hunderttausende Tonnen Soja in deutschen Trögen [...], verschifft mit Hilfe internationaler Händler. Wieviel Soja genau mit Landkonflikten und Abholzung in Verbindung steht, kann kaum nachverfolgt werden. Für eine Studie hat Greenpeace die größten deutschen Lebensmittelkonzerne befragt, woher sie ihr Soja beziehen. Die meisten machen keine Angaben. Sie wollen oder können nicht sagen, ob ihr Soja mit Abholzung oder Landkonflikten in Verbindung steht.“**

„ARD Weltspiegel“: Brasilien: Landkonflikte durch Soja-Boom, So., 30.06.2019.<sup>299</sup>

292 <https://apublica.org/wp-content/uploads/2019/08/cartaembaixada.pdf>

293 <https://blogdopedowski.com/2019/06/12/para-conter-o-boycottbrazilianfood-embaixada-em-estocolmo-envia-carta-falaciosa-para-johannes-cullberg/> und <https://www.redebrasilatual.com.br/economia/2019/08/desmatamento-e-farra-dos-agrotoxicos-ampliam-boicote-aos-produtos-brasileiros-na-suecia/>

294 „Brände, Beef, Bohnen, Boykott und Bolsonaro. Was tun angesichts der sich in Brasilien zuspitzenden Situation?“ Von Christian Russau, in: ILA 429, Okt. 2019

295 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-05/erhaltung-regenwald-amazonas-brasilien-britisch-supermarktketten-boycott>

296 Stand 13. August 2020

297 <https://blog.campact.de/2020/06/rettet-den-amazonas-stoppt-bolsonaro/>

298 <https://taz.de/Fuer-entwaldungsfreie-Lieferketten!/5708363/>

299 <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/brasilien-bauern-soja-100.html>

**Hier sind die Gesetzgeber:innen auf Bundesebene und auf EU-Ebene gefordert.** Warum die Beweislast nicht umdrehen? Bisher wird die Arbeit der Rückverfolgung vor allem von NGOs geleistet, deren Untersuchungen angesichts der herrschenden Intransparenz im konkreten Fall als äußerst schwierig erweisen. Selbst eines der führenden Forschungsprojekte auf dem Gebiet der Datenanalyse, aus welchen Farmen illegal angebautes Soja stammt, Trase, muss eingestehen: „Trase kann keinen direkten Link herstellen zwischen illegalen Farmen und Exporteuren.“<sup>300</sup> Hinzu kommt, dass Boykottaufrufe und entsprechende Kampagnen eine Sache sind, ein andere wären Sanktionen, die Staaten oder suprastaatliche Organismen (bspw. die EU) verhängen. Diese sind gemeinhin wirkungsvoller, wenn man den Erfolg am wirtschaftlichen Druck misst.

**Zudem muss es immer auch darum gehen, die eigene Mitverantwortung zu identifizieren:** Deutschland und die EU müssen ihre industriellen Tiermastanlagen deutlich verringern und verändern und müssen mittelfristig aus den Importen von agroindustriell produzierten Agrarrohstoffen wie vor allem Soja dringend aussteigen. Auch Großinfrastrukturprojekte wie Straßen, Wasserwege und Wasserkraftwerke dürfen wegen ihrer sozialen und ökologischen Zerstörungskraft nicht mehr von deutschen Firmen (mit-)gebaut, zubeliefert oder finanziert und versichert werden.

**Die konkrete Mitverantwortung deutscher Firmen muss also auch thematisiert werden.** Mit doppelten Standards muss Schluss sein: etwa beim Verkauf von in der EU verbotenen, aber in Brasilien zugelassenen Pestiziden. Wo immer auch nur der Verdacht von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung im Raume steht, muss dem schnellstmöglich nachgegangen, Abhilfe geschaffen und die direkt wie auch indirekt beteiligten Firmen zur Verantwortung gezogen werden. Die Kampagne Lieferkettengesetz fordert, dass Firmen dazu verpflichtet werden sollen, aktiv zu belegen, dass ihr Produkt nicht aus Umweltzerstörung oder mit Menschenrechtsverletzungen hergestellt wurde – und bei Nichteinhaltung sanktioniert werden.<sup>301</sup> Äußerst interessant in diesem Zusammenhang ist das seit 2017 geltende Sorgfaltspflichtengesetz.<sup>302</sup> Denn im September 2020 kündigten indigene Organisationen aus Brasilien gemeinsam mit französischen NGOs an, dass sie die französische Firma Casino Group explizit davor warnen, über ihre weltweit agierenden Tochterfirmen Fleisch aus illegalen Rodungen in Brasilien, Kolumbien oder anderswo zu verkaufen. Die Gruppen erklärten, dass sie Casino Group auf Basis des französischen Gesetzes dafür in Frankreich haftbar machen würden, auch wenn der Verkauf bei einer Casino-Tochter im Ausland stattfände.<sup>303</sup>

**Es muss nun dringend ein robustes Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht werden.**<sup>304</sup> Der NAP-Prozess<sup>305</sup> hat offenbart: Bisher hält nur rund jedes fünfte deutsche Unternehmen die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten ein.<sup>306</sup> Denn die Praxis des Extraktivismus trägt unter dem Mantel der „Entwicklung“ dazu bei, die Lebenswelt der Menschen vor Ort zu zerstören und die Demokratie zu untergraben. Deutsche Firmen tragen hierbei, wie gezeigt, oft eine Mitverantwortung, sei es als Zulieferer von Produkten, sei es als Abnehmer der Rohstoffe. Die Verantwortung deutscher Firmen darf nicht am eignen Hoftor enden. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen durch direkte oder indirekte Geschäftstätigkeiten deutscher Firmen im Ausland brauchen zudem dringend Zugang zu Gerichten hierzulande, um ihre Rechte einzuklagen.

**Die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 zum Schutze der Rechte indigener Völker muss im Deutschen Bundestag rasch verabschiedet werden, um den Bolsonaro dieser Welt ein klares Signal zu senden.** Zwar kennt die Gesetzgeber:in hierzulande formal keine „Solidarratifikation“, dennoch „nimmt die Bundesrepublik Deutschland für sich in Anspruch, an internationalen Prozessen zur völkerrechtlichen Standardsetzung maßgeblich beteiligt zu sein. Dies beinhaltet unter anderem, gerade die unter eigener Mitwirkung zustande gekommenen Standards auch zu ratifizieren und ihnen mithin im Rahmen der internationalen Beziehungen zu größerer Anerkennung zu verhelfen. Allein aus diesem Grund ist die Auffassung irrig und widerlegbar, die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch die Bundesrepublik sei für Deutschland irrelevant und völkerrechtlich nicht sinnvoll. Nicht zuletzt würde sich die Bundesrepublik zu einem internationalen Streitschlichtungsmechanismus bekennen, der in die Vertragsstruktur der Vereinten Nationen eingebettet ist.“<sup>307</sup> Denn: „Darüber hinaus hat die ILO-Abteilung zur Förderung der Konvention 169 immer die Meinung vertreten, dass die Wirkung der Rechtsnormen der ILO 169 faktisch umso größer wird, je mehr internationale Unterstützung sich via Ratifizierungen ergeben, und sich im Sinne der Entwicklung von völkerrechtlichem Gewohnheitsrecht ein Normbewusstsein und eine Normpraxis entwickelt, an dem die Staaten mit Bezug auf indigene Völker nicht mehr vorbeikommen.“<sup>308</sup>

**Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR würde nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch massiv den Menschenrechten schaden.**<sup>309</sup> Die Bundesregierung verfolgt erklärtermaßen noch immer das Ziel eines formalen Abschlusses der EU-Mercosur-Freihandelsverhandlungen. Anlässlich der ab dem 1. Juli 2020 geltenden bundesdeutschen EU-Ratspräsidentschaft fordert die deutsche Bundesregierung: „Wir streben zügige Fortschritte bei der Finalisierung des Abkommens mit dem Mercosur [...] an.“<sup>310</sup> Der Industrieverband BDI bläst ins gleiche Horn.<sup>311</sup> Mitte August

300 <https://www.economist.com/graphic-detail/2020/06/11/a-study-names-firms-that-buy-products-from-areas-with-deforestation>

301 [https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2019/09/Anforderungen-an-ein-wirksames-Lieferkettengesetz\\_Februar-2020.pdf](https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2019/09/Anforderungen-an-ein-wirksames-Lieferkettengesetz_Februar-2020.pdf)

302 <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2017-frankreich-verabschiedet-sorgfaltspflichtengesetz/>

303 <http://www.mightyearth.org/indigenous-organizations-and-ngo-coalition-warn-top-french-supermarket-casino>

304 <https://lieferkettengesetz.de/>

305 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/aussenwirtschaft/wirtschaft-und-menschenrechte/monitoring-nap/2124010>

306 Siehe hierzu u.a. <https://app.handelsblatt.com/politik/deutschland/haftung-das-lieferkettengesetz-kommt-und-wird-durch-china-zum-problem/26085990.html?ticket=ST-2827190-0Lr6dtmgx4rMCavTNRPr-ap6> und <https://www.cora-netz.de/?s=nationaler+aktionsplan> und <https://www.germanwatch.org/de/16885>

307 <https://www.ilo169.de/die-ueblichen-verdaechtigen-argumente-die-angeblich-gegen-die-ratifizierung-der-ilo-169-sprechen-und-wie-sie-widerlegt-werden-koennen/>

308 Ebd.

309 <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-EU-mercosur-abkommen-risiken-fuer-klimaschutz-und-menschenrechte.pdf>

310 <https://www.eu2020.de/blob/2360246/d08098eae179a722d91d99f529d5517/pdf-programm-de-data.pdf>

311 <https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-handel-und-finanzen-industrie-bei-deutscher-eu-ratspraesidentschaft-prioritaeten-setzen/25964976.html?ticket=ST-10158396-JefJ7k3DnMNfH7LwBScR-ap2>

2020 ließ Bundeskanzlerin Angela Merkel dann durch ihren Pressesprecher mitteilen, angesichts der Lage im Amazonas-Gebiet bestünden „erhebliche Zweifel“ an der Umsetzung des EU-Handelsabkommens mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur.<sup>312</sup> Auch die Landwirtschaftsminister der Europäischen Union sehen das Abkommen mit den südamerikanischen Ländern Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay mittlerweile „sehr skeptisch“.<sup>313</sup> Nach den sich mehrenden Aussagen diverser nationaler Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten gegen eine Ratifizierung des EU-MERCOSUR-Abkommens reicht es aber nicht, sich zurückzulehnen und darauf zu vertrauen, es werde schon nicht ratifiziert werden. Es braucht zivilgesellschaftlichen Gegenwind: Dem Versuch der EU-Kommission, das Abkommen als „EU only“ zu deklarieren und dergestalt den Handelsteil vom politischen Teil des Abkommens abzutrennen und in Handelsfragen die EU-Kommission darüber unilateral, also ohne die Parlamente, entscheiden zu lassen, ist abzulehnen. Dies stellt im übrigen eine Position dar, die selbst der BDI eingestand: „Wo die Handelsvereinbarungen integraler Bestandteil von politischen Assoziationsabkommen sind (z.B. Ukraine, Mexiko, Mercosur etc.), ist eine getrennte Behandlung der verschiedenen Regulierungsbereiche allerdings nicht möglich. Diese Verträge bleiben schon allein aufgrund der außen- und sicherheitspolitischen Bestandteile in gemischter Zuständigkeit“.<sup>314</sup> Grundlegend muss auch die Argumentation beispielsweise der deutschen Regierung kritisiert werden, durch den EU-MERCOSUR-Deal gelänge es besser, einen Bolsonaro mittels der angedachten Sanktionsmechanismen einzuhegen. Der komplette Vertragstext ist nach wie vor nicht bekannt.

**„Da die EU keine Teile des Assoziationsabkommens veröffentlicht hat, lässt sich nicht analysieren, ob die vorgesehene Menschenrechtsklausel die bereits bekannten Schwächen dieses Instruments beseitigen würde. Grundsätzlich erlaubt diese Klausel die Aussetzung von Handelspräferenzen bei Menschenrechtsverstößen. Doch sind die Hürden für ihre Aktivierung derart hoch, dass sie bisher nur in 24 Fällen angewandt wurde, meist bei schweren demokratischen Verstößen wie Staatsstreichen. Viele weitere Menschenrechtsverletzungen blieben außerhalb ihrer Reichweite. Zudem beschränkten sich die ergriffenen Maßnahmen meist auf Konsultationen. Hinzu kommt, dass die Menschenrechtsklausel es nicht erlaubt, Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte zu ergreifen, wenn diese gegen Bestimmungen der Handelsverträge verstoßen. Verschärfen etwa die im EU-Mercosur-Abkommen verabredeten Agrarquoten die Landkonflikte, dürften diese Präferenzen dennoch nicht ausgesetzt werden. Zu den weiteren Defiziten gehört, dass es den Klauseln an Monitoring- und Beschwerdeinstanzen fehlt.“**

Thomas Fritz<sup>315</sup>

Grundsätzlich bleibt die Frage: Bedeuten die – wie auch immer gearteten – Sanktionsmechanismen, dass die im Rahmen des EU-MERCOSUR-Vertrags angedachten Zollvergünstigungen nur wieder zurückgenommen werden würden? Dann wäre dies ein schartiges Schwert, wenn einfach alles wieder auf den gegenwärtigen Status Quo zurückfällt – und der ist angesichts der europäischen Sojamehlimporte aus Brasilien für hiesige industrielle Mastanlagen schon jetzt ein Skandal. Sollte es bei der verpflichtenden Beteiligung der nationalen Parlamente bleiben, so stellt sich im bundesdeutschen Zusammenhang nicht nur die Bundesregierung als entscheidend dar, sondern auch die dann gleichberechtigt zustimmungspflichtigen Bundesländer im Bundesrat tragen für den (Nicht-)Abschluss des EU-MERCOSUR-Vertrags politische Verantwortung. So muss sich die zivilgesellschaftliche Kampagnenfähigkeit auch auf die Entscheidungsträger:innen auf Länderebene konzentrieren, um dort Druck auszuüben, das Abkommen zu verhindern.

**Angesichts der Spur der Verwüstung, die die Bolsonaro-Regierung verursacht, sollte sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der drängenden Frage stellen: Wie weiter mit den Konzepten von „strategischer Partnerschaft“ und „Gestaltungsmacht“ und wie weiter mit den einzelnen Punkten der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Brasilien? Die Diplomatie muss klare Kante zeigen. Das Konzept eines Einhegens durch Dialog funktioniert bei einem rechtsradikalen Populisten wie Bolsonaro de facto nicht. Der bilaterale Regierungsdialo g mit offiziellen Stellen Brasilien muss – solange Jair Bolsonaro an der Regierungsmacht sitzt – noch mehr als bisher<sup>316</sup> auf das nötigste Minimum reduziert werden. Dieser Dialog muss in der Sprache an die Grenzen des diplomatisch Möglichen gehen. Die deutsch-brasilianische Entwicklungszusammenarbeit sollte diejenigen brasilianischen Ministerien und Behörden gezielt ausschließen, die zu sehr unter dem Einfluss von Bolsonaro und seiner Clique stehen. Dazu muss das BMZ Mittel und Wege finden.**

**In der gegenwärtig unter Bolsonaro insgesamt äußerst brenzigen Situation kommt der Verteidigung demokratischer Grundrechte und Menschenrechte eine fundamentale Bedeutung zu.** Anfang September 2020 erklärte Bolsonaro die Nichtregierungsorganisationen, die Geld aus dem Ausland erhielten und in Amazonien arbeiteten, zum „Krebsgeschwür“, auf die er eindreschen werde.<sup>317</sup> Es geht für die brasilianische Zivilgesellschaft darum, angesichts solcher Angriffe und Diffamierungen und angesichts von shrinking spaces weiterhin Handlungsspielräume zu erhalten. Zum ändern geht es generell darum, ein weiteres Abgleiten der Gesellschaft in eine gesellschaftliche Paranoia der Zustimmung für barbarische Lösungen zu verhindern. Dazu muss auch die bundesdeutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Brasilien ihren Teil beitragen. Sie muss die Zivilgesellschaft in Brasilien gezielt stärken. Dies ist im übrigen einer der Punkte, den das „Gestaltungsmächtekonzept“ selbst erwähnt: „Internationale Beziehungen sind heute längst nicht mehr rein ‘zwischenstaatliche’ Beziehungen. Akteure (außen-)politischen Handelns sind nicht mehr nur Staaten und ihre Zusammenschlüsse, sondern auch andere politische und gesellschaftliche Akteure

312 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/merkel-hat-erhebliche-zweifel-an-umsetzung-des-mercosur-abkommens-16915161.html>

313 <https://www.agra.de/age-kompakt/ansicht/news/eu-landwirtschaftsminister-sehr-skeptisch/>

314 <https://bdi.eu/artikel/news/langere-atem-gefragt-die-freihandelsabkommen-der-eu/>

315 „EU-Mercosur-Abkommen: Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte.“ Von Thomas Fritz, Misere or, Greenpeace, Dreikönigsaktion, Juni 2020, online unter <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-EU-mercosur-abkommen-risiken-fuer-klimaschutz-und-menschenrechte.pdf>

316 Siehe zusammenfassend hierzu die Antwort der deutschen Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen, Bundestags-Drucksache 19/20873, unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/223/1922357.pdf>

317 <https://noticias.uol.com.br/ultimas-noticias/reuters/2020/09/03/nao-consigo-matar-cancer-chamado-ongs-que-atuam-na-amazonia-diz-bolsonaro.htm>

innerhalb der Staaten oder neben ihnen. Deutschland wird seine Zusammenarbeit mit neuen Gestaltungsmächten daher nicht auf die Ebene von Regierungskontakten beschränken, sondern ist bestrebt, auch das innovative Potenzial und den Einfluss von gesellschaftlichen Akteuren für die Zusammenarbeit mit unseren Partnern zu erschließen.<sup>318</sup>

**Die brasilianische Zivilgesellschaft muss in ihrem Bemühen und Kampf um den Erhalt von Demokratie und demokratischer Strukturen dringend noch mehr gestärkt werden.**

Dies muss zentraler Bezugspunkt der deutsch-brasilianischen Beziehungen werden. Angesichts der Ungeheuerlichkeiten einer Bolsonaro-Regierung muss die deutsche Bundesregierung auch in Anbetracht des Risikos diplomatischer Eklats Bolsonaro und seinem Regierungsclan gegenüber eine deutliche Haltung zeigen: Die finanziellen Mittel der Entwicklungskooperation mit brasilianischen Regierungsstellen, die unter direkter Einflussnahme von Bolsonaro und seinen Vertrauten stehen, sollten eingefroren werden. Stattdessen sollte sich voll auf die brasilianische Zivilgesellschaft konzentriert werden. Dergestalt könnte die bundesdeutsche EZ sich als EZ im Sinne einer strategischen Partnerschaft mit Organisationen bewähren, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Umweltschutz einsetzt, flankiert durch eine auszuweitende direkte Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zwischen Brasilien und Deutschland – eine strategische Partnerschaft von unten.

**In Lateinamerika, aber in Brasilien im Besonderen, hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren der zentrale Bezugspunkt des Widerstandes in der Verteidigung der Territorien herauskristallisiert.**

Effektive Opposition ist meist aus sozialen Kämpfen zu erwarten, und zwar von dort, wo eben diese Territorien bedroht sind: Sei es aus den Indigenen Territorien oder aus den Territorien der Peripherien der Städte und Favelas. Überall dort, wo die Politik der nun an der Macht befindlichen extremen Rechten Widerstand provoziert.<sup>319</sup> In den Territorien, in denen im Namen von „Entwicklung“ strategische Infrastrukturprojekte und hemmungsloser Extraktivismus betrieben werden, stirbt die Demokratie schon länger ihren langsamen Tod – ein Prozess, der sich unter Bolsonaro massiv verschärft. Nicht zuletzt hat der Umgang der Bolsonaro-Regierung mit der Corona-Pandemie allen vor Augen geführt, wie gezielte Politikvernachlässigung in einem Bereich wie der Gesundheitsversorgung und -vorsorge – mit den Worten des Franziskanermönchs Frei Betto – auf einen Genozid hinsteuert.<sup>320</sup> Von der Schwarzen Schriftstellerin Conceição Evaristo stammt der dieser Tage oft zitierte Satz: „Sie haben sich verabredet, uns zu töten. Wir aber haben uns verabredet, nicht zu sterben.“<sup>321</sup>

**So ist denn auch die bundesdeutsche Zivilgesellschaft mehr denn je gefragt:** Denn Brasiliens Demokratie ist in Gefahr. Dies lässt sich angesichts anderthalb Jahren Bolsonaro-Regierung nicht mehr von der Hand weisen. Für zivilgesellschaftliches Handeln hierzulande geht es darum, die hiesigen Akteur:innen zu identifizieren und deren mitverantwortlichen Anteil an Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung zu kritisieren und anzuprangern und darauf zu drängen, dass dies schnellstmöglich endet. **Zivilgesellschaftliches Handeln hierzulande muss dabei den Widerstand der Menschen aus den bedrohten Territorien als zentralen Bezugspunkt haben.**

318 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/brasilien-node/maas-brasilien-werte/2213696>

319 <https://diplomatie.org.br/as-lutas-camponesas-e-a-utopia-possivel/>

320 <https://blog.misereor.de/2020/07/21/voelkermord-in-brasilien-offener-brief-von-frei-betto/>

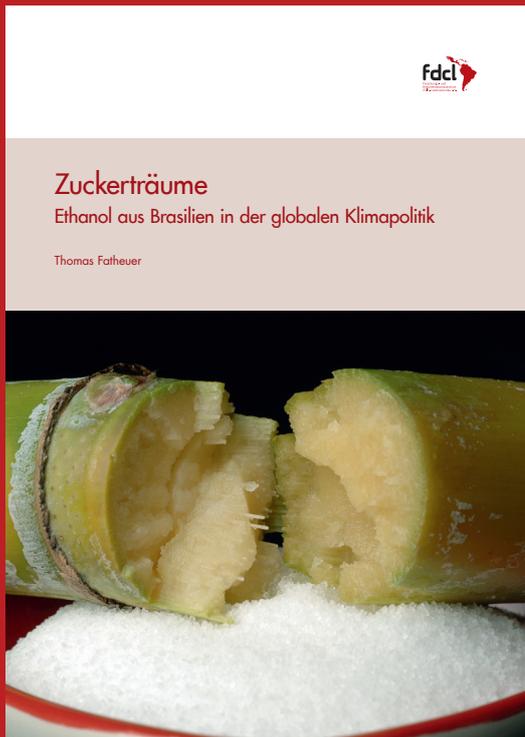
321 <https://www.anf.org.br/marcha-da-consciencia-negra-ocupa-as-ruas-de-recife/>



## WEITERE INFORMATIONEN UND PUBLIKATIONEN



Im Internet unter  
[www.fdcl.org](http://www.fdcl.org)  
[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)



\*Jahresreport 2019 von CIMI (Conselho Indigenista Missionário) / September 2020

